DIE SCHWEIZ UND DER IMPERIALISMUS

Die Volkswirtschaft des hochkapitalistischen Kleinstaates im Zeitalter des politischen und ökonomischen Nationalismus

---

Inaugural-Dissertation

der philologisch-historischen Abteilung der Hohen Philosophischen Fakultät der Universität Basel

zur Erlangung der Würde eines Doktor der Staatswissenschaften

vorgelegt von

RICHARD BEHRENDT

aus Berlin

MCMXXXII

RASCHER & CIE., A.-G., VERLAG, ZÜRICH
LEIPZIG UND STUTTGART

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41544316_0039

DIE SCHWEIZ UND DER IMPERIALISMUS

Die Volkswirtschaft des hochkapitalistischen Kleinstaates im Zeitalter des politischen und ökonomischen Nationalismus

---

Inaugural-Dissertation

der philologisch-historischen Abteilung der Hohen Philosophischen Fakultät der Universität Basel

zur Erlangung der Würde eines Doktor der Staatswissenschaften

vorgelegt von

RICHARD BEHRENDT

aus Berlin

UNIVERSITÄTS-BIBLIOTHEK BASEL

MCMXXXII

RASCHER & CIE., A.-G., VERLAG, ZÜRICH
LEIPZIG UND STUTTGART

Z 32, i 72

Genehmigt von der Philologisch-historischen Abteilung der Philosophischen Fakultät auf Antrag der Herren Professoren Dr. Hans Ritschl und Dr. Edgar Salin

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Diese Dissertation erschien im Buchhandel im Verlag von Rascher & Cie. A.-G., Zürich-Leipzig-Stuttgart 1931

Meinem Vater

Vorwort.

Zu aufrichtigem Dank für entscheidende Anregungen zu dieser Schrift bin ich meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Hans Ritschl (Basel) verpflichtet. Die ganze Fruchtbarkeit seiner Auffassung und Deutung des großen Problems des Imperialismus wird erst dann ganz deutlich werden, wenn sie uns in einer umfassenden Darstellung vorliegen wird.

Berlin, im April 1931.

Richard Behrendt.

Inhalt.

	Seite
Einleitung	11
1. Kapitel: Die Schweiz als hochkapitalistisches Land	19
2. Kapitel: Der Warenexport	31
3. Kapitel: Die Industrieauswanderung	56
4. Kapitel: Der Kapitalexport	66
5. Kapitel: Zum Problem Imperialismus und Kapitalismus	88
6. Kapitel: Die Schweiz und der Nationalismus	126
Literaturverzeichnis	153

Einleitung.

„Es gibt mehr Bücher über Bücher als über irgendeinen anderen Gegenstand. Wir machen nichts als Anmerkungen über einander" (Montaigne). Vielleicht hat dieses Wort seine besondere Berechtigung für die Nationalökonomie. Jedenfalls gilt es voll und ganz für die Behandlung des Problems des Imperialismus in den letzten Jahren, und ganz besonders für die Behandlung, die es durch die neumarxistischen Theoretiker erfährt.

Ich besitze nicht den Ehrgeiz, in dieser bescheidenen Untersuchung Anmerkungen über die Anmerkungen zu machen, die die sozialistischen Imperialismus-Theoretiker über einander gemacht haben. Ich sehe nicht als Vorbedingung einer Äußerung zum Problem selbst die Klärung der Frage der Marx'schen Schemata der erweiterten kapitalistischen Reproduktion an und verzichte darauf, diese in den verschiedenen sozialistischen Lagern mit so erfreulicher Verve und so betrübender Sterilität erörterte Frage um einen Beitrag zu vermehren. (Wie weit wir uns mit ihnen auseinander zu setzen haben, wird später am geeigneten Ort ganz eindeutig festzustellen sein.) Die Theorie ist bei diesen Autoren ganz offensichtlich zum

Selbstzweck geworden — ein bei der heutigen Situation des Sozialismus verständlicher Vorgang, der sie jedoch verführt hat, die eigentlich wesentlichen Seiten des Problems gar zu sehr außer acht zu lassen.

Wenn man sich dagegen auf den weiteren Zusammenhang, in dem das Problem des Imperialismus steht, besinnt, so erkennt man: es handelt sich um die Gestaltung der zwischen- und überstaatlichen Beziehungen im Erdmaße und ihre Zusammenhänge mit wirtschaftlichen Entwicklungen und Gestaltungen, insbesondere soweit sie aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem resultieren, worüber Klarheit zu gewinnen ist. Daß solche Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen politischer Expansion und ökonomischer Dynamik in unserer Zeit bestehen, wird allgemein anerkannt; die Differenzen beginnen beim Aufweis der Kausalrelation, der Richtung der Beeinflussung zwischen beiden Potenzen und der Tendenz der Entwicklung.

Man hat eine Zeitlang (und tut es teilweise heute noch) aus dem instinktiven Bedürfnis zu simplifizieren heraus nur eine notwendige, in der Gesetzmäßigkeit staatlicher Gebilde oder in der Immanenz des kapitalistischen Sozialsystems determinierte Entwicklung sehen wollen: die zu wenigen großen die Welt beherrschenden Gebilden hin. Die „bürgerliche", primär politisch-national denkende Wissenschaft erwartete die Konzentration in wenigen machtstaatlichen Gebilden, die sozialistische Theorie analog dazu, nur naturgemäß in der ökonomischen Sphäre, die Beherrschung der

Welt durch das in wenigen Gruppen komprimierte Finanzkapital.

Solche Prognosen sind stets nur auf Grund von Verallgemeinerung bestimmter Beobachtungen und Vernachlässigung wichtiger modifizierender Momente möglich. Sie werden regelmäßig durch die Realität, die immer wieder aus sich die Vielfältigkeit unvorhersehbarer Lösungen schafft, widerlegt. So zeigt sie uns auch heute wieder ein Bild, das in seiner Vieldeutigkeit keineswegs irgendeiner dieser einseitigen extremen Prognosen entspricht. Nicht sind „die großen Staaten immer größer und die kleinen immer kleiner" geworden, wie Lord Salisbury 1899 prophezeite[1]), sondern große haben sich zersplittert und mittlere und kleine haben an Bedeutung gewonnen. In erster Linie gilt dies für die „Neutralen" des Weltkrieges, für die auf hohem kulturellen und zivilisatorischen Niveau stehenden kleineren Staaten Mitteleuropas, z. T. auch Skandinaviens.

Wie ja diese kleinen kapitalistischen Staaten Europas überhaupt, schon für den flüchtigen Blick, von jeher zumindest peinliche Ausnahmefälle für beide Prognosen, die primär politisch wie die ökonomisch orientierte darstellen. Ihre politisch selbständige und neutrale, ökonomisch dagegen im höchsten Maße auf weltwirtschaftliche Beziehungen angewiesene Existenz und die ihnen in der Nachkriegszeit offensichtlich zuteil gewordene Stärkung ihrer Position in mehrfacher Hinsicht ist für jede dieser Theorien, die eine — wie auch im-

[1]) Kjellen, Die Großmächte der Gegenwart, 19. Aufl., Leipzig-Berlin 1918, S. 3.

mer — determinierte Relation zwischen Wirtschaft und Politik annehmen, schlechthin prinzipiell nicht zu erklären: Nach sozialistischer Auffassung hätten sie sich längst auch politisch dem Staat, von dem sie wirtschaftlich abhängen (und daß sie von einem besonders abhängen, ist dabei ja stets Voraussetzung), anschließen müssen und müßte ihre „öffentliche Meinung", ihre herrschende Ideologie eng an dessen Politik gebunden sein. Nach „bürgerlich"-nationalstaatlicher Theorie hätte ihnen die progressive Verengung ihres Lebensraumes durch den Protektionismus der großen nationalen Wirtschaftsräume und die Gewaltpolitik der „großen Mächte" keine selbständige Existenzmöglichkeit mehr lassen dürfen. — Prinzipiell: — denn es bestände die Möglichkeit, daß die politische Unabhängigkeit und Neutralität dieser Staaten nur eine scheinbare ist, in Wirklichkeit sich ökonomischen Notwendigkeiten und Bindungen längst angepaßt hat und so diese Länder faktisch Trabanten bestimmter großer Staaten darstellen, wie man dies bei oberflächlicher Betrachtung — fälschlich — etwa von Belgien behaupten könnte. Oder sie könnten von den imperialistischen verfeindeten Großstaaten als notwendige „dritte Orte", als unentbehrliche Vermittler geschont worden sein und so sich durch Verdienste an den Auseinandersetzungen der Großen, als Parasiten am Leben erhalten. Schließlich könnte man sie als überhaupt zu geringfügig betrachten, um in „weltweiten" Zusammenhängen Beachtung zu verdienen.

Wie dem nun auch sei: man scheint es bisher noch nicht der Mühe für wert gehalten zu haben,

diese Zusammenhänge zu klären. Es gibt m. W. keine derartige Untersuchung, selbst in den umfassenden Untersuchungen des Imperialismusproblems, die sich gewöhnlich darauf beschränken zu dürfen glauben, die „großen Linien" zu sehen, sind die kapitalistischen Kleinstaaten meist durchaus vernachlässigt — aus naheliegenden Gründen. So kann man in der sozialwissenschaftlichen Literatur ganz allgemein eine Vernachlässigung dieser Staaten und Volkswirtschaften beobachten, die uns durch die Natur des Stoffes in keiner Weise gerechtfertigt zu sein scheint. Sie beruht meist auf einer Überschätzung des Momentes der Quantität in seiner Bedeutung für prinzipielle Untersuchungen unserer Wissenschaft. Selbstverständlich spielt dieses Moment eine Rolle, und es wäre verfehlt, die durch es verursachten Modifikationen von Resultaten, die durch Untersuchungen von „kleinen" Verhältnissen gewonnen wurden, zu übersehen oder auch nur in ihrer Tragweite zu unterschätzen. Es handelt sich bei solchen Untersuchungen für prinzipielle Zusammenhänge gleichsam um eine Abstraktion geringen Grades, die die mannigfachen das Bild verwirrenden Momente nicht-ökonomischer Art, wie sie z. B. und in erster Linie durch die Eigengesetzlichkeit des großstaatlichen Kollektivums hineingetragen werden, vorerst zu eliminieren gestattet.

Andererseits können unter diesem Vorbehalt die kleinen hochkapitalistischen Volkswirtschaften gerade deshalb, weil sie gleichsam mit ökonomischer Rückhaltlosigkeit, mit den relativ geringsten politischen Voraussetzungen und Vorbehalten in

der Weltwirtschaft stehen (wie dies für unseren Fall noch näher auszuführen sein wird), sodann wegen der Übersichtlichkeit der Verhältnisse, wegen der ganz außerordentlichen Vielfältigkeit und Gedrängtheit der Formen und Erscheinungen, wie sie uns z. B. in besonderem Maße die schweizerische Volkswirtschaft auf engem Raum bietet, wahrscheinlich als in vielem repräsentativ für größere Verhältnisse angesehen werden.

Darin glaube ich den Sinn einer Untersuchung über „Die Schweiz und den Imperialismus" sehen zu dürfen. Sie wird nicht allein der Schweiz wegen unternommen und soll sich in ihren Ergebnissen nicht ausschließlich auf diese beschränken. Ihr Gang ist durch die Natur des Themas vorgezeichnet. Sie soll in ihrem ersten Teil einerseits die Tatsachen verdeutlichen[2]): daß die Schweiz ein spezifisch hochkapitalistisches Land ist; daß ihre Außenhandelsbeziehungen ihrer Zusammensetzung und Richtung nach denen der andern, z. T. großen hochkapitalistischen Länder zur Seite zu stellen sind; daß ihr Kapitalmarkt und die von ihr ausgehenden internationalen Kapitalverflechtungen dieses Bild vervollständigen, — kurz, daß mit all dem die Prämisse der neumarxistischen Imperialismus-Theorien erfüllt ist: ein

[2]) Nicht beweisen! Zahlen und andere Angaben empirischer Art werden, als Mittel zum Zweck, stets nur soweit gegeben, als sie für den Zusammenhang unentbehrlich erscheinen. Da das für die Untersuchung in Frage kommende Gebiet an sich schon groß ist, würde sonst der Umfang der Arbeit mühelos den scheinbar obligaten 600 Seiten der sozialistischen Imperialismus-Bücher nahekommen.

Land, in der ersten Linie der hochkapitalistischen Front stehend, mit allen Merkmalen und unter prinzipiell denselben ökonomischen Lebensbedingungen wie alle andern, nur quantitativ mit ihm differierenden imperialistischen Staaten.

Gleichzeitig aber soll an Hand dieser Tatsachen dauernd geprüft werden, ob diese Lage Folgen politischer Art nach sich zog (zieht), wie sie als unvermeidlich von der sozialistischen Theorie hingestellt werden.

Darauf aufbauend wird dann versucht, Folgerungen allgemeinerer Art aus dem gefundenen Sachverhalt zu ziehen und den Umkreis, in den diese Resultate zu stellen und in dem ihre Tragweite abzuwägen ist, zu umschreiben. Es wird sich als erforderlich erweisen, diese Untersuchungen mit einer gedrängten Darstellung des eigenartigen (aber wohl nicht durchaus auf die Schweiz beschränkten) Verhältnisses von Staat und Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt „Die Schweiz und der Nationalismus" zu beschließen. Es erscheint gewagt, eine derartige Untersuchung, wie sie dies letzte Kapitel enthält, auf so knappem Raum und mit so schwachen Mitteln zu versuchen, zu der, soweit ich sehe (ebenso wie für unser Thema überhaupt), so gut wie keine Vorarbeiten systematischer Art vorhanden sind. So interessant und fruchtbar das Thema erscheint, so ist doch noch keine umfassende Untersuchung von Schweizer Gesellschaft, Staat und Kultur und ihren spezifischen Lebensbedingungen unternommen worden; einzelne wichtige Teilgebiete sind bisher völlig un-

beachtet geblieben[3]). Es muß daher ausdrücklich betont werden, daß hier nur eine Skizze, nur einige für unseren Zusammenhang wesentlich erscheinende Bemerkungen geboten werden können und sollen. So mußte in dieser Form auch auf den vielleicht notwendigen breiten soziologischen und historischen Unterbau verzichtet werden. Es ist jedoch zu hoffen, daß das Gebiet einmal in seinem ganzen Umfang eingehend für sich behandelt wird.

[3]) Etwas Ähnliches versucht jetzt A. Günther in seinem Werk „Die Alpenländische Gesellschaft" (Jena 1930), das sich jedoch im wesentlichen auf Tirol beschränkt und die Schweiz mehr in Parenthese behandelt. Wenn es daher hierin und auch in der systematischen Anlage andere Ziele verfolgt, so gibt es doch mannigfache Anregungen.

Erstes Kapitel.

Die Schweiz als hochkapitalistisches Land.

Die Grundlage unserer empirischen Untersuchung muß naturgemäß ein Blick auf die allgemeinen Grundlagen der schweizerischen Volkswirtschaft, die Eigenart ihrer Existenzbedingungen und ihrer internationalen Beziehungen bilden: eine ganz knappe Skizze, die nichts Neues sagen, sondern Bekanntes unter dem speziellen Gesichtspunkt vor Augen führen soll.

I.

Schon sehr früh konnte von Autarkie dieser Volkswirtschaft, welche gegründet war auf einer äußerst schmalen natürlichen Basis, auf kargem Boden und engen Tälern, nicht mehr gesprochen werden. Sobald die Bevölkerung die „innenbedingte Tragfähigkeit" dieses Raumes überschritt, mußte mit begünstigteren Gegenden das getauscht werden, was relativ am entbehrlichsten war: Menschenkraft. Wir wissen, daß das Söldnerwesen über 300 Jahre lang eine der bestimmenden Erscheinungen des schweizerischen öffentlichen Lebens und die Pensionen die wichtigste Einnahme-

quelle der Innerschweiz waren. Eine Vorstellung davon vermitteln folgende Angaben: Die Zahl der gefallenen Schweizer Söldner wird auf 500 000 im 16. Jahrhundert (davon 1/3 allein unter Franz I. von Frankreich), auf 400 000 im 17. und auf wiederum 500 000 im 18. Jahrhundert geschätzt[1]). Die Ausgaben für die französische Gesandtschaft bei der Eidgenossenschaft in Solothurn, deren Hauptaufgabe das Werbegeschäft war, betrugen 1703 über 450 000 Livres, die französischen Soldzahlungen für 1705 gegen 5 Mill. Livres[2]). Dazu kamen die auf den Soldverträgen basierten Abmachungen, die den Absatz schweizerischer Waren in Frankreich erleichterten oder sogar erst ermöglichten.

So exportierte die Schweiz Menschenkraft (und oft gerade die wertvollste) in natura, bis sie durch das Heraufkommen kapitalistischer Produktionsmethoden in die Lage versetzt wurde, sie im Lande zu behalten und dafür ihre qualitativ hochwertigen Produkte auszuführen. Nicht nur die natürliche, auch die politisch bedingte Enge ihrer Basis zwang sie — und ermöglichte es ihr gleichzeitig! — so gleichsam in die Höhe statt in die Breite zu wachsen: die Lage im Zentrum Europas zwischen sich konsolidierenden machtstaatlichen Gebilden und die diesen gegenüber seit dem „Rückzug aus der Weltgeschichte" (H. Mühlestein) im beginnenden 16. Jahrhundert bewahrte Neutrali-

---

[1]) J. Wyler, Das Übervölkerungsproblem der Schweiz. In: Zeitschrift für schw. Statistik und Volkswirtschaft, 59. Jahrg. 1923, S. 58 f.

[2]) E. Gagliardi, Geschichte der Schweiz. 2. Bd. Zürich 1920, S. 138.

tät. Es steht fest, daß die Schweiz in mehrfacher Hinsicht in und nach dem 30jährigen Krieg die Erbschaft des hochentwickelten oberdeutschen Gewerbes und Handels angetreten hat. Hugenotten, Italiener und Niederländer, meist ebenfalls durch politische und konfessionelle Wirren in das neue Vaterland getrieben, brachten Initiative und traditionelle Befähigung[3]). Es war damit eine Position gegründet, die in den folgenden Jahrhunderten weniger mit bewußter Systematik als mit instinktiver Konsequenz ausgebaut wurde: die Schweiz, „nördlich der Alpen das älteste Kapitalexportgebiet Europas und die älteste Stätte bankmäßiger Vermittlung im internationalen Kapitalienverkehr"[4]), seit der Mitte des 16. Jahrhunderts „industrielles und kapitalistisches Frühland, wird ... bis gegen das Ende des 18. Jahrhunderts das verhältnismäßig industrialisierteste Land des Kon-

[3]) Vgl. über deren außerordentliche Bedeutung T. Geering, Handel und Industrie der Stadt Basel. Zunftwesen und Wirtschaftsgeschichte bis zum Ende des 17. Jahrh., Basel 1886: „Wie die beharrliche tägliche Arbeit aus dem Norden, so kam uns alle feinere wirtschaftliche Kultur aus Süden und Westen zu" (S. 144). „Seinem damaligen Verhalten (sc. gegenüber den Refugianten) dankt Basel ... seine kulturhistorische und wirtschaftliche Bedeutung während der folgenden Jahrhunderte, seine größten Gelehrten und Industriellen, sein heutiges Patriziat" (S. 447).

[4]) J. Landmann, Der schweizerische Kapitalexport. Sonderdruck aus der Zeitschr. für schw. Statistik und Volkswirtschaft, Bern 1916, S. 2. Vgl. die hieran anknüpfenden Bemerkungen Sombarts (Der moderne Kapitalismus, München-Leipzig 1928, II 2, S. 985), der diese Benennung eher Holland zuerkennen möchte. Die prinzipielle Bedeutung der Feststellung Landmanns für unseren Zusammenhang wird dadurch

tinents“[5]). Ein Drittel der damaligen Bevölkerung lebte von der Industrie[6]) und es ist offensichtlich, daß sich diese Situation mit der rapiden Bevölkerungszunahme, die das 19. Jahrhundert überall brachte, verschärfen mußte, wenn es auch in der Schweiz infolge der Vervollkommnung der landwirtschaftlichen Technik und der Ausbildung des spezifisch schweizerischen Exportes von bestimmten hochwertigen Agrarprodukten nicht in dem Maße geschah, wie zu erwarten gewesen wäre: heute sind ca. 44% der Bevölkerung von der Industrie abhängig.

II.

Die schweizerische Volkswirtschaft ist daher heute ausgesprochen hochkapitalistisch, ja sie kann

---

kaum eingeschränkt. Es erscheint jedoch lohnend, die mannigfachen Parallelen zwischen diesen beiden Volkswirtschaften — der holländischen und der schweizerischen — seit dem Frühkapitalismus sich einmal vor Augen zu führen, was hier natürlich nicht geschehen kann. Man vergleiche andererseits mit der Schweiz das seinen natürlichen Voraussetzungen nach doch durchaus ähnliche Österreich mit seinem doppelten Umfang und einer 50% größeren Bevölkerung und messe daran sein wirtschaftliches Gewicht — und man gewinnt einen interessanten Einblick in die geradezu groteske Unzulänglichkeit einerseits „geopolitischer“, andererseits rein ökonomischer Methoden für die Deutung sozialwissenschaftlicher Probleme.

[5]) H. Bächtold, Die schweizerische Volkswirtschaft in ihren Beziehungen zu Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart. Frauenfeld-Leipzig 1927, S. 20. Vgl. auch insbes. derselbe Verf., Die geschichtlichen Entwicklungsbedingungen der schweizerischen Volkswirtschaft. Im: Jahrb. für Nationalökonomie und Statistik, III. F., 67. Bd. 1924.

[6]) J. Wyler, a. a. O. S. 59.

wahrscheinlich als diejenige bezeichnet werden, die auf dem europäischen Kontinent die Merkmale des Hochkapitalismus am ausgeprägtesten und reinsten trägt (wobei „Hochkapitalismus" von uns stets verstanden wird als bisher erreichter Höhepunkt einer in der Vergangenheit liegenden überschaubaren Entwicklung, nicht als absoluter, auch für irgendeine zukünftige Entwicklung gültiger Maßstab). Es muß dies mit einigen, die heutige Lage bezeichnenden Angaben verdeutlicht werden.

In wie außerordentlichem Maße diese Volkswirtschaft nach außen orientiert ist, geht am klarsten aus einer Messung ihrer tatsächlichen Bevölkerungszahl an ihrer „innenbedingten Tragfähigkeit" hervor[7]). Danach weist die Schweiz die relativ größte durch „außenbedingte Tragfähigkeit" erhaltene Bevölkerungszahl aller Länder Europas, wahrscheinlich der Erde überhaupt auf: Ihre Bevölkerung ist nämlich danach um 131% zu groß

---

[7]) Vgl. über diesen Begriff O. v. Zwiedineck-Südenhorst, Ziele und Wege einer aufbauenden Bevölkerungspolitik (In: Volk und Reich der Deutschen, Berlin 1929, 1. Bd. S. 298). Zwiedineck definiert (nach Alois Fischer): „die Bevölkerungsmenge..., deren naturgegebene und kulturelle Bedürfnisse unter Anwendung der vollkommendsten gegenwärtigen technischen Mittel und der in der Bevölkerung verfügbaren Arbeitskräfte in dem Raum und mit Hilfe des Raumes befriedigt werden können", während „außenbedingte Tragfähigkeit" durch Befriedigung dieser Bedürfnisse auf dem Wege der Handelsbeziehungen mit anderen Ländern erreicht" wird. Wir sind uns der großen praktischen Problematik, die diesen Termini anhaftet (und auf die Zwiedineck selbst hinweist) wohl bewußt und verwenden sie hier nur zur Verdeutlichung von Tatsachen, die auch durch andere Angaben belegt werden.

— die Belgiens um 121, der Niederlande um 83, Großbritanniens und Irlands um 79, Deutschlands und Italiens um je 40% — während andererseits z. B. die Frankreichs um 19%, die der Balkanländer zwischen 25 und 37% zu klein ist. Es ist evident, daß sich die Bevölkerung in entsprechend hohem Grade auf kapitalistische Erwerbszweige verteilt. Die Verteilung stellt sich in Prozenten der Gesamtbevölkerung im Vergleich mit einigen anderen Ländern so dar[8]):

	Schweiz	Großbrit.	Belgien	Niederlande	Deutschland	Frankreich
Industrie und Bergbau . .	44,3	51,3	46,5	38,0	41,4	30,7
Handel und Verkehr . .	16,6	22,2	18,4	21,3	16,5	15,8
Land- und Forstwirtschaft .	26,0	7,8	19,3	23,6	30,5	41,5
Öffentl. Dienste und freie Berufe . . .	6,6	6,1	6,9	7,4	6,2	6,1
Häusliche und persönl. Dienste .	5,0	7,5	4,8	8,1	3,2	3,9
Armee	0,2	1,1	2,1	0,7	0,3	2,0
Sonstige	1,3	4,0	2,0	0,9	1,9	—

Wenn man vom Bergbau absehen würde, stände die Schweiz dem Grade der Industrialisierung nach auch heute an der ersten Stelle in Europa.

[8]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1928, S. 27*.

Mit der Höhe der Außenhandelsumsätze pro Kopf der Bevölkerung nimmt die Schweiz die dritte Stelle unter den europäischen Ländern ein. Sie betrug 1925 (in RM.) für: die Niederlande 985,3 — Dänemark 977,6 — die Schweiz 938,8 — Großbritannien 873,9 — Belgien 805,9 — Frankreich 463,9 — Deutschland 338,3 — U.S.A. 332,0 — und z. B. China 15,8[9]).

Der Anteil der Schweiz am Gesamtumsatz des Welthandels betrug 1925: 1,4%, das ist derselbe wie der Dänemarks, aber auch Brasiliens und Niederländisch-Indiens (1,5)! Auf die 2½ mal größere Tschechoslowakei mit ungefähr gleicher Bevölkerungsdichte entfallen 1,7%, auf Italien mit 10facher Bevölkerungszahl nur der doppelte Anteil: 2,8½, auf Frankreich 6,8, auf Deutschland 8,1, auf Großbritannien 17,4, auf Australien und China je 2,3%! Die an ihrer Größe gemessen ganz unverhältnismäßige weltwirtschaftliche Bedeutung der Schweiz zeichnet sich auch in diesen Zahlen eindeutig ab. Ihre Rolle als zentrales Verkehrsland deuten die Zahlen der Durchfuhr durch das Land an. Diese betrug in 1000 t[10]):

1913: 1529; 1916: 127; 1924: 2950; 1928: 3531.

Die Schweiz wird heute oft das wohlhabendste Land Europas genannt. Sie war es, soweit die relative, an der Bevölkerungszahl gemessene Höhe des Volksvermögens dafür entscheidend ist, schon vor 20 Jahren: Es entfielen (in Franken) vom

[9]) Nach Berechnungen des Völkerbundes W. Woytinski, Die Welt in Zahlen, 5. Buch, Berlin 1927, S. 204.

[10]) Schweizerisches Finanz-Jahrbuch 1929, Bern 1930, S. 11.

Volksvermögen[11]) auf jeden Schweizer (1910) 7970, jeden Engländer (1909) 7775, jeden Franzosen (1908) 7315, jeden Deutschen (1913) 5560.

Schließen wir diese gedrängte Betrachtung mit einem Blick auf die Struktur der schweizerischen Zahlungsbilanz[12]) (in Mill. Franken):

	1913	1924	1926	1928
Gesamt:	+51—106	+120—124	+138—153	+207
Handelsbilanz (Warenbilanz) .	—581	—326	—487	—586
Kapitalertrag . .	+260—315	+210	+250	+330
Fremdenverkehr .	+215	+150	+240	+315
Dienstleistungen .	—	+ 85—90	+114	+127
Verkehr mit elektr. Energie	—	—	+ 17	+ 21

Deutlich tritt das Bild der hochkapitalistischen Volkswirtschaft hervor, mit der überragenden Bedeutung des „unsichtbaren Exportes", der sich hier in den letzten Jahren zu fast gleichen Teilen aus Kapitalerträgnissen und Einkünften aus dem Fremdenverkehr zusammensetzt. 40—45% des Volkseinkommens sind ausländischer Provenienz: ca. 30% durch den Warenexport, der Rest aus Kapitalanlagen und Fremdenverkehr[13]).

[11]) Nach J. Landmann, Kapitalexport, a. a. O., S. 410.

[12]) Zusammengestellt nach Schätzungen des Schweizerischen Bankvereins, in dessen Monatsberichten.

[13]) A. Reichlin, Das schweizerische Volkseinkommen, seine Quellen und ihre Bedeutung. Zeitschrift für schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 63. Jahrgang, 1927.

Die Frage liegt nahe, ob auch bei der Schweiz jene Verschiebung des Schwergewichtes vom Warenexport zum unsichtbaren Export zu konstatieren ist, der z. B. für England und Holland wenn nicht schon festgestellt, so doch vorausgesagt wird[14]) und für den „spätkapitalistischen", den Rentnerstaat für bezeichnend gehalten wird. Wir glauben diese Frage verneinen zu dürfen. Es wird allerdings später gezeigt werden müssen, inwiefern die Bewegungen der Kapitalien für die weltwirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz als in steigendem Maße bedeutsam und für den uns beschäftigenden größeren Fragenkomplex überhaupt repräsentiv erscheinen müssen. Es handelt sich dort jedoch um die wachsende absolute und relative Bedeutung dieser Bewegungen überhaupt. Ein Blick auf die Struktur der Zahlungsbilanz der Schweiz und ihre Entwicklung in den letzten 1½ Jahrzehnten zeigt, daß — soweit die Frage durch Zahlen zu entscheiden ist — von einer Entwicklung zum „Rentnerkapitalismus" h i e r nicht die Rede sein kann. —

Wir sind uns der Unvollständigkeit dieser knappen Bemerkungen bewußt. Sie sollten nur eins: zeigen, daß wir es mit einer im höchsten Grade kapitalistischen Volkswirtschaft zu tun haben, daß somit die erste Voraussetzung unserer Untersuchung gegeben ist.

[14]) Vgl. für England z. B. „Die Wirtschaft des Auslandes 1900—1927", herausg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1928, S. 46; für Holland Th. Metz in: Die Auslandskredite (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 174, III), München-Leipzig 1928, S. 123: „Wir sinken herab in die Rolle einer Kapitalistennation".

III.

Eine Seite des uns beschäftigenden Problems sei hier schon kurz behandelt: die Frage des Importes. Der Hinweis auf die „Notwendigkeit gesicherten Rohstoffbezuges" ist bekanntlich in Großstaaten eine der wichtigsten Argumente für die „Begründung" imperialistischer Politik. Für die Schweiz wäre er es in noch viel höherem Grade: denn während Großmächte in Kriegszeiten (und nur für diese gilt das Argument ja bestenfalls) als Neutrale immerhin über Machtmittel verfügen, die ihnen eine Aufrechterhaltung der Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung aus dem Ausland und besonders den Überseeländern ermöglichen, gehen diese Kleinstaaten und insbesondere natürlich der Schweiz als Binnenstaat völlig ab. Nun wäre — neben dem Wunsch nach eigenen Kolonien, der ja sinngemäß den nach einer Kriegsflotte zur eigentlichen „Sicherung" der Zufuhren nach sich ziehen muß — die Forderung etwa eines „Schweizer Korridors" den Rhein entlang bis zum Meer mit Rotterdam als Freier Stadt zweifellos mindestens ebenso berechtigt und könnte mit auf gleichem Niveau stehenden „wirtschaftlichen" und „geopolitischen" Argumenten gestützt werden wie die Konstituierung etwa des polnischen Korridors (besonders, wenn man die weit größere weltwirtschaftliche Bedeutung der Schweiz berücksichtigt). Aber es erweist sich hier wieder einmal, daß nicht die wirtschaftlichen (oder sonstigen rationalen) „Notwendigkeiten" real konstitutiv sind, sondern die politischen Möglichkeiten (zu denen sich die nötigen

„rationalen“ Beweise nachträglich stets finden): trotzdem wohl kein Land derart allseitig auf Einfuhr von Rohstoffen angewiesen ist, hat die Beschränktheit der politischen Mittel der Schweiz eine Korrektur ihrer ungünstigen natürlichen Voraussetzungen durch Kolonialpolitik im Verlaufe ihrer kapitalistischen Entwicklung nie in Frage kommen lassen.

Die ganz besonders schwierige Lage der Weltkriegszeit, die die Erschwerung, beinahe Unterbindung der lebenswichtigen Zufuhren aus Übersee brachte, ließ den Gedanken einer eigenen schweizerischen Meerschiffahrt, die wenigstens den notwendigen Schiffsraum sichern sollte, aktuell werden. Er ist über Versuche einer Realisierung nicht hinaus gelangt: eine unter Beteiligung der Eidgenossenschaft gegründete Gesellschaft mußte angesichts der mannigfachen großen Schwierigkeiten, der mangelnden Erfahrung in diesem typischen Binnenland und der nach Beendigung des Krieges radikal gewandelten Verhältnisse unter erheblichen Verlusten sehr bald aufgelöst werden[15]). Es ist dies der einzige Versuch unter offizieller Beteiligung gewesen — und wird es allem Anschein nach bleiben —, der uns unter unserm Gesichtspunkt interessieren könnte. — Im übrigen besteht über diese Zusammenhänge Klarheit, ihre spezielle Untersuchung erübrigt sich daher und sie konnten deshalb hier vorweg genommen werden. —

---

[15]) W. Jenne, Volkswirtschaftliche Erörterungen über eine schweizerische Meerschiffahrt, Basel 1919.

Wir werden uns nunmehr in den drei folgenden Kapiteln über die Arten der Verflechtung der schweizerischen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft mittels Warenexport, Industrieauswanderung und Kapitalexport Klarheit unter den für uns relevanten und bereits früher skizzierten Gesichtspunkten zu gewinnen suchen. —

Zweites Kapitel.

Der Warenexport.

I.

Die schweizerische Industrie ist das eine der starken Bänder, die die Verknüpfung mit der Außenwelt, von der wir erfuhren, wie intensiv und lebenswichtig sie ist, herstellen. Sie ist ein Gebilde von außerordentlicher Differenziertheit und Spezialisierung. Ihre Eigenart besteht darin, daß sie fast ganz der natürlichen, d. h. der Rohstoff-Grundlage entbehrt und in erster Linie kapital-, in zweiter arbeitsorientiert ist. Diese ihre durchaus einseitigen Produktionsverhältnisse zwingen sie zu strenger Auswahl der für sie optimalen Produktionszweige und zu steter Anpassung an ihrem Einfluß entzogene Verschiebungen der internationalen Absatzverhältnisse. Infolge der Enge ihrer natürlichen und nationalen Basis ist sie in fast beispiellosem Maße nach außen orientiert: „Großindustrie und Exportindustrie sind in der Schweiz mehr und mehr zu nahezu synonymen Begriffen geworden“[1]). So ist sie überall in der Welt inter-

[1]) J. Landmann in: Volkswirtschaft, Arbeitsrecht und Sozialversicherung der Schweiz. Herausg. vom Eidg. Volkswirtschaftsdepartement, Einsiedeln 1925, erster Teil, S. 153*.

essiert, überall verwundbar, hat aber dementsprechend auch überall Chancen des Ausgleichs und des Wachstums. Die Labilität ihrer Existenzbedingungen verleiht ihr — und das bedeutet ja doch in erster Linie: ihren Trägern — eine außergewöhnliche Elastizität. Was Bowring 1837 in seinem Bericht an das englische Unterhaus über sie sagte, gilt vielleicht auch noch heute: „Ungeachtet des natürlichen Mißstandes der geographischen Lage der Schweizer Kantone, existiert meiner Überzeugung nach keine kräftigere, gesundere, schmiegsamere Industrie als die der Schweiz“[2]). (Daß unter dem Druck der protektionistischen Handelspolitik der großen Kundenländer trotzdem nicht alle produktiven Kräfte im nationalen Rahmen erhalten werden konnten, werden wir später, wenn wir uns mit der Industrieauswanderung zu beschäftigen haben werden, sehen.)

So stellt sich uns die Schweizer Industrie als eine Werkstätte fast ausschließlich der Veredlung dar: die Produkte passieren sie gleichsam erst und nur im letzten Stadium ihres Reifeprozesses, indem sie aus dem Ausland, vom Ort ihrer Gewinnung und Vorbearbeitung, kommen und wieder ins Ausland an den Ort ihrer Konsumtion gehen. Diese Spezialisierung wirkt sich aber nicht nur historisch im technischen Verarbeitungsprozeß, sondern auch systematisch in der Wahl der zu bearbeitenden Erzeugnisse und in der Art der Bearbeitung aus, sie läßt sich kurz mit dem einen Wort: Qualität umschreiben. Es ist in den letzten

[2]) Zit. bei J. Wyler, a. a. O. S. 66.

Jahren üblich geworden, der Industrie Mittel- und Westeuropas im Gegensatz zu der Nordamerikas die Qualitätsarbeit als ihre besondere Domäne zuzuweisen. Für die schweizerische Industrie gilt dies — und nicht erst heute — zweifellos im besonderen Maße: ein zur Ausfuhr aus der Schweiz bestimmter Meterzentner Ware repräsentierte 1913 im Durchschnitt einen Wert von 158 Fr., gegenüber einem Durchschnittswert von 32 Fr. eines Meterzentners französischer und von 10 Mk. eines Meterzentners deutscher Exporte[3]).

Diese Tatsachen lassen vermuten, daß der schweizerische Industrieexport ganz überwiegend auf den Markt der übrigen hochkapitalistischen Länder angewiesen ist, und seine direkten Beziehungen zu den mehr oder weniger kolonialen Gebieten minimal sind. Wir nähern uns hier einer der wichtigsten Fragen unserer Untersuchung: es handelt sich hier darum, ob die hochkapitalistische, aber kleinstaatliche Volkswirtschaft der Schweiz am Export nach den jüngeren kapitalistischen Ländern, insbesondere den Überseeländern in einem ihrer Produktionskapazität ungefähr entsprechenden Maße beteiligt ist.

Diese Frage müssen wir nach einem Blick auf die folgende Aufstellung voll bejahen[4]):

---

[3]) W. Stauffacher, Der schweizerische Kapitalexport. Lausanner Diss. Glarus 1929, S. 160.

[4]) Zahlen nach dem statistischen Werk: „Die Wirtschaft des Auslandes", Berlin 1928 und 1929, für Deutschland nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich.

Export nach allen hochkap. Ländern				Import aus allen hochkap. Ländern		
1900	1913	1928	in %	1900	1913	1928
77,6	69,0	59,8	Schweiz . . .	81,6	76,9	70,0
81,7	73,9	71,7	Belgien . . .	67,5	61,9	67,4
92,0	86,6	86,5	Niederlande .	61,0	59,7	68,0
72,3	67,4	60,8	Frankreich . .	49,8	49,0	46,1
64,3	64,1	52,1	Italien	67,5	64,8	50,2
64,5	51,2	45,9	Deutschland .	53,6	39,5	41,0
34,2	27,8	24,1	Großbrit.* . .	54,8	43,5	35,0
69,9	54,9	38,5	Ver. Staaten .	45,5	50,8	24,5

* = Ausfuhr: nur einheimischer Waren.

Die Auswahl der Länder mag unvermeidlich etwas summarisch erscheinen. Da sie jedoch allgemeine Zwecke erfüllen soll, erscheint es unwesentlich, daß einzelne „hochkapitalistische" Beziehungen (etwa Skandinavien, Österreich) vernachlässigt, dagegen vielleicht nicht ganz auf dieser Entwicklungsstufe stehende Länder voll berücksichtigt worden sind. —

Es zeigt sich folgendes: Die hochkapitalistischen Länder nehmen von der Gesamtausfuhr der Schweiz heute einen kleineren Teil auf als von den Ausfuhren Frankreichs, Belgiens, Hollands. Ihr Anteil ist seit dem Beginn des Jahrhunderts in scharfer Kurve gesunken zugunsten des Exportes nach jungkapitalistischen Ländern. Diese bei allen in Betracht kommenden Ländern festzustellende Entwicklung manifestiert sich in der Schweiz in durchaus „normalem", in bezug auf einzelne Gebiete allerdings besonders hohem Grade: die Bedeutung Frankreichs als Kunde z. B. verringerte sich zwischen 1900 und 1927 genau um die Hälfte,

von 13,2 auf 6,7%. — In der Einfuhr der Schweiz nahmen dagegen, gemessen an den Verhältniszahlen aller anderen Vergleichsländer die hochkapitalistischen Gebiete den größten Anteil in Anspruch: zweifellos ein Ausdruck der von uns schon betonten Hochwertigkeit und Spezialisation der schweizerischen Produktion, die sie auf produktionstechnisch leistungsfähige Vorlieferanten angewiesen sein läßt.

Ganz besonders deutlich wird diese Tendenz zur quantitativen Nivellierung der Außenhandelsbeziehungen der Schweiz bezüglich ihrer geographischen Verteilung bei folgender Aufteilung der Kunden- und Lieferantenländer[5]):

Anteil	am schweiz. Import in %				am schweiz. Export in %			
	1900	1913	1928	1930	1900	1913	1928	1930
der 4 Nachbarländer	71,0	67,4	50,0	52,3	48,1	44,5	35,4	36,1
des übrigen Europa	15,4	15,9	23,9	26,0	30,6	30,1	34,8	37,7
der übrigen Erde	13,6	16,7	26,1	22,7	21,3	25,4	29,8	26,2

Unsere obigen statistischen Angaben berühren sich mit den von F. Sternberg beigebrachten, mit denen er eine „Re-Integrierung des Außenhandels der hochkapitalistischen Staaten“[6]) beweisen will,

[5]) Zahlen nach den Jahresberichten der Schweizer. Handelsstatistik.

[6]) F. Sternberg, Krise und Außenhandel, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 29. Bd., 2, 1929, S. 262.

zeigen will, daß für diesen „die Staaten immer wichtiger werden, die erst auf dem Wege zum Kapitalismus sind“[7]). Die Richtigkeit dieser Feststellung ist zuzugeben, mit der Einschränkung, daß Sternberg die Relativität dieser Fakten zu sehr außer acht läßt: es handelt sich stets nur um verhältnismäßige Verschiebungen, fast nie um einen Rückgang der absoluten Größen der wirtschaftlichen Verflechtung zwischen hochkapitalistischen Ländern. Auf die (u. E. durchaus verfehlten) Schlüsse, die Sternberg aus diesen Tatsachen zieht, ist hier noch nicht einzugehen: von ihnen wird gesprochen werden müssen, wenn wir versuchen werden, unsere speziellen Resultate für das allgemeine Problem nutzbar zu machen. Schon hier muß jedoch die in unserem Zusammenhang interessierende Bemerkung Sternbergs zurückgewiesen werden: „Es sei prinzipiell bemerkt, daß diese (sc. europäischen kapitalistischen) Kleinstaaten in ihrer kapitalistischen Entwicklung nicht die gleiche Stufe der vier Welthandelsvölker erreicht haben; dies gilt auch für die entwickeltsten, wie Belgien und die Schweiz“[8]). Er läßt diese Behauptung völlig unbewiesen und sie ist tatsächlich unbeweisbar: schon aus den von uns bisher beigebrachten wenigen Daten erhellt die strukturelle Analogie, die von quantitativen Faktoren prinzipiell unabhängig ist. Sternberg beruft sich ganz unberechtigt auf

---

[7]) Sternberg, a. a. O. S. 263.

[8]) Sternberg, Der Außenhandel der vier Welthandelsvölker ... in der Vor- und Nachkriegszeit. Weltw. Archiv, 29. Bd., 2, 1929, S. 227*, Anm.

einer Bemerkung Hilferdings[9]), die sich ausschließlich auf rückständige, auf ausländische Kapitaleinfuhr angewiesene europäische Länder wie Spanien, Portugal, Vorkriegs-Rußland usw. bezieht — während sich die Schweiz und Belgien natürlich von jeher in entgegengesetzter Lage befunden haben. Es muß dies hier festgestellt werden, um jedem Einwand, es handle sich bei der Schweiz nicht um ein den kapitalistischen Großstaaten wirtschaftlich ebenbürtiges und in seinem kapitalistischen Niveau mit diesen vergleichbares Land, zu begegnen. —

Die Schweiz ist also für ihren Export in außergewöhnlich hohem und in steigendem Maße angewiesen auf die Länder, welche als Objekte imperialistischer Politik dienen, — denjenigen Staaten ganz offenbar dienen, für deren Exportstruktur sie eine ähnlich wichtige, nur im Falle Englands und Deutschlands größere, sonst kleinere Bedeutung haben. Wir wollen für unsere Betrachtungen vorläufig der Einfachheit halber die europäischen wirtschaftlich noch relativ wenig entwickelten Mittelstaaten fortlassen, da ihre politische Stellung zu wenig eindeutig ist, um sie einfach als Objekte der imperialistischen Politik der Großmächte zu bezeichnen. Wenden wir uns vielmehr nun speziell dem Export der hochkapitalistischen Länder Europas nach den Überseeländern und seiner Entwicklung seit der Jahrhundertwende zu:

---

[9]) Hilferding, Das Finanzkapital, 4. Aufl., Wien 1927, S. 419.

	Export nach allen fremden Überseeländern (ohne U. S. A.).			Export nach den eigenen Kolonien.		
	In % des Gesamtexportes.					
	1896-1900	1913	1928	1900	1913	1928
Großbritannien[1]) .	[2])	22,6	14,9	32,4	37,2	45,3
Frankreich . . .	8,4	11,4	8,8[3])	11,6	13,0	16,2
Deutschland . . .	11,6	16,4	18,9	0,5	0,6	—
Italien	15,5[4])	22,2	24,6	2,2[5])	3,1	1,9
Schweiz . . .	9,1	15,0	20,7	—	—	—
Belgien	10,4[6])	13,2	18,8	0,5	0,9	2,0
Niederlande . . .	[2])	[2])	[2])	3,8	5,3	8,8

[1]) = Nur einheimische Waren.
[2]) = Keine zuverlässigen Angaben.
[3]) = 1924.
[4]) = Durchschnitt 1900—1904.
[5]) = Durchschnitt 1908—1912.
[6]) = 1898.

Quellen: „Die Wirtschaft des Auslandes", a. a. O. — P. Hermberg, „Der Kampf um den Weltmarkt". Jena 1920. — Für Italien und Belgien direkte amtliche Mitteilungen.

Es geht aus dieser Aufstellung eindeutig hervor, daß (wenn man von dem nicht vergleichbaren Großbritannien absieht) die Größe und die weltpolitische Stellung der Staaten eine erstaunlich geringe Rolle in bezug auf den Umfang ihrer Exportbeziehungen zu Überseeländern (gemessen an ihrem gesamten Export) spielen: selbst eine relativ sehr bedeutsame Ausfuhr nach den eigenen Kolonien, wie im Falle Frankreichs, wird fast völlig kompensiert durch ein entsprechendes Zurückbleiben der Beziehungen zu unabhängigen Ländern: man vergleiche in unserer Tabelle nur die Ent-

wicklung des französischen und des schweizerischen Exportes als der ausgeprägten Typen. In anderen Ländern (Deutschland, Italien) erweisen sich die eigenen Kolonien als wirtschaftspolitisch so irrelevant, daß die wirtschaftliche Verknüpfung mit fremden Gebieten darüber keine sichtbare Einbuße erleidet, andererseits aber auch die Diskrepanz zwischen dem Aufwand politischer Mittel im Zusammenhang mit diesen Gebieten und ihrer realen ökonomischen Bedeutung ganz klar wird. Es bleibt hier gleichsam nach Abzug des geringen rationalwirtschaftlichen Gehaltes der kolonialpolitischen Argumentation der große Rest, der den spezifisch großstaatlich-imperialistischen Eigentendenzen zuzuschreiben ist und der dieser Argumentation ein Gewicht und ein Pathos verleiht, der ihr — ganz folgerichtig — z. B. im an sich ganz ähnlich gelagerten Falle Belgiens, d. h. des Kleinstaates, abgeht. — Über diese Zusammenhänge wird jedoch später noch kurz zu sprechen sein. —

Jedenfalls ist unter diesem Gesichtspunkt zahlenmäßig keine generelle Benachteiligung der nicht Kolonien besitzenden Länder gegenüber den „Besitzern" festzustellen. Es ließe sich im Gegenteil in Einzelfällen (besonders englischer Dominien) nachweisen (soll hier aber der geringen grundsätzlichen Bedeutung wegen nicht geschehen), daß der Export nach Kolonien bei den Herrschaftsländern dieser Gebiete erhebliche Einbuße zugunsten anderer Länder erlitten hat. Zu diesen letzteren rechnet die Schweiz besonders häufig.

Aus der folgenden Aufstellung geht der unverhältnismäßig größere Anteil, den gewisse unabhängige Überseeländer an den Exporten der

Schweiz gegenüber denjenigen Deutschlands und besonders Frankreichs hatten und noch haben hervor:

Entwicklung des Anteils einiger Überseeländer an den Exporten Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz (in % des Gesamtexportes des betreffenden Landes).

	1900			1913			1928			1930		
	Dtsch.	Frk.	Schw.	Dtsch.	Frk.	Schw.	Dtsch.	Frk.	Schw.	Dtsch.	Frk.	Schw.
U.S.A. . . .	9,3	6,2	11,5	7,1	6,1	9,9	6,6	6,5	9,2	5,7	5,6	8,1
Kanada . . .	0,4	0,1	0,5	0,6	0,4	2,3	0,6	1,3	1,9	0,6	1,1	1,6
Argentinien .	1,4	1,2	1,2	2,6	2,9	2,2	2,9	2,2	1,8	2,3	2,0	1,9
Brasilien . .	1,0	0,9	0,4	2,0	1,3	1,5	1,6	1,1	1,2	1,0	0,7	0,7
Japan . . .	1,5	0,4	1,3	1,2	0,2	0,6	1,8	0,5	2,6	1,6	0,4	2,0
Eig. Kolonien	0,5	11,6	—	0,6	13,0	—	—	16,2	—	—	20,1	—

Quellen: „Wirtschaft des Auslandes", a. a. O. und Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich.

Es sei die radikale Exportorientierung der Schweiz im Vergleich mit den Großstaaten schließlich noch an einem anders-gearteten und als Symptom sicher bedeutsamen Beispiel, nämlich dem der Maschinenausfuhr, verdeutlicht:

Maschinenausfuhr der fünf bedeutendsten Exportländer.

	1913			1925		
	Wert i. Mill. GM.	% der Weltausfuhr	% der eigen. Ges.-Prod.	Vorkriegswert i. Mill. GM.	% der Weltausfuhr	% der eigen. Ges.-Prod.
U. S. A.	680,6	26,8	10,4	804,3	32,8	9,1
Deutschland .	738,4	29,1	26,4	489,9	20,4	25,3
Großbrit. . .	721,3	28,4	45,0	633,2	25,8	31,5
Frankreich .	76,7	3,0	29,2	117,5	4,9	33,8
Schweiz . . .	62,3	2,5	41,5	83,6	3,5	44,0

Errechnet und zusammengestellt nach Angaben des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten f. d. Weltwirtschaftskonferenz in seinem Statist. Handbuch, Berlin 1930, S. 58, 62.

Es scheint geraten, sich, wenn man über solche allgemeinen Feststellungen hinaus einen Einblick in die weltwirtschaftliche Struktur des schweizerischen Exportes erhalten will, zuerst die Bedeutung der einzelnen Exportindustriezweige, gemessen an dem (notwendig rohen) Maßstab ihrer Arbeiterzahl und an ihren Exportwerten und sodann die Entwicklung einzelner besonders wichtiger Exportzweige nach den verschiedenen Kundenländern und Ländergruppen geordnet vor Augen zu führen:

	Fabrikarbeiter (in 1000)				Ausfuhrwerte der Fabrikate (in Mill. Franken)			
	1901	1913	1923	1929	1900	1913	1923	1929
Maschinen- u. Metallindustrie . .	45,4	73,6	83,2	115,0	72	189	491	476
Uhrenindustrie . .	24,9	36,9	33,4	38,4	123	183	326	307
Baumwollindustrie	32,3	30,4	34,6	35,3	169	261	270	238
Seidenindustrie .	33,9	31,9	29,7	32,1	190	224	302	267
Chem. Industrie .	7,0	9,5	12,1	13,0	28	65	308	173
Stickereiindustrie .	16,8	29,8	13,9	7,9	119	210	293	89
Nahrungs- und Genußm.-Industr.*) .	18,4	27,4	23,6	26,3	103	201	214	212

*) = In der Spalte der Ausfuhrwerte: Nahrungsmittel insgesamt.

Quellen: Fabrikarbeiter: Schweiz. Fabrikstatistik, herausg. vom Eidgenöss. Statist. Amt (für 1901, 1923, 1929).

Berichte der Eidg. Fabrik- und Bergwerkinspektoren usw. für 1912 und 1913. Veröff. v. Eidg. Industriedepartement. Aarau 1914, Seite 173 (für 1913).

Ausfuhrwerte: Statist. Jahrbuch der Schweiz, herausg. vom Eidg. Statist. Amt. — Schweizer. Handelsstatistik, Jahresberichte, herausg. von der Eidg. Oberzolldirektion.

Die einzelnen Industrien exportieren von ihrer Gesamtproduktion im Durchschnitt (in %)[10]:

Chemische Industrie	98
Seidenindustrie	95
Stickerei	90
Uhrenindustrie	90
(? — nach anderen Angaben	98).
Schokoladenindustrie	85
Maschinenindustrie	80 (?)
Schuhindustrie	60

Der Uhrenindustrie gebührt auf Grund ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung und ihrer besonders ausgeprägten Exportorientierung ein besonderes Interesse. Es lassen sich hier folgende Veränderungen feststellen[11]):

---

[10]) Nach Angaben von E. Feer, Schweizerischer Handelsattaché in Berlin in: Die Schweiz, Sonderschrift des Berliner Tageblatt, 3. VI. 1930.

[11]) Schweizerische Handelsstatistik, Jahresbericht 1928, S. 29.

Export in Mill. Franken.

Nach	1913	1924	1928
den Vereinigten Staaten	10	53	48
Deutschland	36	18	39
Großbritannien	32	41	29
Japan	2	30	20
Italien	13	10	18
Frankreich	6	13	16
Spanien	5,5	8	11,6
China	2	13,4	11
Kanada	3	6	8
Australien	0,4	5,8	6,5
Gesamtausfuhr . .	183	273	300

Welche sprunghaften Verlagerungen in der Bedeutung der Absatzländer im Laufe weniger Jahre möglich sind, zeigt das Beispiel der Maschinenindustrie (das aber natürlich eben deshalb nur beschränkten prinzipiellen Wert beanspruchen kann):

Gesamtausfuhr 1926:
60818 t im Wert von 185,8 Mill. Fr.

Gesamtausfuhr 1928:
76875 t im Wert von 233,8 Mill. Fr.

Gesamtausfuhr 1930:
70756 t im Wert von 220,3 Mill. Fr.

Export in Mill. Fr.

Nach	1925	1928
Deutschland . . .	21,6	34,1
Asien	17,8	24,4
Frankreich . . .	31,7	23,0
Spanien	9,9	22,2
Großbritannien . .	14,2	18,0
Italien	22,6	17,6
Südamerika . . .	16,5	12,8
In diese Länder zusammen	135,3	151,9

Asien nahm 1928 dem Werte nach mehr Aluminium ab als jedes einzelne Land Europas. Die Baumwollindustrie verkaufte (bei ungefähr stabilen Preisen) nach Asien 1913 für 17 Mill. Fr., 1927 für 35 Mill. Fr., nach Afrika für 4,3 und 11,5 — nach England dagegen für 51 und 33,5, nach den Vereinigten Staaten für 61,6 und 18,4 Mill. Fr.

Selbstverständlich sind diese Daten in speziellen Fällen häufig durch unter unserem Gesichtspunkt zufällige Maßnahmen handelspolitischer und anderer Art und durch wirtschaftliche Wechsellagen beeinflußt — trotzdem bleibt ihre repräsentative Beweiskraft im allgemeinen ungeschmälert, da sie hier nur die große Entwicklung verdeutlichen, nicht einer Spezialuntersuchung dienen sollen. —

Wenn wir die für unseren Zweck bedeutsamen Ergebnisse der bisherigen Untersuchung nunmehr knapp zu formulieren versuchen, so können wir sagen: die europäischen hochkapitalistischen Groß-

staaten haben in den letzten 30 Jahren, d. h. im „Zeitalter des Imperialismus", in den Überseeländern mit wirtschaftlich kolonialem Charakter keine größeren wirtschaftlichen Erfolge — soweit diese sich in den Daten des Handelsverkehrs, bezogen auf den Gesamtverkehr, dokumentieren — erzielt als die Schweiz. Auf der einen Seite wurde mit allen Mitteln raffinierter imperialistischer Politik und politisch beeinflußter internationaler Konkurrenz, mit verschwenderischer Propaganda aller Art, vom farbigen Prospekt für den Analphabeten bis zur „Kulturmission" und der Errichtung von Universitäten, mit Finanztransaktionen größten Stils, Kriegsschiffbau, Unterhaltung eines umfassenden diplomatischen und konsularischen Apparates — kurz, mit „Großmacht"-Mitteln gearbeitet, — auf der anderen Seite steht ein verschwindend kleiner, nur wirtschaftlich höchstkomprimierter, politisch ganz indifferenter, sich in seiner außenpolitischen Betätigung und Repräsentation auf das notdürftigste beschränkender Binnenstaat.

Wenn wir diese auffallende Tatsache nach ihren Ursachen näher zu ergründen versuchen, werden wir zu einigen prinzipiellen Feststellungen über die Zusammenhänge von wirtschaftlicher Prosperität und politischer Macht geführt, in denen wir den Schwerpunkt des Imperialismusproblems überhaupt sehen möchten. Darüber wird später noch einiges zu sagen sein. Vorläufig haben wir unsere Fragestellung so einzuengen: welche Faktoren liegen der soeben angedeuteten überseeischen Position der Schweiz zugrunde?

Zunächst kommen der schweizerischen Konkurrenzfähigkeit einige Momente personaler und sozialer Natur zugute, die ein gewisses Äquivalent gegenüber der mannigfachen administrativen Begünstigung der Staatsangehörigen imperialistischer Länder darstellen: wenn wir hier vom rein wirtschaftlich Bedingten absehen, so ist es in erster Linie die dem schweizerischen Wirtschafter eigene Anpassungsfähigkeit an die Wünsche seiner ausländischen, teils exotischen Kundenkreise und sodann als außerordentlich wichtiger Faktor die fast völlige politische Indifferenz des Schweizers im Ausland. So sehr der einzelne im Ausland, besonders in Überseeländern lebende Schweizer sich mit der Heimat kulturell verknüpft fühlen mag — in politisch-nationaler Hinsicht steht er fremden Verhältnissen mit einer Voraussetzungslosigkeit gegenüber, wie sie von Angehörigen anderer europäischer Länder (durchaus nicht nur der Großstaaten) nicht erwartet werden kann. Diese Tatsache (die außer in der Kleinheit und Binnenlage des Landes noch durch andere, später zu erwähnende Faktoren bedingt ist[12]) läßt den Schweizer nun in allen wirtschaftlichen Kolonialländern mit aufstrebenden nationalistischen Tendenzen als bevorzugten wirtschaftlichen Partner erscheinen, da er eben jedes über das rein geschäftliche hinausgehenden politischen, imperialistischen Interesses unverdächtig ist. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Schweiz auf diese Weise als „tertius gaudens" aus dem Imperialismus der andern gerade als nichtimperialistisches Land Nutzen zieht. Die

[12]) Vgl. das 6. Kapitel.

offizielle schweizerische Politik hat diesen Grundsatz der Nichteinmischung gegenüber überseeischen Staaten stets strikte befolgt, zuweilen selbst gegen die Wünsche ihrer in einzelnen Fällen interessierten Bürger. Es sei nur ein Beispiel aus der kolonialpolitischen Ära angeführt: In den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts wandten sich die Neuenburger Exporteure durch die Regierung ihres Kantons an den Bundesrat mit Gesuchen um Intervention in China wegen der durch die dortigen Unruhen verursachten Schäden. „Die Gesuchssteller wiesen daraufhin, daß die Schweiz von Frankreich oder einer anderen Macht Unterstützung erhalten könnte. Der Bundesrat erachtete es nicht als ratsam, dem Gesuche Folge zu leisten und ließ seinen Staatsbürgern die Freiheit, den fremden Schutz selbst nachzusuchen, wenn sie es als geeignet fänden“[13]). Man beachte diesen völligen Verzicht auf elementarste außenpolitische Aktivität!

Es wäre nun unrichtig, anzunehmen, die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz in Übersee seien absolut von solcher Geringfügigkeit, daß ein staatlicher Schutz schon aus diesem Grunde sich nicht lohne: schon die bisher von uns beigebrachten wenigen Zahlenangaben beweisen das Gegenteil. In einigen Ländern verfügen heute Schweizer über eine reale wirtschaftliche Macht, die durchaus im Mißverhältnis zu ihrer Zahl und zu den hinter ihnen stehenden Schutzmöglichkeiten ihres Staates

---

[13]) E. Zimmermann, Chinas wirtschaftliche Verhältnisse und seine Beziehungen zur schweizerischen Exportindustrie. Neuenburger Diss., St. Gallen 1923, S. 54.

stehen. Die schweizerischen Auslandskaufleute bilden fast überall einen nur quantitativ kleinen Kreis von sehr erheblichem wirtschaftlichem und sozialem Gewicht[14]). So steht in Ägypten und Indien ein erheblicher Teil des Baumwollanbaues, in Argentinien der heute auch politisch so bedeutsamen Elektrizitätsindustrie unter Schweizer Einfluß, und auch auf anderen südamerikanischen Märkten (wie Brasilien) ist die Stellung der Schweizer sehr beachtenswert: zwischen der Skylla des nordamerikanischen und der Charybdis des englischen Imperialismus bietet sich hier die enge, aber solide Insel der schweizerischen politischen Indifferenz.

Es sei auch hier schon daran erinnert, daß kapitalbedürftige Länder natürlich mit Vorliebe den Kapitalmarkt politisch schwacher Staaten in Anspruch nehmen, wo sie keine allzu unbequemen Lieferungsklauseln im Interesse der Industrie des Gläubigerstaates[15]), keinen Finanzkommissar und keine politisch-militärischen Repressalien im Notfalle zu gewärtigen haben. Damit hängt es zusammen, daß immer wieder Schweizer als Berater jeder Art, als Instruktoren und Gelehrte von „jungen" Ländern in Anspruch genommen werden: aus neuester Zeit sind interessante Fälle aus Ägypten, Abessinien, Persien und China bekannt. —

Dieselbe Tatsache: die Bevorzugung der Angehörigen nichtimperialistischer Staaten in Über-

[14]) Über ihre zahlenmäßige Stärke in den einzelnen Ländern vgl. unten S. 141.

[15]) Worüber nicht vergessen werden darf, daß solchen Kapitalexporten fast stets auch Warenexporte folgen und daß natürlich die Position der Schweiz als Warenexportland nicht ohne die fundamentale als Kapitalexportland zu denken ist.

seeländern ist ja auch den Deutschen nach dem Weltkriege z. B. in China zugute gekommen, nachdem sie dort auf die Ausnahmerechte der Weißen hatten verzichten müssen. Diese Ausschließung der Deutschen von den imperialistischen Vorrechten war ein Akt politisch sich auswirkender internationaler Konkurrenz, wie so häufig psychologisch schlecht beraten und ganz aus den üblichen Anschauungen vom wirtschaftlichen Werte imperialistischer Maßnahmen heraus geboren, und seine Resultate werfen daher ein interessantes Licht auf den Wahrheitswert dieser Argumentationen.

Denn diese Tatsache muß bei Betrachtung des Beispiels der Schweiz immer wieder als charakteristisch betont werden: Zwischen wirtschaftlichem Erfolg und politischer Macht besteht kein notwendiger Zusammenhang, ja oft (und besonders hier) offensichtliche Diskrepanz. Es bestätigt sich hier (und soll später in einen größeren Zusammenhang gestellt werden), daß „die Macht eines Staates hinsichtlich der geschäftlichen Transaktionen seiner Bürger ein indifferenter Faktor" ist[16]).

Die dieser Feststellung zugrunde liegenden Tatsachen sind nicht neu, sind oft erkannt worden, und es ist verwunderlich, daß sie so selten zu grundsätzlichen Folgerungen ausgewertet worden

[16]) W. Sulzbach, Nationales Gemeinschaftsgefühl und wirtschaftliches Interesse. Leipzig 1929, S. 73. — Dieses wichtige Buch erhellt diese immer wieder verkannten Zusammenhänge nach ihrer soziologisch-sozialpsychologischen Seite. Vielleicht zuerst hat diesen Weg — wenn auch nicht genügend systematisch — Norman Angell mit seinem bekannten Buch „Die große Täuschung. Eine Studie über Militärmacht und Wohlstand der Völker" (deutsch, Leipzig 1910) beschritten.

sind. So hat Sombart schon 1903 ausgesprochen: „Gerade wie das deutsche Volk die schönsten Blüten seiner geistigen Kultur, die wertvollsten Seiten seines Nationalcharakters der jahrhundertelangen Staatenlosigkeit verdankt: so auch zum großen Teil die Eigenschaften, die es am Ende des 19. Jahrhunderts zu einem der mächtigsten und reichsten Wirtschaftsgebiete der Erde gemacht haben“[17]) und noch 1913 die unzweifelhaft richtige Erkenntnis vertreten: „Die Eigenart der staatlichen Verhältnisse hat zuweilen dadurch den kapitalistischen Geist zu höherer und rascherer Entfaltung gebracht, daß sie ein Gemeinwesen nicht oder erst spät zu einem machtvollen Großstaat haben werden lassen. Ich denke an Staaten wie die Schweiz oder Deutschland vor 1870. In diesen sind bestimmte Seiten des kapitalistischen Geistes gewiß dadurch ausgebildet worden, daß ihren Angehörigen ein Rückhalt an einem machtvollen Staatswesen fehlte oder fehlt ... Das Händlerhafte im kapitalistischen Geiste wird dadurch zur Entwicklung gebracht; aber auch die geschäftliche Energie kann gesteigert werden“[18]). Und Max Weber stellte fest: „Namentlich auch die Kleinstaaten haben nicht selten eine, relativ gemessen, stärkere ökonomische Expansion ihrer Angehörigen — so die Schweizer — als Großmachtgebilde und werden außerdem zuweilen leichter zu ökonomischer

---

[17]) W. Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. Berlin 1903, S. 136.

[18]) W. Sombart, Der Bourgeois. Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen. München-Leipzig 1913, S. 367 f.

Ausbeutung des Auslandes zugelassen, weil ihnen gegenüber nicht die Befürchtung besteht, daß die politische der ökonomischen Einmischung folgen werde“[19]).

II.

So kann man behaupten: die Schweiz zieht zweifellos Nutzen aus dem Imperialismus der Andern. Und zwar tut sie dies in dreifacher Hinsicht:

1. durch Ausnutzung der Errungenschaften imperialistischer Staaten: es ist selbstverständlich, daß die allgemeinen sozialen, politischen und andere Vorteile, die Angehörige europäischer Staaten in Kolonialgebieten besitzen, auch Schweizern zugute kommen. Unter dem Schutze der Kolonialregierungen haben so Schweizer bedeutenden Privatbesitz erworben und sind infolgedessen z. B. sehr erheblich an der Stabilität der politischen Verhältnisse in englischen Dominien und Kolonien interessiert. Diese Zusammenhänge sind so eindeutig, daß sie hier nicht näher erörtert zu werden brauchen;

2. durch die im vorigen Abschnitt dargelegte Bevorzugung als nichtimperialistischer Staat: die für die Schweiz in so mancher Hinsicht charakteristische tertius-gaudens-Rolle, deren andere Seite wir betrachten wollen in

3. den Verdiensten durch Neutralität in akuten Auseinandersetzungen europäischer Staaten. Zwar gibt es hier noch eine Spielart: die Position als vermittelnder Kapitalmarkt, die besonders für die

---

[19]) Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der Sozialökonomik, 3. Abtg. Tübingen 1922, S. 626.

Vorkriegszeit bedeutsam war, und die wir im übernächsten Kapitel bei Würdigung des Kapitalexportes beobachten werden. Hier soll uns jetzt nur der aus der Neutralität resultierende Verdienst der Schweiz durch Kriegsgewinne beschäftigen, und zwar naturgemäß beschränkt auf den Weltkrieg[20]) und auf den Warenexport.

Wenn es irgendeines konkreten Beweises für die außerordentliche wirtschaftliche Abhängigkeit der Schweiz vom Auslande bedurft hätte, so hat ihn die Situation während des Weltkrieges erbracht. Selbst wenn die Schweiz damals hätte in den Krieg eintreten wollen, hätte sie es wahrscheinlich aus zwingenden ökonomischen Gründen nicht gekonnt: denn keine der beiden Parteien allein hätte ihr ihre so auf die gesamte Außenwelt angewiesene wirtschaftliche Existenz sichern können. So sah sie sich vital auf jede der beiden kriegführenden Parteien angewiesen und mußte jeweils Zugeständnisse an die eine (die ihr bestimmte Zufuhren sichern sollten) selbst wieder durch Kompensationen an die andere erkaufen. Die aus dieser Situation heraus entstandenen Institutionen und Reglementierungen können uns in diesem Zusammenhang nicht beschäftigen. Hier ist nur die Tatsache festzustellen, daß wichtige schweizerische Exportindustrien eine große Förderung

[20]) Auf frühere analoge Situationen wurde schon hingewiesen (s. oben S. 21). Vgl. auch die dort angegebene Literatur. — Vgl. über die Wirtschaft der Schweiz während des Weltkrieges die umfassenden Werke: J. Ruchti, Geschichte der Schweiz während des Weltkrieges 1914—1919. Bern, 1928 bis 1930. — T. Geering, Handel und Industrie der Schweiz unter dem Einfluß des Weltkriegs. Basel, 1928.

erfuhren: „Es ist klar, daß sich da ein unabsehbar großes und reiches Feld geschäftlicher Erfolge vor uns auftat. Um so wertvoller, je kräftiger die Schweizer Industrien und ihre Exportorganisation ohnehin schon entwickelt waren“[21]).

Die Gesamtausfuhr stieg von 1376 Mill. Fr. 1913 auf 2449 im Jahre 1916 (in welchem Jahre zum ersten Male sogar eine aktive Handelsbilanz bestand). Die Zunahme verteilt sich unregelmäßig auf die drei Gruppen: Neutrale, Zentralmächte, Entente. Der Anteil der ersten stieg nur von 123 auf 171, der der zweiten dagegen von 399 auf 909 und der der letzten von 854 auf 1358 Mill. Fr. Seinen Höhepunkt erreichte der schweizerische Export jedoch in der Nachkriegszeit, besonders in den Jahren 1919 und 1920 mit je ca. 3,3 Milliarden Fr., um dann steil auf fast die Hälfte (1,8 Milliarden) im Jahre 1921 abzustürzen. (Selbstverständlich ist bei einem Vergleich dieser Zahlen die Geldentwertung zu berücksichtigen.) Demgegenüber blieb der Umfang der Einfuhr verhältnismäßig stabil, nur daß er sich in der Verteilung auf die Lieferantenländer verschob: 1913 waren 16,3% der Einfuhr überseeischer Provenienz, 1919 dagegen 42,6%, 1928 noch 26,1% (einschl. U.S.A.)[22]).

Hervorgehoben sei aus den Exportverdiensten nur eine besonders naheliegende Verdienstquelle: die Munitionsfabrikation. In den Kriegsjahren hatte sich ein erheblicher Teil der Uhrenindustrie auf sie umgestellt und exportierte an Granatzündern (nach Angaben in der offiziellen Publikation

---

[21]) T. Geering, a. a. O. S. 5.

[22]) Alle Zahlen nach Geering, a. a. O. S. 53 und S. 26.

des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements[23])) in den Jahren 1914—1919 für 373,76 Mill. Fr., das sind ca. 36% des Gesamtexportwertes von 1913. Es sind während des Krieges Stimmen gegen eine so direkte Interessennahme an der Vernichtung laut geworden. So meinte Prof. W. Burckhardt 1917, eine spätere Generation werde es dereinst der heutigen zum Vorwurf machen, „daß wir Neutrale uns durch die Munitionsfabrikation am Kriege wirtschaftlich interessiert haben"[24]).

Man könnte trotzdem im Zweifel darüber sein, wie die wirtschaftliche Bilanz des Weltkrieges sich für die Schweiz per Saldo gestaltet hat, wenn man die außerordentlich hohen Verluste an ausländischen Kapitalanlagen durch Krieg, Revolution und Inflation, die großen Ausfälle im Fremdenverkehr usw. berücksichtigt. Eine nähere Untersuchung dieser Frage wird uns jedoch dadurch erspart, daß hervorragende Kenner der Schweizer Wirtschaft darin übereinstimmen, daß die Volkswirtschaft im ganzen zumindest keine Verluste erlitten habe. Von der Landwirtschaft bezeugt Geering, daß sie „von vornherein vor allem ... zu den Kriegsbegünstigten gehörte"[25]), von der Industrie A. Masnata: „On sait que la guerre a été pour les industries suisses dans leurs ensemble une periode de prospérité rélative"[26]) (und man darf dieses „relative"

---

[23]) Volkswirtschaft usw. der Schweiz, a. a. O. 1. Teil, S. 236.

[24]) Zit. bei Ruchti, a. a. O. 2. Bd., S. 139.

[25]) Geering, a. a. O. S. 45.

[26]) A. Masnata, L'émigration des industries suisses. Etudes économiques etc., 16. fasc., Lausanne 1924, S. 87.

wohl relativ verstehen), der Statistiker urteilt: „Der Weltkrieg hat die schweizerische Volkswirtschaft und Bevölkerung günstig beeinflußt, wie noch jeder große Krieg, in welchem die Schweiz neutral bleiben durfte“[27]) und schließlich „das Gesamturteil muß dahin lauten, ... daß wir auch wirtschaftlich ... doch wohl mehr Vorteil als Nachteil aus der Kriegslage haben ziehen können[28]).

Wie sehr diese letzte Aussage für die Kräftigung der Position der Schweiz auf dem internationalen Kapitalmarkt zutrifft, werden wir im vierten Kapitel sehen.

---

[27]) J. Wyler, Das Übervölkerungsproblem der Schweiz, a. a. O. S. 61.

[28]) Geering, a. a. O. S. 61.

Drittes Kapitel.

Die Industrieauswanderung.

Eine Mittelstellung zwischen Waren- und Kapitalexport nimmt die Industrieauswanderung ein — gleichsam die komprimierte und längstfristige Form des Kapitalexportes, hervorgerufen im Falle der Schweiz durch die protektionistische Handelspolitik der großen Kundenländer wie durch den hohen Grad der Kapitalakkumulation, die im Inlande an die engen Grenzen der übrigen Produktionsfaktoren, besonders der Arbeit, stößt. Wir können und brauchen hier nicht näher auf die in der Schweiz viel erörterte Tatsache einzugehen, daß gerade hier die Gefahr einer nationalen Entfremdung der einheimischen Industrien durch definitive Auswanderung der Hauptwerke und späteren Besitzübergang in fremde Hände besonders groß ist, da die Schweiz ja fast keine natürlichen Standortsfaktoren zu bieten hat, Kapital und in gewissen Grenzen auch qualifizierte Arbeit freizügig geworden sind und der nationale Markt durchweg nur einen geringen Prozentsatz der Produktion der Exportindustrien aufnehmen kann, der

auch durch industrielle Schutzzölle nicht wesentlich zu steigern wäre[1]).

So hat sich, insbesondere seit ungefähr 1870 ein Prozeß angebahnt, der, je nach der allgemeinen Konstellation bald diesen, bald jenen Industriezweig ergreifend schließlich mit wenigen Ausnahmen die ganze Exportindustrie auf diese besonders enge Art mit der Weltwirtschaft verknüpfte — zweifellos „eine neuzeitliche Art der nationalen Ausbreitung“[2]), die bezeichnenderweise gerade die Schweizer zur besonderen Ausbildung brachten und die hinsichtlich ihrer Ausmaße und ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft des Heimatlandes bisher einzigartig ist. So stehen ganz besonders hier die vielverzweigten sehr gewichtigen Interessen von Schweizer Staatsangehörigen in aller Welt in Disproportionalität zu den Machtmitteln ihres Staates. Die größte Maschinenfabrik der Schweiz „verfügt über so zahlreiche und über die Länder verzweigte Unternehmungen, Finanz- und Fabrikationsverbindungen, wie kaum eine andere Industriegesellschaft der Welt — die kommerziellen und technischen Büros schweizerischer Maschinenfabriken erstrecken sich in einem Netz über alle europäischen Länder; sie finden sich zerstreut

---

[1]) Vgl. z. B. J. Landmann, Die Agrarpolitik des schweizerischen Industriestaates, Jena 1928, S. 63—64 und über die Auswanderung im einzelnen ebenda, S. 127, Note 84, sowie A. Masnata, a. a. O. und E. Himmel, Industrielle Kapitalanlagen der Schweiz im Auslande. Zürcher Diss., Langensalza 1922.

[2]) P. H. Schmidt, in seinem vorzüglichen Buch „Die schweizerischen Industrien im internationalen Konkurrenzkampf“. 2. umg. Aufl. Zürich 1920, S. 198.

über die Erdteile bis nach Japan und die pazifischen Gestade Südamerikas"[3]).

Was uns hier noch im besonderen interessiert, ist dies: die Industrieauswanderung bringt (solange ihre Nutznießer in der Hauptsache im Ursprungslande bleiben) noch stärkeres Interesse an dem Lande, in das ausgewandert wurde, mit sich als einfacher Kapitalexport; sie stellt (ähnlich wie jeder Kapitalexport, nur direkter und offensichtlicher) eine Form der nationalen Expansion dar (wobei es nur fraglich ist, wie lange sie „national" bleibt), die orientiert ist an dem wirtschaftspolitischen Nationalismus desjenigen Landes, in das ausgewandert wird: sehr häufig ergibt sich heute so die Situation, daß die Schutzzölle dieses Landes nun der Industrie und den Kapitalinteressen, die ursprünglich fern gehalten werden sollten, zugute kommen. Die Schweizer Industrien haben durch solche „internationale Teilung der Produktionsgebiete" innerhalb desselben Unternehmens schon vor dem Kriege in hohem Maße an den Vorteilen großer geschützter Zollgebiete teilgenommen[4]) und der volkswirtschaftliche Nutzen dieser Entwicklung ist deshalb nicht gering zu veranschlagen, weil zum Teil nicht nur die Unternehmergewinne und Kapitalzinsen, sondern auch die Einkommen vieler höher qualifizierter Angestellter der Schweiz zuflossen. Andererseits schwindet proportional zur Verlegung der Produktion in die Schutzzolländer

[3]) P. H. Schmidt, a. a. O. S. 198 bzw. 142.

[4]) Wird bestätigt von Schmidt, a. a. O. S. 166 und für die starke Auswanderung nach Frankreich nach dem Kriege von Masnata, a. a. O. S. 89 f.

das Interesse der Schweizer Industrie an einer nationalen Handelspolitik (soweit sie Schutzcharakter hat) und selbst an Verhandlungszöllen[5]). Die Zollpolitik der Schweiz ist denn auch im wesentlichen auf den Schutz der agrarischen und der (klein-)gewerblichen Produktion, die auf den inneren Markt angewiesen ist, ausgerichtet, während die Mittel- und Groß- (soweit man von letzteren in der Schweiz sprechen kann), d. h. die Exportindustrien ihrer Situation entsprechend durchaus freihändlerisch eingestellt sind[5a]).

Die Richtung der Industrieauswanderung ist durchaus vielseitig, beinahe allseitig. In erster Linie sind und waren von jeher natürlich die angrenzenden großen Wirtschaftsgebiete ihr Ziel, ohne daß sie sich auf diese beschränkt hatte; neben ihnen in der Vorkriegszeit insbesondere Österreich-Ungarn, Holland, Nordamerika, Südafrika, Australien usw., während in der Nachkriegszeit bezeichnenderweise die nach „eigenen" Industrien hungrigen Nachfolgestaaten: Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn, wohl auch Polen (wo die Schweiz infolge des langen Wirtschaftskrieges mit Deutschland ansehnliche Erfolge zu verzeichnen hatte) in den Vordergrund getreten sind. „Il est non moins charactéristique que les entreprises suisses tendent à s'intéresser toujours plus à des affaires d'outre-

---

[5]) P. H. Schmidt, a. a. O. S. 61. — E. Himmel, a. a. O. S. 19 f.

[5a]) Man wird die Vorfälle der neuesten Zeit, die eine andere Entwicklung anzudeuten scheinen, mit Vorsicht beurteilen und ihre dauerhaften Auswirkungen jedenfalls nicht überschätzen, wenn man sie mit solchen prinzipiell gültigen und wirksamen Tatsachen konfrontiert.

mer“[6]) — was unsere Feststellung im vorigen Kapitel bestätigt.

Die Beteiligungen schweizerischen Filialunternehmungen zeigen im Ausland im einzelnen oft interessante Formen. Oft errichteten die gleichen Firmen Zweigfabriken in Deutschland und Frankreich, beteiligten sich Maschinenfabriken z. B. — indirekt, durch Tochterfirmen und an Werften erteilte Lizenzen für Antriebsmaschinen — in Kiel ebenso wie in Le Havre am Bau von Kriegsschiffen[7])[8]).

Die Tochterfirmen und Auslandsfilialen nehmen an dem Schicksal des Landes teil, in das sie gleichsam delegiert wurden — in positivem und negativem Sinne —, wenn auch natürlich häufig die Möglichkeit eines gewissen Ausgleichs zwischen den einzelnen Werken besteht. Es ist bekannt und braucht hier nicht im einzelnen ausgeführt zu werden, welche hervorragende Rolle Schweizer Unternehmungen gerade der Maschinenindustrie in Deutschland spielen.

Wiederum ganz außerordentlich ist neben ihr die internationale Ausbreitung der Schweizer Scho-

---

[6]) Masnata, a. a. O. S. 90.

[7]) Vgl. E. Himmel, a. a. O. S. 24, 28 und 63.

[8]) In die „Shearer-Affäre“ (1929), in der es sich um Beeinflussung der Abrüstungsverhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und England in negativem Sinne durch am Kriegsschiffbau interessierte amerikanische Fabriken handelte, war auch eine Tochterfirma eines Schweizer Großunternehmens verwickelt. Es muß aber ausdrücklich bemerkt werden, daß dieses seit mehreren Jahren an jener nicht mehr wesentlich beteiligt war und auf deren Leitung keinen Einfluß mehr ausübte.

koladenindustrie (oder genauer: der auf Milchprodukten basierten Industrie). Die Schweiz hat ihren (teilweise durch natürliche Standortsfaktoren ermöglichten) historischen Vorrang in diesem Gewerbezweig weitgehend zu behaupten und durch internationale Kapitalverflechtung zu stützen gewußt. Man schätzt (genaue Angaben fehlen) die Auslandsinteressen der Schweizer Unternehmungen dieser Branche für 1930 auf ca. 50 Mill. Fr.[9]), zusammen mit der Kondensmilchindustrie auf rund 200 Mill., wovon der weitaus größte Teil auf den Nestlé-Konzern entfällt. Dieser Konzern, dessen finanzielles Schwergewicht zweifellos in der Schweiz liegt und dessen Kurswert z. B. demjenigen aller Industriegesellschaften Österreichs zusammen entspricht[10]), besitzt und betreibt durch seine Tochterunternehmungen z. Z. 17 Schokoladenfabriken, deren Produktionskapazität wahrscheinlich fast doppelt so groß ist als die der gesamten Schweizer Schokoladenindustrie und die sich folgendermaßen auf die einzelnen Länder verteilen: Schweiz 3, Frankreich 2, Deutschland 2, Belgien 1, Italien 1, England 2, Spanien 1, U.S.A. 1, Argentinien 1, Australien 1, Neuseeland 1, Türkei 1. — Man kann sich kaum an einem bessern Beispiel die geographische (und damit auch politische) Verteilung der Schweizer Industrie in der Welt vergegenwärtigen.

---

[9]) Diese und die folgenden Angaben nach A. Gutzwiller, Die schweiz. Schokoladenindustrie und die Weltkakaowirtschaft, Basler Diss. (im Manuskript eingesehen).

[10]) F. Somary, Wandlungen der Weltwirtschaft. Tübingen 1929, S. 101.

In einem ganz modernen Wirtschaftszweig hat nun die Schweiz von Anfang an eine ganz besonders einflußreiche und beachtenswerte Stellung eingenommen: der Elektrizitätswirtschaft. Durch mannigfache Faktoren dazu prädestiniert, hat schweizerische wirtschaftliche Aktivität diesen ganzen Zweig mit allen Möglichkeiten, die er bisher bietet, in ihren Bereich bezogen, von der Herstellung von Elektromaschinen aller Art, von elektrischen Verkehrsmitteln bis zur Errichtung und zum Betrieb von Kraftwerken selbst. Wir finden hier einerseits eine ganz besonders enge Zusammenarbeit von Banken, schweizerischen Maschinenfabriken und Bauunternehmungen, Kraftwerken, andererseits auf dieser fundiert eine umfassende internationale Organisation, die der Natur der Sache nach eine besonders enge und dauerhafte Bindung schafft. Auffallend ist die rege Interessennahme Schweizer Kapitals an der südamerikanischen Elektrizitätswirtschaft, zu deren Bearbeitung mehrere bedeutende Gesellschaften (z. T. mit nordamerikanischer Beteiligung) bestehen, teilweise in den letzten Jahren gegründet wurden. Für die Nachkriegszeit ist wohl eine gewisse Verschiebung des geographischen Schwergewichts zu konstatieren, das aus dem Bestreben resultiert, eine bessere Verteilung der Risiken für Trustgesellschaften durch geographisch-politische Vielseitigkeit zu sichern: während so vor 1914 die Zahl der Deutschen in den Verwaltungsräten Schweizer Holding- und Finanzierungsgesellschaften recht erheblich war, ist sie jetzt zugunsten italienischer, französischer und anderer Staatsangehöriger redu-

ziert. Um eine Vorstellung von dem Grad der internationalen Verflechtung zu gewinnen, betrachten wir die bedeutenderen Beteiligungen der größten Schweizer Elektrotrustgesellschaft (nach ihrem Geschäftsbericht von 1928/29). Sie erstreckten sich auf: 18 Kraftversorgungs- und Bahnunternehmungen in der Schweiz, Italien, Südamerika, Frankreich; 6 Finanzierungsgesellschaften für elektrische Unternehmungen in der Schweiz und Kanada; 2 elektrotechnische Fabrikationsgesellschaften in der Schweiz und Italien; 2 elektrochemische Gesellschaften in der Schweiz und Italien; 1 Immobiliengesellschaft in Argentinien; 5 Syndikatsbeteiligungen in der Schweiz, Südamerika, Kanada, Spanien, Deutschland, Frankreich.

Während sich in diesen internationalen finanziellen Verflechtungen die finanzielle Stärke und die technische Kapazität der Schweizer Wirtschaft auswirkt, bietet sich andererseits in der Elektrizitätswirtschaft der Schweiz auch einmal die Möglichkeit der direkten Ausnutzung eines natürlichen Standortsfaktors: die Ausfuhr elektrischer Energie und die auf ihr basierten internationalen Konventionen, die einen Austausch von Kraft zu bestimmten Jahreszeiten bezwecken. Es erstreckt sich schon heute ein solches durch gegenseitige Lieferungsverträge gebildetes Netz vom Ruhrgebiet bis nach Oberitalien. Es bedarf keines besonderen Hinweises, wie sehr die Wichtigkeit und Unentbehrlichkeit solcher Bindungen durch die fortschreitende Elektrifizierung der Eisenbahnen steigt, die von den Alpen aus immer größere Gebiete

auch der Ebenen in ihren Bereich zieht[11]). Es handelt sich hier um eine eigenartige und ganz konkrete Verknüpfung über die Grenzen hinweg, deren Wichtigkeit progressiv zunimmt:

Schweiz[12])

Jahr	Stromerzeugung	Stromausfuhr	Ausfuhr in % der Erzeugung
	in Mill. Kilowatt		
1925	2734	654	24,3
1927	3361	961	28,6
1928	3648	1107	33,5

Die Schweiz ist auch hier mit Erfolg bestrebt, die finanzielle Stärke ihrer Position zur Geltung zu

[11]) Interessant — wenn auch keineswegs als Exponent der „öffentlichen Meinung" zu werten — ist eine Mahnung, die Lage am Oberlauf wichtiger Ströme und ihre Bedeutung für Kraftgewinnung und Schiffahrt für politische Zwecke auszunutzen. So mahnt F. Moeschlin: „Jene große ... Erkenntnis, daß die Wasserführung des Rheins von der Schweiz abhängig sei, ist noch nicht zu einer angriffsbereiten, offensiven Erkenntnis des Schweizervolkes geworden ... Wir brauchen einen Generalstab der Ingenieure, der mit der Regulierung der Hauptströme Europas schweizerische Machtpolitik treibt ... Die Elektrizitätswerke zwischen Basel und Konstanz, ... zwischen Straßburg und Basel werden getrieben vom Schweizerwasser. Die Schiffahrt zwischen Rotterdam und Basel ist abhängig vom Schweizer Wasser ... Das muß jeder Schweizer wissen ... Dann wird auch ein Bundesrat auf ausländischen Konferenzen ganz von selbst das rechte Wort finden." („Eidgenössische Glossen", Erlenbach-Zürich 1929, S. 171.)

[12]) Zahlen nach der Veröffentlichung des Deutschen Statist. Reichsamtes: „Die Wirtschaft des Auslandes 1928", Berlin 1929, S. 101.

bringen und durch finanzielle Beteiligung an neu zu errichtenden Kraftwerken der Schweizer Industrie Lieferungsaufträge zu sichern. Dies gilt z. B. für die süddeutschen ebenso wie für italienische Kraftwerke. Am Kraftwerk Ryburg-Schwörstadt A.-G., Rheinfelden, gegründet 1927, arbeiten zum ersten Mal sogar in- und ausländische staatliche Unternehmungen mit der Privatindustrie auf vollkommen paritätischer Grundlage zusammen.

Gewiß gehen hier eigentlicher Export und direkte Beteiligungen ineinander über. Die Eigenart der Materie bringt es mit sich, daß sie nicht zu trennen sind und daher hier wohl zusammen behandelt werden konnten.

Zusammenfassend ergibt sich für uns auch bei der Industrieauswanderung in ihren verschiedenen Formen: Ausnutzung der Vorteile großer Zollgebiete und darüber hinaus zuweilen des ökonomischen und politischen Nationalismus anderer (nicht immer nur Groß-) Staaten überhaupt. Gleichzeitig damit aber auch intensivste Bindung und Interessenverpflichtung nach allen Seiten hin.

Viertes Kapitel.

Der Kapitalexport.

Der außerordentlich starken Verflechtung von schweizerischer Volkswirtschaft und Weltwirtschaft durch Warenaustausch steht diejenige durch „finanzkapitalistische" Beziehungen zur Seite. Ihre Bedeutung — die naturgemäß in stetigem und progressivem Wachsen ist — wird heute wohl klar erkannt, wie die immer wieder aufflackernden öffentlichen Auseinandersetzungen zeigen[1]), wenn auch vielleicht gerade diejenige Seite, die uns hier interessiert, oft außer acht gelassen wird.

Nachdem wir im vorigen Kapitel die unmittelbaren Unternehmungskapitalien im Ausland in ihrer bedeutsamsten Form, der Industrieauswanderung, beobachtet haben, handelt es sich jetzt darum, die Kapitalanlagen in ausländischen Effekten — stets natürlich nur unter dem für uns hier relevanten Gesichtspunkt und nur soweit, als es für ihn unentbehrlich erscheint — zu betrachten.

---

[1]) Über diese Frage des volkswirtschaftlichen Nutzens des Exportes schweizerischer Kapitalien vgl. u. a. die — im Literaturverzeichnis näher zitierten — Schriften von E. Himmel, P. Jaberg, H. Kurz und G. Bachmann, J. Landmann, F. Marbach, W. Stauffacher.

I.

Wenn wir uns zuerst eine Vorstellung von der Höhe der schweizerischen Kapitalanlagen im Ausland — zunächst für die Vorkriegszeit — zu vermitteln versuchen, so stoßen wir auf mannigfache Schwierigkeiten: eine genaue Feststellung der Summen ist wohl unmöglich, da natürlich nur die öffentlich in der Schweiz aufgelegten Emissionen erfaßbar sind, ein Teil der ins Ausland gehenden Kapitalien sich aber anderer Wege bedient, andererseits aber auch bei jenen stets ein erheblicher Teil nichtschweizerisches Geld darstellt. Wir werden uns also mit annähernden Ziffern begnügen müssen, die für unsere Zwecke im allgemeinen auch genügen werden.

Zuerst ein Vergleich mit den Kapitalanlagen anderer hochkapitalistischer Länder. Nach Schätzungen für 1913 entfielen in Milliarden Franken[2]):

auf Großbritannien: 85 (davon in Kolonien: 42);
„ Frankreich: 43;
„ Deutschland: 29;
„ die Schweiz: 6,3.

So daß ungefähr entfielen auf:

jeden Engländer 1981 Fr.;
„ Franzosen 1075 Fr.;
„ Deutschen 445 Fr.;
„ Schweizer 1575 Fr.

---

[2]) Nach Sombart, Der moderne Kapitalismus, 3. Bd., I, S. 491; für die Schweiz nach Eugen Großmann in Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik, Schriften Bd. 175, München-Leipzig 1929, S. 195.

Daß dennoch nicht die Schweiz als das typische Rentnerland erscheint, als das Frankreich so allgemein angesehen wird, beruht auf ihrer wirtschaftlichen, besonders natürlich industriellen Aktivität. Tatsächlich ist ein erheblicher Teil der schweizerischen Auslandsgelder als unmittelbare Unternehmungskapitalien investiert, während der Franzose bekanntlich die Anlage in Effekten durchaus bevorzugt[3]).

Es handelt sich jetzt also für uns darum, festzustellen, ob irgendwelche wesentlichen kapitalistischen Interessen an bestimmten Ländern bestanden oder bestehen, die nach Richtung, Art und Umfang geeignet waren (sind), die Politik des Gläubigerlandes (hier also der Schweiz) zugunsten dieser Interessen zu beeinflussen.

Wenn wir die in der Schweiz in den Jahren 1901—1914 aufgelegten Auslandsanleihen nach den Ländern ihrer Provenienz rubrizieren, so müssen wir feststellen, daß Schweizer Geld nach allen Gegenden der Welt ging. Wir geben in der folgenden Tabelle eine solche zahlenmäßige Aufstellung dieser Anleihen (s. S. 70—71); sie berücksichtigt allerdings nicht ihre Summen, da in ihr auch diejenigen größeren ausländischen Emissionen enthalten sind, deren Prospekte in der Schweiz Verbreitung fanden, ohne an Schweizer Börsen kotiert gewesen zu sein, bei denen daher der schweizerische Anteil auch nicht annähernd festzustellen ist. Unsere Tabelle hat daher nur sehr beschränkten Wert, ver-

[3]) Vgl. W. Zollinger, Die Bilanz der internationalen Wertübertragungen. Jena 1914, S. 90/91.

mittelt aber immerhin eine Vorstellung, da es uns ja mehr um ein symptomatisches Bild, nicht um spezielle statistische Feststellungen zu tun ist[4]).

Wir wollen für unsere Zwecke drei Arten von ausländischen Kapitalanlagen unterscheiden (ohne natürlich irgendwelchen Anspruch auf Allgemeingültigkeit zu machen):

1. Investitionen in Effekten von Unternehmungen des mittel- und westeuropäischen Auslandes;

2. Beteiligungen an Unternehmungen in wirtschaftlichen Kolonialländern, die von Großstaaten ausgehen und unter deren dauerndem maßgebenden Einfluß stehen. (Auch wenn solche Unternehmungen privatwirtschaftliche Formen aufweisen, sind sie doch wohl stets politisch beeinflußt.)

3. „direkte" Investitionen in Effekten von Unternehmungen in wirtschaftlichen Kolonialländern ohne feststellbare von Großstaaten ausgehende politische Beeinflussung.

Fassen wir zuerst die erste Gruppe, die für unsere Zwecke, wenn auch natürlich nicht zu übersehen, so doch relativ nebensächlich ist, ins Auge. Wir sehen hier folgendes: schweizerisches Geld ging vor dem Kriege nach Deutschland wie nach Frankreich, nach ersterm natürlich, entsprechend dem viel höheren Bedarf, in größerem Maße, aber in den einzelnen Jahren ungefähr proportional. Gleichzeitig war aber Frankreich das einzige Land, zu dem sich die Schweiz per Saldo in einem

[4]) Die Tabelle nach der Aufstellung bei W. Stauffacher, Der schweizerische Kapitalexport. Lausanner Diss., Glarus 1929, S. 245 ff.

Zahlenmäßige Zusammenstellung der in der Schweiz aufgelegten ausländischen Anleihen mit größerern Emissionen, deren Prospekte in der Schweiz erhebliche Verbreitung fanden.

	Deutschland	Österr.-Ung.	Türkei	Bulgarien	Sonst. Balk.	Italien	Frankreich	Rußland	Belgien	England	Kanada	Südafrika	U. S. A.	Latein-amerika	Ägypten u. Ostasien	Holland u. Skandinav.
1901	2	3				1	1	2								
1902	3	3		1			2	1						1	1	1
1903	6	2	1			3	2	2						1	1	1
1904	12		1	1		3	2	1	1 (Congo)				2		3	
1905	3	2	2			1	1	1	1				2	3	5	2
1906	8	2				1	3		2				1	2	1	5
1907	10			1	1	3	1					1	1	2	4	
1908	10					4	2					1		4	1	2
1909	5	1	1	1			5	6						3		
1910	8	1	2	1	1	1		1	1				3	5	1	3
1911	77	4	1		2	2	3	4				1	1	8	1	3
1912	20	6	1			3	15	9	2	2		1	4	6	2	2

(Fortsetzung.)

	Deutschland	Oester.-Ung.	Türkei	Bulgarien	Sonst. Balk.	Italien	Frankreich	Rußland	Belgien	England	Kanada	Südamerika	U. S. A.	Latein-amerika	Ägypten u. Ostasien	Holland u. Skandinav.
1913	9	2				3	13	6	1				2	9		2
1914	3	5	1		2	1	5	3	1					1		
			Spanien					Polen								5
1919	4				1	4	13		3	1						2
1920	4	7			1	6	13		2	1						1
1921	3	3			3	3	3									3
1922	5	6			1	2	8									1
1923	3	12	1		5	6	17		1				2	2		
1924	2	3	1		4	11	9		3	1	1		3		1	6
1925	5	1	1		2	3	2							1		
1926	5	1	1		2	1	9		5				1 (Manila)	2		4
1927	3	2	1		3	3	4	1	1			1	1	1		3
1928	7			1	1	1	4		1		1		1	1		1

Schuldnerverhältnis befand. Wir finden hier eine sehr eigenartige politisch bedingte Situation, aus der die Schweiz — wieder in der Rolle des tertius gaudens — Nutzen zu ziehen verstand: Die politischen Verhältnisse der Vorkriegszeit verhinderten ein Abfließen der französischen Leihkapitalien in wesentlichem Umfang nach Deutschland, dem Land der zweifellos stärksten wirtschaftlichen Aktivität. Die Schweiz schaltete sich zwischen beide Länder, indem sie ihre eigenen Werte (besonders die der Berner- und der Bundesbahnen) relativ niedrig verzinslich in Frankreich placierte, und ihre eigenen dadurch freigewordenen Kapitalien zu höheren Erträgen (1—1½%) in Deutschland investierte[5]). Während des Krieges wurden dann diese Werte (die Landmann[6]) auf fast 1½ Milliarden Franken schätzt) aus Frankreich im allgemeinen sehr günstig zurückgekauft.

Neben dieser Tatsache, die ohne Zweifel ein Verdienst am Imperialismus oder doch an entgegengerichteter Politik von Großstaaten darstellt, sind einige Fälle anzuführen, die auf eine direkte Beteiligung schweizerischer finanz- und industriekapitalistischer Interessen an imperialistischen Ausbeutungsunternehmungen in wirtschaftlichen Kolonialländern hinzudeuten scheinen. Es ist dies in erster Linie die Bagdadbahn. Die Beteiligung an dieser, bekanntlich ursprünglich von deutschem und französischem Großkapital gegründeten Unternehmung war sehr stark (es wurden

[5]) Vgl. W. Zollinger, a. a. O. S. 137 f. u. J. Landmann in: Volkswirtschaft ... der Schweiz, a. a. O. I, S. 393.

[6]) In: Volkswirtschaft ... der Schweiz, a. a. O. I, S. 394 f.

1904—1912 drei Anleihen für die Bagdad- und die Anatolische Bahn im Werte von zusammen 224 Mill. Fr. an schweizerischen Börsen kotiert.) Als die Franzosen sich von der Bagdadbahn zurückzogen, haben die Schweizer ihre Beteiligung aufrecht erhalten und verstärkt: sie war nicht nur eine finanzielle, sondern auch sehr stark eine personale[7]) und dehnte sich auf das Interesse an der Türkei überhaupt aus. Auch hier kommt die politische Doppelseitigkeit deutlich zum Ausdruck: es wurden Kaiserl. Ottomanische Anleihen im Gesamtwert von 180 Mill. Fr. an Schweizer Börsen kotiert, wovon die erste große Anleihe des Jahres 1905 in französischer Währung emittiert und nur in Genf kotiert wurde.

Diese Beteiligungen hatten rein wirtschaftliche Gründe und auch wirtschaftliche Erfolge: „es wurden angeblich an die schweizerische Maschinenindustrie mehr Aufträge erteilt als an die deutsche“[8]). Man begegnet dieser wichtigen Erscheinung der Ausnutzung von Kreditgewährung an das Ausland zur Erlangung von Aufträgen für die einheimische Industrie sehr häufig: sie bildet das Hauptargument der Verteidiger der These vom volkswirtschaftlichen Nutzen des Kapitalexportes, und wenn auch die schweizerischen Auslandsanlagen selbst und ihre Richtung nicht allein aus diesem Motiv zu erklären sind, so steht es doch ganz außer Zweifel, daß diese großen Beteiligungen in ihm einen Hauptgrund haben.

---

[7]) Die Dienstsprache auf der Bagdadbahn war französisch, da im Beamtenstab die Welschschweizer überwogen.

[8]) W. Zollinger, a. a. O. S. 123.

Auf deutscher Seite sind von ihnen noch zu nennen (um nur die wichtigsten herauszugreifen) die Konversionsanleihe der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft von 1903, unter Garantie des Reichs und besonders die Aktienemissionen der Deutsch-Überseeischen Elektrizitätsgesellschaft, Berlin und Buenos-Aires von 1905—1912.

Gleichzeitig aber war das Interesse für russische Anleihen fortwährend und anhaltend außerordentlich stark, überwog rein zahlenmäßig zweifellos dasjenige an den von deutscher Seite protegierten Unternehmungen. Auch andere Beteiligungen an von französischer Seite ausgehenden Unternehmungen sind zu verzeichnen: so 1913 die Übernahme eines Teilbetrages der Anleihe des Crédit Foncier de Buenos-Aires et de Provence Argentines, eine Beteiligung an französischen Eisenbahngesellschaften in Argentinien und an der Banque Industrielle de Chine, Paris und Peking.

Und schließlich gingen daneben noch die von uns unter 3 genannten „direkten" Beteiligungen, die besonders nach Japan (und seinen Unternehmungen in der Mandschurei), China, Süd- und auch Nordamerika gerichtet waren. Stauffacher zählt mehr als vierzig Staaten auf, über die sich schweizerische Gläubigerrechte erstrecken[9]). Man kann bei dieser Lage der Dinge keinerlei finanzkapitalistische Bindung an e i n e der großen Parteien des damaligen Kontinentaleuropa feststellen (die entsprechenden Beziehungen zu England waren verhältnismäßig schwach). Dagegen kann man sehr wohl innerhalb der Schweiz und ihrer Gläu-

[9]) Stauffacher, a. a. O. S. 79.

bigerkreise verschieden gerichtete Interessen unterscheiden: so steht fest, daß Finanzkreise der Westschweiz, besonders Genfs, ihre traditionell engen Beziehungen zum Pariser Markt weiter pflegten, während Zürich und die Ostschweiz vorzugsweise nach Deutschland und dem Osten orientiert waren. Man hat diese Tatsache mit zur Erklärung der bekannten heftigen Auseinandersetzungen zwischen deutscher und Welschschweiz während des Weltkrieges heranziehen wollen[10]). Es wäre dies u. E. unzutreffend und überflüssig und würde eine der ökonomischen Geschichtsauffassung häufig eigene umgekehrte Auffassung der Kausalrelation bedeuten: denn man darf annehmen, daß traditionale und emotionale Faktoren (aus denen allein sich die erwähnte Divergenz schon völlig befriedigend erklärt) selbst schon diesen finanziellen Beziehungen zugrunde lagen, letztere nur eine Teilkomponente der engen Verbundenheit der französischen Schweiz mit Frankreich darstellten. — Zudem muß betont werden, daß solche Erscheinungen für unsere Untersuchung natürlich erst dann relevant werden, wenn sie sich in der offiziellen Politik ausgewirkt haben oder zu-

[10]) F. Marbach, Zur Theorie des schweizerischen Kapitalexports, Bern 1928, S. 68. — Hier findet sich übrigens in der ganzen uns bekannten Literatur der einzige einigermaßen konkrete Hinweis auf die uns beschäftigenden Fragen: „Was jetzt gefahrlos erscheint (sc. die Anlage von Leihkapital), kann in Zukunft die Schweiz hineinführen in die Arena imperialistischer Kämpfe ... Zur kolonialen Konsequenz kann der Kapitalexport der Schweiz nicht führen. Trotzdem wäre es unrichtig, anzunehmen, daß schweizerischem Kapitalexport keine politischen Konsequenzen anhaften könnten". (Ebenda.)

mindest als symptomatisch anzusehen sind. Dies gilt jedoch für die soeben angedeuteten nicht — vielmehr zeugen sie von der auch ökonomisch bedingten Uneinheitlichkeit der nationalen schweizerischen Position und von der Tatsache, daß keine dieser divergenten Interessen stark genug war, die nationale Politik maßgebend und nachdrücklich zu beeinflussen.

II.

Die Nachkriegssituation bietet kein von dem soeben skizzierten prinzipiell verschiedenes Bild. Wohl aber zeigt sie eine in mannigfacher Hinsicht so gestärkte Position der Schweiz, einige von uns schon für die Vorkriegszeit als repräsentativ bezeichneten Erscheinungen sind so stark in den Vordergrund getreten, daß wir diese Verschiebungen nicht unbeachtet lassen können.

Die Entwicklung der Großbanken vermittelt davon eine eindrucksvolle Vorstellung[11]):

Die 8 Schweizer Großbanken wiesen aus an:	1913	1929
	in Mill. Fr.	
Eigenen Geldern	506	1148
Fremden Geldern	2048	6950

„Die Bewegungen der Kapitalien scheinen für die Zahlungsbilanz wichtiger zu werden als die des Warenverkehrs“[12]). Die Verluste durch Krieg, rus-

[11]) Nach Angaben des Schweizerischen Bankvereins in dessen Monatsberichten, 1930, Nr. 2.

[12]) F. Somary, Wandlungen der Weltwirtschaft seit dem Kriege, Tübingen 1929, S. 100.

sische Revolution und Inflation werden auf rund 4,4—7 Milliarden Franken geschätzt[13]). Trotzdem stellt sich die Kapitalertragsbilanz schon für 1926 wieder auf 320—330 Mill. Fr. gegenüber 260 bis 315 Mill. Fr. für 1913. (Für Frankreich hat sie sich im gleichen Zeitraum von 1900 auf 750 Mill. Goldfr. reduziert.) „Nach einer Schätzung von Schweizer Banquiers stammen etwa 2 Milliarden der fremden Mittel aus dem Ausland, und auf einer Generalversammlung wurde erwähnt, daß etwa ein Drittel der Kreditoren auf das Ausland entfielen und wieder ins Ausland entliehen würden"[14]). Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß zu den wesentlichen Ursachen dieser Wandlung in der Struktur des schweizerischen Kapitalmarktes (denn mit einer solchen haben wir es zu tun) die Kapitalflucht gehört, und zwar aus den verschiedensten Ländern: aus Frankreich ebenso wie aus Deutschland, und aus mannigfachen Ursachen: vor dem Finanzminister ebenso wie vor dem Kommunisten. Folgende interessante Feststellung verdeutlicht dies: „Die internationale Verflechtung des schweizerischen Kapitalmarktes wurde ... auch dadurch noch weiter entwickelt, daß, wie in den Vorjahren, Werte, die in anderen Ländern emittiert wurden, in der Schweiz untergebracht worden sind. Ferner

---

[13]) Die niedrigere Ziffer W. Stauffacher, a. a. O. S. 99, die höhere P. Mori (Das schweizerische Volkseinkommen, Zeitschr. für schw. Statistik u. Volkswirtschaft, 1926, S. 534). Zwischen beiden J. Clerc (in seinem Vortrag „Der Schutz des schweizerischen Auslandskapitals", vgl. Basler Nachrichten, 1925, Nr. 83).

[14]) „Der deutsche Volkswirt", 1930, Nr. 26, S. 850.

sind durch Kauf an fremden Börsen ausländische Werte in die Schweiz gekommen. Dem steht freilich eine Beteiligung ausländischen Kapitals an Emissionen gegenüber, die in der Schweiz aufgelegt wurden. Eine derartige Beteiligung fand namentlich bei Emissionen von Trust- und Holdinggesellschaften, hinter denen hauptsächlich ausländische Unternehmungen stehen, statt. Die Schweiz wird — insbesondere aus steuerlichen Gründen — in zunehmendem Maße als Sitz derartiger Dachgesellschaften gewählt.

Für diese Entwicklung ist die Zunahme der Gründungen von Trust- und Holdinggesellschaften in der Schweiz kennzeichnend, wenn natürlich auch nicht hinter sämtlichen derartigen Gründungen ausländische Unternehmungen stehen. Von der Gesamtzahl der Ende 1928 bestehenden Trust- und Holdinggesellschaften (770) sind 141 mit einem Gesellschaftskapital von 314,7 Mill. Fr. im Jahre 1928 und 104 mit einem Gesellschaftskapital von 156 Mill. Fr. im Jahre 1927 gegründet worden. Das gesamte Nominalkapital der Trust- und Holdinggesellschaften machte Ende 1928 mit 1961 Mill. Fr. rund 28% des Gesellschaftskapitals sämtlicher schweizerischer Aktiengesellschaften aus[15]) [16]).

---

[15]) „Die Wirtschaft des Auslandes 1928", herausgeg. vom Statist. Reichsamt, Berlin 1929, Seite 108 f. — Über die in den ersten Nachkriegsjahren häufige Umgründung von ehemaligen österreichisch-ungarischen Gesellschaften zu schweizerischen Holdinggesellschaften mit Betriebsgesellschaften in den Nachfolgestaaten siehe Weltwirtschaftliches Archiv, 17. Bd., 1921/22, S. 171** ff.

[16]) „Die Preußische Elektrizitäts A.-G. hat vor kurzem eine Finanzierungsgesellschaft, die Continentale Elektrizitäts-

Die Schweiz ist damit (ähnlich wie Holland) in mehr als phrasenhaftem Sinne zu einer Drehscheibe des Kapitals in Europa geworden, ihre wirtschaftlichen Interessen sind damit in einem gegenüber der Vorkriegszeit unvergleichlich gesteigerten Maße vielseitig. Es kann nicht überraschen, daß auch die Richtung der Kapitalexporte noch viel weniger eindeutig zu bestimmen ist.

Der Aktionsbereich des Schweizer Kapitalmarktes hat sich auch geographisch ausgeweitet. Während Deutschland und Frankreich weiterhin den Großteil in Anspruch nehmen, partizipieren doch insbesondere die Balkanländer und Österreich heute viel stärker an ihm als vor dem Kriege, Italien hat ihn bis 1924 auffallend stark in Anspruch genommen und auch Belgien, Skandinavien, Spanien spielen heute als Schuldner eine größere Rolle. Wir verfügen für die Jahre 1922 bis 1927 über genauere Zahlen. Die Kapitalexporte dieser Zeit verteilen sich auf die einzelnen Länder (in Millionen Franken) folgendermaßen[17]):

Union A.-G., in Basel errichtet. Nichts illustriert besser die Attraktionskraft der Schweiz als Paradies der Finanzierungs- und Holdingunternehmungen und die besondere ... Neigung der deutschen Wirtschaft, sich in der Schweiz zu etablieren; wenn selbst eine staatliche Gesellschaft den Schritt über die Grenze unternimmt, dann bedarf es keinen weiteren Beweises mehr für die kritische Zuspitzung der Verhältnisse." Vorbemerkung zu einem Artikel „Holding-Paradies Schweiz" im „Berliner Tageblatt", 1930, Nr. 551. — Der Goldbestand der Schweiz betrug in Mill. Rm.: am 1. I. 1930: 482,0; am 1. I. 1931: 577,4; am 7. 8. 1931: 963,5. (Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, Berlin, 4. J. 1931, Nr. 21.)

[17]) Nach V. Laepple, Statistik der Auslandsemissionen in

Frankreich	328	Polen	31
Deutschland	270	Ungarn	30
Amerika	100	Holland	29
Belgien	77,5	Jugoslawien	25,5
Österreich	53	Italien	18
Skandinavien	37	Insgesamt:	1000

Von den Auslandsanlagen der Jahre 1924—29 gingen nach Deutschland 31, nach Frankreich 28%, nach 13 Ländern des übrigen Europa 32%, die restlichen 9% nach 5 Überseeländern, hiervon fast die Hälfte nach Brasilien[18]).

Zu diesen bisher allein berücksichtigten direkten Auslandsanlagen in Effekten treten nun schließlich noch die internationalen Verknüpfungen, die aus Versicherungsbeziehungen und hypothekarischen Anlagen resultieren. Es erübrigt sich nach allem wohl der besondere Hinweis darauf, daß die Schweiz in beiden eine durchaus „aktive" Rolle spielt. Sie fügen sich in jeder Hinsicht in das von uns skizzierte Bild ein. Ein hervorragender Kenner des Versicherungswesens sagt, nachdem er „die Entwicklung der Assekuranz als charakteristisch ... für das Ausstrahlungsvermögen eines Landes" bezeichnet hat: „Die Geltung, welche die Schweiz auf diesem Gebiete ... errungen hat ... steht im umgekehrten Verhältnis zur Größe des Landes"[19]). Wenn schon die Versicherung im

---

der Schweiz seit 1922. Zeitschrift für Schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 1927, S. 656.

[18]) Nach: „Finanzplatz Basel", Sonderbeilage zu den Basler Nachrichten, 1930, Nr. 52.

[19]) Charles Simon, Das Versicherungswesen in der Schweiz. Bern 1925, S. 3/4.

Lande selbst eine außergewöhnlich intensive Betätigungsmöglichkeit findet (ein sehr typisches Kennzeichen der hochkapitalistischen Gesellschaft und ein Ausfluß ihres Sekuritäts-Bedürfnisses: im Jahre 1922 waren in der Schweiz an Mobiliar- und Immobilienwerten versichert über 37 Milliarden Fr., d. i. pro Kopf der Bevölkerung 10 140 Fr., und nahezu 600 000 Lebensversicherungs-Policen in Kraft, d. h. auf 100 Haushaltungen 66 Policen mit einer durchschnittlichen Versicherungssumme von 2290 Fr.[20]), so liegt doch das Schwergewicht durchaus im Ausland (etwa $^2/_3$ der Prämieneinnahme der gesamten schweizerischen Privatassekuranz, also derzeit gegen 500 Mill. Fr. Jahresprämie, stammen aus dem Ausland"[21]), und zwar in fast allen in Frage kommenden Ländern: die Schweiz beherbergt die bedeutendsten Rückversicherungsgesellschaften der Welt, ihre 6 Transportversicherungsgesellschaften stehen auf dem Kontinent in der ersten Reihe dieser Institute; als Hauptbetätigungsgebiete der Feuerversicherungsgesellschaften werden uns aufgezählt außer der Schweiz selbst Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien, Skandinavien, die Levante, Ägypten, die Vereinigten Staaten, Mexiko[22]). „Die Tätigkeit der Unfall- und Haftpflichtversicherungs-Gesellschaften erstreckt sich ... fast auf alle Länder Europas und auch auf die U.S.A."[23]). — Die Folgen des Weltkrieges und der Inflation brachten den Schweizer Instituten eine

20) Ch. Simon, a. a. O. S. 74, 79.
21) Ch. Simon, a. a. O. S. 79.
22) Ch. Simon, a. a. O. S. 17/18.
23) Ch. Simon, a. a. O. S. 43.

erhebliche weitere Stärkung, insofern, als ihnen das Schweizer Geschäft nun fast restlos zufiel, da die ausländische Konkurrenz sich durch den Schwund ihrer Valuten zum Rückzug gezwungen sah. Die Schweizer Gesellschaften haben damals ca. 60 000 notleidende Policen über 457 Mill. Fr. Versicherungssumme der bei deutschen Gesellschaften versicherten Schweizer übernommen[24]). Andererseits wurden natürlich die im valutaschwachen Ausland arbeitenden Schweizer Gesellschaften schwer geschädigt und mußten durch Verlegung des Schwergewichtes auf andere, z. T. neu zu erobernde Gebiete Kompensation zu schaffen suchen. —

Keine geographisch-politisch so allseitige Interessennahme können wir dagegen im Hypothekengeschäft feststellen. Hier herrschte durchaus die Tätigkeit in Deutschland vor. Man kann die Bedeutung dieser Bindung ermessen, wenn man erfährt, daß 1913 (und noch 1920) 252 Mill. Fr. = 42% der Gesamtdarlehen der beteiligten Institute auf ausländische Hypothekarbestände entfielen[25]). Die wirtschaftliche Begründung für das vorzugsweise Interesse am deutschen Geschäft war durchaus gegeben durch die dortige außerordentliche wirtschaftliche Aktivität und den daraus resultierenden Bedarf, der einen gegenüber Schweizer Anlagen um ½—¾% höheren Zins gestattete[26]). Aus diesem Grunde brachten neben den eigentlichen Hypothekenbanken auch Versicherungsgesellschaf-

---

[24]) Ch. Simon, a. a. O. S. 37/38.

[25]) P. Weckherlin, Die ausländischen Anlagen der schweizerischen Hypothekenbanken. Zürcher Diss. 1927, S. 38.

[26]) Eingehende Nachweise bei Weckherlin, a. a. O. S. 19.

ten einen beträchtlichen Teil ihrer freien Gelder in Deutschland unter. Die deutsche Inflation hatte für alle nicht durch Goldklausel geschützten Anlagen die bekannten sehr schweren Folgen und infolgedessen macht sich auch hier in der Nachkriegszeit die Tendenz zur gleichmäßigeren Verteilung der Risiken deutlich bemerkbar, u. a. in der Interessennahme am südamerikanischen Hypothekengeschäft durch eigens dafür gegründete Institute. Auch hierfür sind die Möglichkeiten einer gegenüber inländischen Verhältnissen erheblich erhöhten Rendite allein veranlassend[27]). —

Versuchen wir nun aus der bisher von uns skizzierten Situation einen Schluß auf das uns beschäftigende Problem zu ziehen, so kann es u. E. nur der sein: Wenn man den schweizerischen Kapitalkreisen bei der von uns erkannten Zerspaltenheit der Orientierungen, der Vielseitigkeit der Bindungen überhaupt irgend ein politisches Interesse zuschreiben kann, so ist es das an der unbedingten Erhaltung des Friedens. Diese Behauptung mag befremden, wenn man sich an die von uns früher angeführten Äußerungen über den Verdienst der Schweiz im letzten Kriege erinnert. Sie bedeutet jedoch diesen gegenüber keinen Widerspruch. Der Verdienst der schweizerischen Volkswirtschaft resultierte ausschließlich aus den Warenexporten ins Ausland. Die Relation zwischen Waren- und Kapitalexport hat sich nun in der Nachkriegszeit entscheidend verschoben: wir zitierten bereits die Äußerungen Somarys, nach der die Bewegungen der Kapitalien — und, fügen wir hin-

[27]) Weckherlin, a. a. O. S. 28, Anm. 4.

zu, die Erträgnisse aus Fremdenverkehr und Dienstleistungen — wichtiger zu werden scheinen als die des Warenverkehrs (s. oben S.). Immer wichtigere Stützen der Schweizer Volkswirtschaft werden immer weiter nach außen geschoben, äußeren Angriffen immer exponierter. Damit werden aber die Chancen, daß bei einem künftigen Krieg die Gewinne die Verluste überwiegen, immer geringer, ja sie sind schon heute kaum mehr vorhanden, — wobei wir von den natürlich auch rapid wachsenden Kosten der Aufrechterhaltung der Neutralität durch Mobilmachung, Grenzbesetzung usw., den voraussichtlich unerträglich werdenden Schwierigkeiten der Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen — kurz, von allen nicht rein durch die prinzipielle, strukturelle Orientierung der Volkswirtschaft bedingten Faktoren absehen: es ist für jeden einigermaßen Kundigen selbstverständlich, daß die Situation der neutralen Kleinstaaten in europäischen Kriegen immer schwieriger wird. —

Der Schweizer Kapitalmarkt dient in stets steigendem Maße Geldern fremder Gläubiger als Anlagevermittlung, eben im engsten und spezifischen Sinne als internationaler Markt. Er ist zu dieser Funktion zum mindesten ebenso sehr durch die traditionelle politische Haltung des Landes wie durch seine ökonomische Struktur prädestiniert. Das Schweizer Finanzkapital (oder vielmehr: seine Träger) gewinnt so Einfluß nach verschiedenen Richtungen: auf seine Schuldner und seine Gläubiger — ein Einfluß, der naturgemäß nicht ausschließlich auf die ökonomische Sphäre beschränkt

sein wird. Umgekehrt ist es Einwirkungen durch diese von ihm indirekt verbundenen, politisch oft divergent gerichteten Interessen und Strömungen ausgesetzt und wird durch sie zu einer vermittelnden, stets auf Erhaltung und Sicherung des Friedens, Stärkung der ökonomischen Bindungen (die ja doch stets gegenseitige sind), kurz, auf internationale Assoziation gegen Dissoziation gerichteten Haltung genötigt. Die Stellung der maßgebenden Schweizer Kreise zum Reparationsproblem, das geradezu nervöse Interesse, mit dem die Versuche seiner Lösung verfolgt werden, ist dafür nur ein Symptom. Es muß ganz klar erkannt werden, daß grundsätzlich und generell dem Finanzkapital der kleinen kapitalistischen Gläubigerländer zur Sicherung ihrer Auslandsanlagen keine anderen Mittel zur Verfügung stehen als friedliche, durch internationale Organisation und die eigene ökonomische Position gebotene. Es soll dabei durchaus betont werden, daß das Schweizer Finanzkapital über solche bloße Sicherung seiner Auslandsanlagen hinaus unter Umständen als Vorkämpfer schweizerischer Wirtschaftsinteressen international sehr nachdrücklich auftreten kann, aber auch, daß es dabei in seinen Mitteln auf diejenigen wirtschaftlicher Art beschränkt ist[28]). Die politischen Mittel

[28]) Ein — zwar nicht so sehr an sich, aber als Symptom bedeutsames — Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit: Die Schweiz beteiligte sich offiziell nicht am 500 Mill.-Überbrückungskredit für Deutschland im Herbst 1930. Als Grund dafür wurde „von einer maßgebenden Persönlichkeit der schweizerischen Finanz ausdrücklich bestätigt, daß die führenden schweizerischen Banken tatsächlich ihre Beteiligung ... davon abhängig gemacht haben, daß die Reichsbahndirektion

(selbst angenommen, die politischen Kräfte seines Landes ständen ihm vorbehaltlos zur Verfügung) reichen nicht weiter als die diplomatisch-politischen Einflußmöglichkeiten seines Staates. Jede (an sich denkbare) Inanspruchnahme der weiterreichenden, nämlich militärisch-politischen eigentlich imperialistischen Möglichkeiten eines Großstaates durch wirtschaftspolitische Anlehnung an diesen (dies wäre ja die Voraussetzung) hätte bei der weltpolitischen Konstellation und bei der von uns konstatierten allseitigen Verflechtung des Schweizer Kapitals die Gefährdung der Beziehungen zu anderen, ebenso wichtigen Ländergruppen zur Folge[29]).

So stehen wir vor der klaren und eindeutigen

---

den am 15. Sept. eingeführten Tarif zur Gleichstellung der Getreidefrachten nach den Stationen östlich von Basel mit den Frachten der schweizerischen Rheinschiffahrt in einer bestimmten Frist wieder aufhebt. Da dies nicht erfolgt ist, haben die Schweizer Banken ihre Beteiligung an der Anleihe abgelehnt" (Berliner Tageblatt, 1930, Nr. 485). — Es handelt sich hier also um den Versuch, eine gewisse finanzielle Machtposition nutzbar zu machen für die Ausschaltung ausländischer Konkurrenz gegenüber nationalen Verkehrsmitteln.

[29]) So sind auch gelegentliche literarische Erörterungen über einen Anschluß an ein größeres Zollgebiet bisher nie über ein rein theoretisches Stadium hinausgelangt und haben keine irgend erhebliche Resonanz gefunden. Es genügt daher, wenn wir hier einige solcher Anregungen kurz erwähnen: Bertschinger, Zolleinigung. In: Wissen und Leben, 5. Bd. 1909/10, S. 289 ff. — William E. Rappard, Notre grande République soeur, Genève 1916. (Plan eines Zollanschlusses an die Vereinigten Staaten von Amerika.) — Gerhardt Schmidt, Der Alpenländische Zollverein. In: Schweizer. Zeitschrift für Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft und Sozialpolitik, 8. Bd. 1928.

Situation, daß das Finanzkapital eines spezifisch hochkapitalistischen Landes ein vitales Interesse am Frieden, an internationaler Organisation hat und können nicht daran zweifeln, daß es dieses Interesse im Notfalle auch mit all dem Nachdruck verfolgen würde, über den es nach allgemein verbreiteter Überzeugung in der hochkapitalistischen Ära verfügt (— nach Sombart „beherrscht die Wirtschaft, d. h. das Kapital, d. h. das Großkapital, d. h. das Finanzkapital die Welt und läßt unsere Staatsmänner wie Marionetten am Drahte tanzen“[30]). Nun würde dieser Tatbestand an sich für eine prinzipielle Einsicht noch nicht allzuviel bedeuten, wenn es sich erweisen würde, daß er ausschließlich auf die Schweiz beschränkt wäre — wenngleich auch schon in diesem Falle sich interessante Folgerungen für alle jene Theorien ergeben, die den immanenten Zusammenhang von Imperialismus und Kapitalismus behaupten. — Es ergeben sich daher jetzt ganz selbstverständlich die Fragen: gibt es Begleiterscheinungen zu der von uns umrissenen Situation außerhalb der Schweiz? und wenn ja, — lassen sich daraus und aus dem Schweizer Beispiel Schlüsse für die prinzipielle theoretische Erklärung des Imperialismus-Phänomens überhaupt und für die Richtigkeit bestimmter Imperialismus-Theorien im einzelnen ziehen?

Diese Fragen möglichst weitgehend auf konkreten Tatsachen fußend zu beantworten wird die Aufgabe des folgenden Teiles dieser Arbeit sein.

---

[30]) Sombart, Die Wandlungen des Kapitalismus. In den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik. Zürich 1928 (Schriften, Bd. 175, München-Leipzig 1929, S. 30).

Fünftes Kapitel.

Zum Problem Imperialismus und Kapitalismus.

I.

Wir müssen zwei Gruppen von Imperialismus-Theorien unterscheiden: eine im wesentlichen historisch-politische, sich beschränkend auf historischen induktiven Nachweis und allgemeine sozialökonomische Untersuchung, — so stellt sich im großen und ganzen die nichtsozialistische Seite dar. Die andere, die marxistische, fußt durchaus im Marxschen System, arbeitet mit abstrakten Deduktionen und bleibt völlig im Bereich der ökonomischen Theorie, verwendet historisch-empirische Fakta höchstens zur Verdeutlichung und Verifizierung. Das Politische ist ihr nur Überbau, nur Begleit- und Folgeerscheinung ökonomischer Abläufe. Methodisch in der Mitte zwischen beiden Richtungen steht Hilferding mit seinem „Finanzkapital" (wohl dem ersten bedeutenden Werk in deutscher Sprache, das eine fundierte Untersuchung des Problems unternahm), und seine Grundthese kann heute als repräsentativ für die Ansicht weiter (durchaus nicht nur sozialistischer) Kreise gelten.

Ihm ist „das Finanzkapital der Träger der Idee der Stärkung der Staatsmacht mit allen Mitteln" und braucht es „einen Staat, der überall in der Welt eingreifen kann, um die ganze Welt in Anlagesphären für sein Finanzkapital verwandeln zu können, ... einen Staat, der stark genug ist, um Expansionspolitik treiben und neue Kolonien sich einverleiben zu können"[1]). — Das Beispiel der Schweiz führte wohl zuerst Sombart dagegen an, der einwandte: „Es gibt jene Entwicklungserscheinungen des Kapitalismus, ohne daß sie irgendwelche imperialistischen Tendenzen im Gefolge haben: Hauptbeispiel die Schweiz"[2]). Er zog daraus jedoch keinerlei Konsequenzen, sondern erklärte gleich darauf: „Im Verkehr mit dem Auslande konnte er (der Kapitalismus) diese selbständigen, staatlichen Machtmittel nicht entbehren, und erst durch sie ist er zu der formidablen Größe erwachsen, die er heute erreicht hat"[3]). Sogar ein Historiker wie Friedjung war überzeugt: „Das Großkapital benötigt einen mächtigen Staat mit kräftiger Handelspolitik, der überall in der Welt zugreift, auch mit einer starken Kriegsflotte, um auch das Meer der Kapitalsvermehrung nutzbar zu machen"[4]). Und Schmoller erklärte in einem Vortrag: „Äußersten Falles muß hinter unseren

---

[1]) R. Hilferding, Das Finanzkapital, 4. Aufl. Wien 1927, S. 421, 426.

[2]) W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, 3. Bd.: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, München-Leipzig 1928, S. 67.

[3]) Sombart, a. a. O. S. 69.

[4]) H. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus 1884 bis 1914, 2. Bd., Berlin 1922, S. 287.

Kaufleuten, hinter unserer Handelsmarine draußen die ultima ratio regum stehen. Anders ist nun einmal die Welt nicht ... Der legitime Machtgebrauch ist auf handelspolitischem Gebiet erlaubt, ja notwendig, heilsam, erziehend für die Nation und ihre berechtigten Zwecke"[5]), — kurz, wie immer man auch den Sachverhalt bewertete, und wie sehr man auch im Aufweis der Kausalrelation untereinander differierte, man war (und ist) sich über den notwendigen Zusammenhang von kapitalistischem Wirtschaftssystem und Imperialismus, von ökonomischer Ausbreitung und staatlich-militärischer Machtpolitik einig.

Gegen Argumentationen solcher Art nun bietet das Beispiel der Schweiz und überhaupt der wirtschaftlich aktiven Kleinstaaten Europas eine Waffe. Diese Theorien stützen sich auf Beweise historischer und soziologischer Art, sie können daher mit ebensolchen widerlegt werden. Sie behaupten einen notwendigen Zusammenhang zweier Erscheinungen, oder doch eine regelmäßige und

---

[5]) G. Schmoller, in: „Handels- und Machtpolitik", 1. Bd. Stuttgart 1900, S. 35. — Er fährt (sehr charakteristisch) fort: „Die mittleren und kleinen nicht gefürchteten Staaten, die können auch ohne Seemacht auskommen. Wir nicht mehr; dazu sind wir zu groß geworden": — „ökonomische" Argumentation im obligaten Zirkel: wir sind bedroht, weil wir (politisch) stark sind; daher wollen wir stärker sein, um nicht bedroht zu sein. — Gleich darauf spricht Schmoller von einem etwaigen „näheren Handels-, vielleicht Zollbündnis zwischen Deutschland und den mittleren und kleinen Nachbarstaaten" und erklärt: „Sobald es sich um die skandinavischen Reiche oder Holland handelte, sind wir ohne Flotte einflußlos, als handelspolitischer Bundesgenosse wertlos" (a. a. O. S. 36).

starke Tendenz dazu — sie können daher durch eine Analyse der diese Tendenz bedingenden Faktoren widerlegt, bzw. kann ihre Gültigkeit auf eine bestimmte historische Periode und bestimmte notwendige Voraussetzungen eingeengt werden. So ist es in unserem Falle: diese Richtung behauptete: das Finanzkapital (oder allgemeiner und im wesentlichen ja identisch damit: die kapitalistische Wirtschaft) braucht den Imperialismus und ruft ihn hervor; — wir können zeigen (und haben es versucht): es gibt Staaten, in denen dies nicht der Fall ist, in denen das Finanzkapital politisch uninteressiert und wenn interessiert, so mit pazifistischer Tendenz ist. Wir können ferner zeigen (und werden es im weiteren versuchen): bestimmte induktiv aufweisbare und deduktiv zu erklärende und systematisch auszuwertende Faktoren machen eine Entwicklung zu einer solchen allgemeinen Haltung des Finanzkapitals hin wahrscheinlich; folglich gilt die These dieser Richtung nicht allgemein, sondern für einen bestimmten Zeitraum und auch in diesem nur beschränkt auf gewisse Staatstypen, in denen die Ursache eindeutig nachzuweisen ist. Dies soll nun im Folgenden, zwar ganz knapp, aber in einem systematischen Zusammenhang und mit Bezug auf unseren Ausgangspunkt, die Schweiz, versucht werden.

II.

Zuvor jedoch müssen wir noch möglichst eindeutig unseren Standpunkt und die Beweiskraft unserer Untersuchung gegenüber der marxistischen Gruppe der Imperialismus-Theorien fest-

stellen und uns klar machen, wieweit wir zu einer Auseinandersetzung mit ihnen verpflichtet sind. Dabei wird eine — natürlich ganz knappe — Besinnung auf die Art und den Ursprung dieser Theorien nicht zu umgehen sein.

Der Imperialismus wurde als ausschließlich ökonomische Kategorie recht eigentlich von der marxistischen Theorie „entdeckt". Man kann nun aber diesen neumarxistischen Imperialismus-Theorien in keiner Weise gerecht werden, wenn man sich nicht bewußt ist, daß sie dies gleichsam nur im Nebenamt sind: der Imperialismus wird von ihnen nicht als selbständige Erscheinung um seiner selbst willen analysiert, sondern als eine das Marxsche System modifizierende, ihm abnorme Erscheinung, die nun in das System hineinkonstruiert wird und gleichzeitig zur Erklärung der von der Marxschen Prognose in so vielen entscheidenden Punkten abweichenden Entwicklung des Kapitalismus dienen muß[6]). Jede sozialistische Im-

---

[6]) Charakteristisch dafür und für die ganze Richtung ist die Art, in der Rosa Luxemburg ihn entdeckte und von der sie selbst im Vorwort zur „Akkumulation des Kapitals" (Neudruck, Ges. Werke, Bd. VI, Berlin 1923) berichtet: „Als ich ... daran ging ..., die Popularisation der Marxschen ökonomischen Lehre ... zum Abschluß zu bringen, bin ich auf eine unerwartete Schwierigkeit gestoßen. Es wollte mir nicht gelingen, den Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion in ihren konkreten Beziehungen sowie ihre objektive geschichtliche Schranke mit genügender Klarheit darzustellen ... Ich kam zu der Ansicht, daß hier nicht bloß eine Frage der Darstellung, sondern auch ein Problem vorliegt, das theoretisch mit dem Inhalt des II. Bandes des Marxschen „Kapital" im Zusammenhang steht und zugleich in die Praxis der heutigen

perialismus-Theorie ist zugleich und in erster Linie eine Theorie vom Ausgang (meist: vom Zusammenbruch) der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Ob sie sich nun, wie die Rosa Luxemburgs und Sternbergs, auf die Marxschen Schemata der erweiterten kapitalistischen Reproduktion stützen und von hier aus eine dem kapitalistischen System immanente Expansion in außerkapitalistische Käuferkreise und daraus resultierend Kolonialpolitik und Zusammenstöße zwischen den konkurrierenden imperialistischen Staaten ableiten oder ob sie wie H. Grossmann den Hauptwert auf die Erweiterung des Absatzes — gleichviel in welche Gebiete — zur Erhöhung der Rendite und den daraus resultierenden Zwang zur Kapitalanlage und zum Kampfe um die Anlagesphären legen, — stets erscheint der Imperialismus als eine einer bestimmten Entwicklungsphase des Kapitalismus strukturell eigene und notwendige Erscheinung, welche in ihrer ökonomisch bedingten politischen Auswirkung zu der großen Katastrophe führt, die endlich den Umschlag zur sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auslöst — und durch die so die Marxsche Prognose, wenn auch erheblich modifiziert, endlich doch bestätigt wird.

Es liegt uns fern, uns nun etwa auf eine Diskussion der theoretischen Grundlagen dieser Argumentationen einzulassen: — schon viel zu sehr sind über diesen, wie sich genugsam gezeigt hat, fruchtlosen Erörterungen die wesentlichen und ak-

---

imperialistischen Politik wie deren ökonomische Wurzeln eingreift."

tuellen Seiten des Problems (oder vielmehr: das Problem selbst) vernachlässigt worden. Es kann dies für uns umso weniger in Frage kommen, als ja unter den marxistischen Theoretikern selbst Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, ob Marx mit dem Schemata der erweiterten Reproduktion überhaupt eine dem „reinen" Kapitalismus immanente Disproportionalität der Produktionszweige bewiesen hat — ja, ob er sie auch nur beweisen w o l l t e! Wenn wir andeuten wollen, auf welchem Gebiet sich unsere Untersuchungen im Gegensatz zu denen der genannten neumarxistischen Theoretiker vorzugsweise bewegen, so können wir sagen: Wenn man das Phänomen des Imperialismus erklären und seine Beziehungen zum Kapitalismus deuten will, ist es ganz irrelevant, ob aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß eine ihm immanente wirtschaftliche Expansion in nichtkapitalistische Käuferkreise hinein sich ergibt. Die Richtigkeit dieser Sternbergschen Behauptung (die schon von H. Grossmann bestritten wird![7]), die Richtigkeit seiner Deutung der Marxschen Schemata einmal angenommen[8]), ergibt sich da-

[7]) „Eine wichtige Rolle ... fällt dem auswärtigen Handel zu, wobei ... es nur auf den internationalen Austausch als solchen ankommt und es dabei ganz gleichgültig ist, ob dieser Austausch mit kapitalistischen oder nichtkapitalistischen Ländern stattfindet." (H. Großmann, Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems. Leipzig 1929, S. 422).

[8]) Ein anderer Marxist spricht von der „Methode jenes Schemafetischismus, von dem die Zusammenbruchstheoretiker beherrscht sind" (A. Braunthal, Der Zusammenbruch der Zu-

mit noch nichts für die notwendige Gewaltsamkeit dieses Expansionsstrebens — die sich ja als eine doppelte auswirkt: in der Kolonialpolitik und in den Kriegen zwischen den imperialistischen Staaten —. Der ganze diesbezügliche Aufbau Sternbergs auf seiner wirtschaftstheoretischen Analyse (und nur dieser Aufbau betrifft ja den Imperialismus!) stellt sich als eine rein politische Hypothese, als ein Wunschtraum dar, von dem man in seinem Buch selbst nachlesen kann, wie leicht er durch die Realität, durch leichte Verschiebungen in der weltpolitischen Situation widerlegt werden kann[9]). Die Behauptungen Rosa Luxemburgs, die sich alle ihre Nachfolger als Axiom zu eigen gemacht haben: „Das Kapital kennt keine andere Lösung der Frage als Gewalt, die eine ständige Methode der Kapitalakkumulation als ge-

---

sammenbruchstheorie. In: Die Gesellschaft, 6. Jahrg. 1929, Nr. 10, S. 299 f.).

[9]) Z. B.: „Allein der chinesische Eisenbahnbau könnte, rein ökonomisch-mechanisch gesehen, in den nächsten Jahrzehnten Kapitalexpansionsmöglichkeiten in einem Umfange gestatten, daß das Problem des Absatzes der akkumulierten Mehrwertmasse für den Imperialismus Euramerikas keine großen Schwierigkeiten mehr böte. — Wenn man sich vorstellen wollte, daß jedes Land genügend nichtkapitalistische Territorien zur Verfügung hätte ..., und wenn die Einbeziehung dieser ... sich reibungslos vollziehen würde, so würde damit ... die entscheidende Krise verhindert sein" (F. Sternberg, Der Imperialismus, Berlin 1926, S. 219 bzw. 149 f.). — Damit ist gesagt, daß der für das Problem entscheidende Faktor ein politischer, kein ökonomischer ist und ist der Verzicht auf eine faktische, d. h. zeitlich absehbare Herbeiführung des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems auf rein ökonomischer Grundlage ausgesprochen.

schichtlicher Prozeß ist, nicht bloß bei der Genesis, sondern bis auf den heutigen Tag. — Die politische Gewalt ist ... nur das Vehikel des ökonomischen Prozesses“[10]) — ist, selbst als historische Feststellung anfechtbar, als prinzipielle durchaus unbewiesen und unbeweisbar. Alle Ausführungen der marxistischen Imperialismus-Theoretiker, die die notwendige Gewaltsamkeit der kapitalistischen Expansion erweisen wollen (soweit sie solche Ausführungen überhaupt für nötig halten) sind von erstaunlicher Primitivität, ja Naivität. Das kann natürlich auch nicht anders sein, solange sie an dem Satz festhalten: „Es ist überflüssig, über den Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik auch nur ein Wort zu verlieren“[11]). Damit zeigen sie klar, daß sie das eigentliche Problem noch gar nicht erfaßt haben, hinter den Scheuklappen ihrer Geschichtsauffassung gar nicht erfassen können. Sie hören dort auf, wo eine wahre Imperialismustheorie beginnt: bei der Frage, welcher Grad von realer Auswirkung, welche realen Erscheinungsformen den durch wirtschaftstheoretische Deduktion „erkannten“ Tendenzen zuzuschreiben ist. Denn die Ökonomie ist hierbei natürlich nur eine Komponente von mehreren, oft nicht einmal die stärkste.

Statt solche Überprüfung ihrer „Systeme“ an der Realität vorzunehmen, helfen sie sich mit dem völlig zur gedankenlosen Routine gewordenen Instrument ihrer verstaubten Dialektik und nehmen ihre Zuflucht zu dem in der Geschichte des Sozia-

[10]) R. Luxemburg, a. a. O. S. 291 bzw. S. 367.
[11]) H. Großmann, a. a. O. S. X.

lismus sich immer wieder als unentbehrlich erweisenden Mittel, den Anbruch einer neuen Epoche zu entdecken, den stets gerade das betreffende Buch bezeichnet und bei dem man so stets „dabeigewesen" ist, — als ob die selbstverständliche Dynamik des Geschehens Sprünge machte und „Umbrüche" brauchte! Allzu offensichtlich erweist sich in all dem das Bedürfnis, einen „wissenschaftlichen" Überbau zu schaffen für den Chiliasmus einer Dogmatik, die immer neue Winkel aufspüren muß, um ihre Unzulänglichkeit noch für eine Weile zu verbergen. —

Wir haben in dem vorangegangenen Teil dieser Arbeit festgestellt, daß ein bestimmtes hochkapitalistisches Land eine durchaus friedliche wirtschaftliche Expansion treibt, ohne jede Gewaltanwendung in den Absatzländern oder gegen die konkurrierenden Länder. Man muß auf drei mögliche Einwände gegen unser Beispiel gefaßt sein:

1. (im Sinne der Sternbergschen Theorie:) die Schweiz sei in ihrer wirtschaftlichen Expansion nicht wesentlich auf nicht- oder jungkapitalistische Länder angewiesen, stehe daher nicht in der (in seinem Sinne) einheitlichen kapitalistischen Front, sondern fungiere nur als Lieferant hochwertiger Produktionsmittel und Luxusprodukte an kapitalistische Länder, bilde daher nur eine innere Zelle im Komplex des Kapitalismus und ein Anhängsel der erst eigentlich expansiven kapitalistischen Großstaaten.

Dieser Einwand ist durch unsere Ausführungen im 2. Kapitel bereits widerlegt, in dem wir zeigten, daß die Bedeutung der nicht- und jung-

kapitalistischen und insbesondere der Überseeländer als Kunden für den Gesamtexport der Schweiz durchaus ihrer durchschnittlichen Bedeutung für die kontinentaleuropäischen Großstaaten entspricht, somit die Schweiz gleichsam in erster Linie der kapitalistischen Front steht[12]).

2. Auch der Einwand der relativen quantitativen Geringfügigkeit der in Frage kommenden Expansion kann nicht erhoben werden, denn einerseits gilt dies zum mindest für die Nachkriegszeit kaum noch (wir verweisen auch hier auf die Angaben in den vorangegangenen Kapiteln), — andererseits müßte gerade die Existenz dieser von keiner irgend wesentlichen politischen Macht gestützten Expansionsinteressen für alle die Solidarität von Kapitalismus und Imperialismus betonenden Systeme unbegreiflich sein: da sich doch angeblich nur große Mächte (überhaupt nur: Mächte, Gewalten) durchsetzen können, die kleinen im unaufhaltsamen Entwicklungsprozeß zwischen den großen, immer gewaltiger werdenden zerrieben werden.

3. Haben wir jedoch nicht selbst wiederholt darauf hingewiesen, daß die Schweiz auf mannigfache Weise am Imperialismus der großen Mächte verdient? Haben wir uns nicht sogar der Ansicht derer angeschlossen, die zum Ausdruck brachten,

---

[12]) Damit wird nicht etwa ein Zugeständnis an die (u. E. falsche) These Sternbergs von der notwendigen Expansion in nicht kapitalistische Länder gemacht (die später noch im Zusammenhang mit der richtigen Ansicht Großmanns zurückzuweisen sein wird). Es soll nur jedem auch von diesem Standpunkt aus möglichen Einwand begegnet werden.

daß die Schweiz mit volkswirtschaftlichem Gewinn den Weltkrieg überstanden hätte? Und wenn (wie wir andeuteten) sich diese Situation in künftigen Kriegen entscheidend verschieben würde, — bliebe nicht immer noch die Tatsache, daß die schweizerische friedliche Expansion in wirtschaftliche Kolonialländer doch erst auf der Grundlage der gewaltsamen imperialistischen Kolonialpolitik möglich war? — Dieser Hinweis scheint uns kein prinzipiell gültiger Einwand zu sein. Er ist eine historische Feststellung, die für eine bestimmte Phase des Kapitalismus unbestreitbar richtig ist, die aber nichts allgemein Gültiges über eine dem kapitalistischen System innewohnende Notwendigkeit aussagt, ebenso wenig wie stets beizubringende Beispiele von einzelnen privatwirtschaftlichen Interessen an staatlicher imperialistischer Politik unter diesem Aspekt etwas beweisen. Vielmehr deuten sehr gewichtige Anzeichen darauf hin, daß der Kapitalismus, je größere Gebiete (geographisch und soziologisch) er in seinen Bereich zieht, er seine Mittel immer ausschließlicher ökonomisch gestaltet, er immer mehr auf das — unter diesem Gesichtspunkt primitive — Mittel der Gewalt, das „politische Mittel" verzichten kann, ja verzichten muß. Es wird notwendig sein, diesen Gedanken in einem systematischen Zusammenhang zu erläutern. Es wird sich dabei Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit einigen Imperialismus-Theorien bieten, nachdem wir nunmehr wissen, wie weit wir uns mit ihnen auseinanderzusetzen haben.

III.

Wir benutzen hier die von Hans Ritschl eingeführten Kategorien: Wirtschaftsverbindung —: das autarke Ganze der durch Arbeitsteilung und Verkehrsverflechtung vereinigten Einzelwirtschaften — und Wirtschaftskreis —: die räumliche Grundlage der Wirtschaftsverbindung[13]). Sie stellen spezifisch wirtschaftssoziologische Begriffe dar, die an sich in keinem irgendwie determinierten Verhältnis zum Staatsgebiet als einem rein politisch-soziologischen Begriff stehen: Der Wirtschaftskreis kann kleiner sein als das Staatsgebiet, so daß dieses mehrere Wirtschaftskreise umfaßt, er kann mit ihm zusammenfallen und er kann über es hinauswachsen. Wenn wir uns eine Wirtschaftsstufentheorie denken, die an dieser Relation zwischen Wirtschaftskreis und Staatsgebiet orientiert ist und sie als Kriterium des jeweiligen Entwicklungsstandes betrachtet (wie dies H. Ritschl skizziert hat[14])), so müssen wir feststellen: dem kapitalisti-

---

[13]) Noch eindeutiger formuliert: „Der Wirtschaftskreis ist die Verbindungslinie der periphären Punkte aller Standortsfiguren, deren Zusammenwirken in der Produktion ein autarkes Wirtschaftsganzes, eine Wirtschaftsverbindung ergibt." Jedoch: „Der einheitliche Wirtschaftskreis bleibt eine gewisse Abstraktion, ein Durchschnittswert. Das einheitliche Wirtschaftsgebiet besteht, soweit die Autarkie für die lebenswichtigen Güter gewahrt ist" (H. Ritschl, Reine und historische Dynamik des Standortes der Erzeugungszweige. In: Schmollers Jahrbuch, 51. Jahrg. 1927, S. 815 bzw. 814).

[14]) H. Ritschl, Zur Theorie der staatswirtschaftlichen Entwicklungsstufen. In: Beiträge zur Finanzwissenschaft, Festgabe für G. v. Schanz, Tübingen 1928, Bd. I, S. 369 ff., und: Gestaltungsformen und Entwicklungsstufen der Staatswirtschaft. In: Schmollers Jahrbuch, 49. Jahrg. 1925, S. 895 ff.

schen System wohnt die unbedingte Tendenz inne, die Wirtschaftsverbindungen über die Staatsgebiete hinaus zu erweitern, sie in engsten Kontakt zueinander zu setzen, ja sie weitgehend zu einem Weltwirtschaft genannten Wirtschaftskreis zu verschmelzen. Diese Tendenz wirkt sich mit progressiver Intensität und Unaufhaltsamkeit aus. Die internationale Verflechtung durch Warenaustausch, vielmehr aber noch durch Kapitalexporte läßt mit der fortschreitenden Differenzierung und Komplizierung der Versorgung und mit der Ersetzung primitiver Produktionsmittel durch technisch stets diffizilere von der Geschlossenheit der Volkswirtschaften — d. h. der dem Staatsgebiet angepaßten Wirtschaftskreise — immer geringere Reste übrig.

Jedoch vollzieht sich dieser Prozeß nicht ungehindert. Ihm stellen sich alle diejenigen Kräfte entgegen, die wir ganz generell als die spezifisch politischen, emotional auf den Staat (und insbesondere den Nationalstaat) bezogenen bezeichnen und unter dieser Bezeichnung zusammenfassen können, da ihre nähere Betrachtung und Analyse — die sie als sozialpsychologisch und soziologisch zu deutende erweisen würde — uns in diesem Rahmen natürlich nicht möglich ist und da sie diese Analyse schon früher von berufener Seite weitgehend erfahren haben[15]). Wir können sie auch

[15]) In den in mancher Hinsicht sich ergänzenden, in anderen untereinander differierenden wichtigen und für diese Zusammenhänge grundlegenden Arbeiten von J. Schumpeter: Zur Soziologie der Imperialismen (Tübingen 1919) und W. Sulzbach: Nationales Gemeinschaftsgefühl und wirtschaftliches Interesse (Leipzig 1929).

nach der Terminologie W. Sulzbachs als „nationales Gemeinschaftsgefühl" dem „wirtschaftlichen Interesse", das zur Ausweitung der Wirtschaftskreise treibt, gegenüberstellen. Es genügt hier, wenn wir uns darüber klar sind, daß diese Kräfte nicht rational bedingt, nicht prinzipiell auf Interessenlagen irgendwelcher Art zurückzuführen sind. Daran ändert nichts, daß sie sich zuweilen rationaler, selbst ökonomischer Argumentationen bedienen: diese sind durchaus „Überbau", Verhüllungen der emotionalen, traditionalen Triebkräfte, sind Versuche intellektualistischer Legitimierung (und meist leicht als solche zu erkennen)[16]). Sehr deutlich ist dies z. B. bei den modernen Bestrebungen, eine Wissenschaft der „Geopolitik" zu konstituieren. Treffend bemerkt H. Ritschl, daß „die Geopolitik ... geradezu zur raumpolitischen Ideologie der modernen Imperialismen geworden" sei[17]). Damit soll natürlich nicht bestritten werden, daß die an der Vereinigung von Staatsgebiet und Wirtschaftskreis haftenden sozialen Faktoren und

[16]) „Reste dieses Treibens (sc. des absolutistischen Machtstaates) sind noch heute die Schutzzollindustrien; scheinbar handelt der Staat dabei der Industrie zu Gefallen, eigentlich aber meint er nur sich. — Dabei gewöhnte sich der Staat an eine gewaltsame auswärtige Politik, an große stehende Heere und andere kostspielige Zwangsmittel aller Art, kurz an ein separates Leben, welches von seiner eigentlichen höheren Aufgabe völlig geschieden war. Es wurde bloßer, öder Machtgenuß; ein Pseudoorganismus „an und für sich"". So Jacob Burckhardt einige Jahrzehnte vor allen Imperialismus-Theorien („Weltgeschichtliche Betrachtungen", herausgegeben von R. Marx, Leipzig o. J., S. 95).

[17]) Zur Theorie der staatswirtschaftlichen Entwicklungsstufe, a. a. O. S. 401, Anm.

geistigen Strömungen nicht auch wirtschaftliche Interessen bestimmter Gruppen (richtiger: was diese Gruppen für ihre Interessen halten) in sich schließen und umgekehrt so auch „ideelle" Programme als Deckmantel wirtschaftlicher Situationen dienen können. —

Das imperialistische System nun ist zu verstehen als der Versuch des Nationalstaates (d. h., ohne „Begriffsrealismus" gesprochen: jener sich in Ideologie und Politik des Nationalstaates auswirkenden emotional und traditional bestimmten Kräfte), sein Gebiet dem wachsenden Wirtschaftskreis anzupassen, die gesprengte Autarkie wieder herzustellen; sofern dies auf dem Wege der Annexion bisher fremder Gebiete versucht wird, besteht Imperialismus, während die protektionistische Handelspolitik sich auf den Versuch beschränkt, den Wirtschaftskreis wieder in das gegebene Staatsgebiet zurückzupressen und einzudämmen, — wie sich heute immer klarer erweist, ein Versuch mit völlig unzureichenden Mitteln. Wir müssen in diesem Zusammenhang darauf verzichten, durch eine historische und systematische Anwendung die außerordentliche Fruchtbarkeit der hier benutzten Theorie für die Klärung großer Zusammenhänge zu erweisen. Wir meinen hier ein zuverlässiges Instrument zu besitzen, das (vielleicht zum ersten Mal) ermöglicht, die ökonomischen von den politischen Erscheinungen zu trennen, beide Sphären mit den ihnen arteigenen Kategorien zu behandeln, ein Ordnungsschema, das das Gewicht der Vielheit der empirischen Erscheinungen unter einem klaren Gesichtspunkt zu erkennen gestattet.

Dies kann hier nicht deutlicher gemacht werden. Worauf wir uns hier ausschließlich beschränken müssen, ist: aus dieser Theorie heraus zu zeigen, daß vieles dafür spricht, daß dies soeben angedeutete und gedeutete Streben des Imperialismus immer aussichtsloser wird proportional zum Fortschreiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems als des bestimmenden Faktors des sozialen Geschehens[18]) [19]).

IV.

Denn welche Folgen ergeben sich im Verlaufe des Fortschreitens des Kapitalismus unter weltwirt-

---

[18]) Natürlich bedarf es dieser Kategorien nicht, um diese Entwicklung festzustellen, sondern nur um sie zu verdeutlichen und in ihren größeren Zusammenhängen zu deuten. — Auch F. Eulenburg z. B. konstatiert: „Es kann als „Sinn wirtschaftlicher Entwicklung" nur eine dauernd zunehmende Verflechtung aller Staaten der Erde geben." — Und sehr treffend: „Es ist die Tragik des nationalen Willens, daß er ohne zunehmende Solidarität der weltwirtschaftlichen Interessen die produktiven Kräfte gar nicht zur Entfaltung bringen kann". (Die handelspolitischen Ideen der Nachkriegszeit. In: Weltwirtschaftl. Archiv, 25. Bd. 1927, I, S. 102 f.)

[19]) Dies ist allerdings eine der Voraussetzungen (andere sind später zu formulieren). Bei der außerordentlichen Verworrenheit der Diskussion gerade in bezug auf die dem Kapitalismus gestellte Prognose lohnt es sich vielleicht, hier eine Äußerung Karl Kautskys aus seinem neuesten Buch anzuführen („Die materialistische Geschichtsauffassung", Berlin 1927): „Der Kapitalismus erscheint mir heute, rein ökonomisch betrachtet, weit lebensfähiger als vor einem halben Jahrhundert" (I, 623). „Wir können heute nicht mehr sagen, daß die kapitalistische Produktion ... sich selbst durch ihre ökonomische Entwicklung ein Ende bereitet (I, 541). — „Es gibt keine Argumente der ökonomischen Theorie, die die Lebenskraft des Kapitalismus in Frage stellen können" (I, 559).

schaftlichem Aspekt? Man weiß, wie sehr die Ansichten gerade über dieses Problem divergieren. Als die heute „herrschende" Ansicht (weit über sozialistische Kreise hinaus) kann man wohl diejenige ansehen, die eine Verschärfung der imperialistischen Kämpfe parallel zur Einengung der Absatzmärkte infolge der Kapitalisierung und Industrialisierung der „jungen" Länder erwartet.

Diese Ansicht finden wir natürlich in ausgeprägtester Form bei den „Katastrophentheoretikern". So weist z. B. Sternberg nach, daß die Bedeutung der Außenhandelsbeziehungen zwischen den kapitalistischen Ländern (relativ!) gesunken, die der „alt"-kapitalistischen zu den „jungen" Ländern gestiegen sei. Aus dieser unbestreitbar richtigen Tatsache (die wir ja auch und gerade für die Schweiz festgestellt haben) zieht er nun den Schluß: folglich schreitet „die Durchindustrialisierung und Kapitalisierung überseeischer Gebiete" fort, und gehen diese nunmehr sich selbst versorgenden Märkte Europa bzw. den hochkapitalistischen Ländern als Kunden verloren"[20]). Diese Argumentation ist von erstaunlicher Primitivität. Sie hat denn auch entschiedenen Widerspruch im marxistischen Lager selbst gefunden: H. Großmann betont sehr richtig: „diese kolonialen Gebiete gewinnen tatsächlich immer größere Bedeutung als Absatzgebiete. Aber nur soweit sie sich industriali-

[20]) F. Sternberg, Die extensive Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise. In: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie, 8. J. 1929, Nr. 2, und: Krise und Außenhandel. Der Außenhandel der vier Welthandelsvölker usw. In: Weltwirtschaftl. Archiv, 29. Bd. 1929, 2.

sieren, soweit sie ihren nichtkapitalistischen Charakter abstreifen! Denn die Aufnahmefähigkeit für Waren wächst parallel zur Höhe der kapitalistischen Entwicklung. — Die Industrialisierung der Neuländer, weit entfernt ein „Anfang vom Ende" zu sein, bedeutet vielmehr eine Steigerung der Ausfuhrmöglichkeiten"[21]).

Dies ist zweifellos richtig und sollte eigentlich keiner besonderen Erörterung bedürfen: die internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind absolut wohl in jeder Hinsicht gestiegen, jedoch den Hauptanteil an diesem Steigen hat der Export nach den jungkapitalistischen Ländern — eben weil und in dem Maße, in dem sie kapitalisiert werden (was, besonders auf weitere Sicht, nicht unbedingt identisch mit „industrialisiert" ist, wie Sternberg von vornherein annimmt). Nicht also aus einem dem Kapitalismus immanenten Gesetz heraus schwillt Abteilung I (die Produktionsmittelindustrien) an und sucht sich dann gewaltsam Absatzgebiete (dies Sternbergs neuerdings von ihm selbst modifizierte Theorie) — wenigstens ist diese Behauptung damit noch nicht bewiesen —, sondern deshalb, weil die jungkapitalistischen Gebiete in steigendem Maße als Absatzgebiete auftreten[22]) — d. h. die internationale Teilung der

---

[21]) H. Großmann, a. a. O. S. 444 bzw. S. 443.

[22]) „Dieser Außenhandel (sc. mit jungkapitalistischen Ländern) ist es, der im wesentlichen die Hypertrophie der Abt. I noch möglich macht" (Sternberg, Krise und Außenhandel, a. a. O. S. 264). — Dieser Außenhandel macht die „Hypertrophie" nicht nur möglich, sondern er bewirkt sie; und daher kann natürlich von einer Hypertrophie nicht die

Produktionsgebiete erweitert progressiv ihren Radius, wobei sich notwendig ihre relative Intensität auf gewissen bisher durchaus dominierenden Gebieten reduziert. Die Basis des kapitalistischen Systems wird damit breiter, das Übergewicht West- und Mitteleuropas und Nordamerikas wird etwas ausgeglichen zugunsten anderer Teile der Weltwirtschaft und zugunsten der Stabilität des ganzen Systems: es steht gleichsam nicht mehr auf einer Kante, sondern auf mehreren Füßen.

Daß Sternberg in völlig unzulässiger Weise die Möglichkeit der intensiven Kapitalisierung der Welt (besonders natürlich der vom Kapitalismus relativ noch wenig ergriffenen Weltteile) außer acht läßt, zeigt seine Bemerkung: „Die gesamte Argumentation, daß die Durchindustrialisierung und Kapitalisierung überseeischer Gebiete von keiner größeren Wirkung für die hochkapitalistischen Staaten sei, hatte zur oft übersehenen, oft verschwiegenen Voraussetzung, daß eine weitere starke extensive Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise möglich sei, daß Märkte, die verloren gingen, durch andere ersetzt werden könnten“[23]). Dieser Bemerkung liegt — wenn sie überhaupt irgendwie sinnvoll sein soll — eine völlig statische Auffassung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zugrunde, die die Tatsache der stetig wachsenden Bedürfnisse ignoriert. Es ließe sich diese Auffassung tatsächlich nur auf Grund der orthodoxen Ausbeutungstheorie halten — die

---

Rede sein (wenigstens nicht unter ökonomischem Gesichtspunkt).

[23]) Sternberg, Kölner Vierteljahrshefte, a. a. O. S. 177 f.

Sternberg selbst ja weitgehend preisgibt. Aber nicht nur daß seine Auffassung von der Möglichkeit einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu jungkapitalistischen Ländern primitiv ist — auch die Ansicht, eine Durchkapitalisierung von Überseeländern (z. B. Chinas) „auf souveräner Basis sei ein Verhängnis für die alten kapitalistischen Staaten" ist unhaltbar. Vom Standpunkt dieser „alten" Länder gilt vielmehr das Gegenteil: um so besser, wenn etwa China freiwillig und selbstverantwortlich das tut, wozu es mit mangelhaftem Erfolg die imperialistischen Staaten bisher zwingen wollten. Es wäre in diesem Falle wirtschaftlich natürlich nicht weniger auf sie angewiesen. Jede andere Ansicht über diese Fragen haftet an Vorstellungen, die an den heutigen Verhältnissen nicht mehr adäquaten Situationen orientiert sind: daß eine Nutzbarmachung nur im Wege der Inbesitznahme möglich sei, und lassen die dem Hochkapitalismus innewohnende Elastizität und Plastizität, die ihm zur Verfügung stehende Differenziertheit der Mittel völlig unberücksichtigt. Wie wir uns überhaupt darüber klar sein müssen, daß sich hier wie überall mit dem subtiler werdenden Kapitalismus immer mehr Halb- und Mischformen, Übergangserscheinungen herausbilden, die mit dem groben Begriffs- und Ideenschemata der Vorkriegszeit, die heute zur Erörterung dieser Fragen (unbegreiflicherweise) immer noch fast ausschließlich angewendet werden, nicht entfernt zu erfassen sind[24]).

[24]) Die vielleicht fundamentalen Verschiebungen des weltwirtschaftlichen Bildes als Auswirkung des technischen

Die Begleit- und Folgeerscheinungen der Kapitalisierung der Welt stellen sich uns vielmehr so dar: Je mehr die Welt mit dem Netz kapitalistisch-wirtschaftlicher Beziehungen und Bindungen überzogen wird, desto weniger läßt sie sich in die beiden Lager von entwickelten Herrscher- und Ausbeuter- und zurückgebliebenen Kolonial- und ausgebeuteten Ländern teilen. Vielmehr wird jede dieser Beziehungen beiderseitig, verbindlich, lebenswichtig für jeden Teil, wird die — aus Merkantilismus und Kolonialpolitik alten Stils übernommene — tief eingewurzelte Vorstellung, daß „ein Land sich nur auf Kosten der anderen bereichern kann“[25]) irreal und unberechtigt. Je mehr die bisherigen wirtschaftlichen Kolonialgebiete an Eigengewicht zunehmen, desto selbständiger werden sie in ihren politischen und wirtschaftspolitischen Entschlüssen, ohne daß diese Wandlung sich notwendig in gewaltsamer Emanzipation zu dokumentieren brauchte. Ihr wirtschaftliches Schwergewicht, ihre Bedeutung im Rahmen der vorgeschrittenen internationalen Arbeitsteilung, ihre Rolle als Aufnahmeländer für Auswanderer verleihen ihnen eine selbstverständliche reale Bedeutung, die sie aus der Sphäre der Objekte imperialistischer Politik und der kollektiven Ausbeutung durch ein anderes Land hinausrückt und dabei

---

Fortschrittes, wie ihn so eindrucksvoll optimistisch Julius Hirsch in seinem Kieler Vortrag „Neues Werden in der menschlichen Wirtschaft“ (Jena 1927) gezeichnet hat, sollen hier gar nicht in Betracht gezogen werden: die Frage ist noch zu umstritten.

[25]) Dies ein Grundgedanke H. Großmanns, a. a. O. S. 454.

u. U. eine äußere formelle Bestätigung durch Anerkennung der politischen Souveränität unnötig erscheinen läßt. Es ist evident, daß ein wirtschaftlich aktives Land (was nichts mit Autarkie zu tun hat!) nie als Objekt von Kolonialpolitik in Frage kommt: ein Musterbeispiel dafür ist Japan im Gegensatz zu China. —

Aber nicht genug, daß sich aus fortschreitender Kapitalisierung neuer Länder heraus eine gewisse Nivellierung des wirtschaftlichen (und, wie wir sehen werden, auch des politischen) Schwergewichtes und eine vielseitige Interessenverflechtung anbahnt: auch das einseitige Gläubiger-Schuldner-Verhältnis von Europa und Amerika besteht ja nicht mehr, die „Gegenkolonisation" (M. J. Bonn) Europas durch Amerika hat eingesetzt. Und auf Grund der elementaren Tatsache, daß das „Gläubiger-Schuldner-Verhältnis eine Schicksalsgemeinschaft schafft"[26]), die jenen an diesen ebenso bindet, wie umgekehrt, ist in der Nachkriegszeit die Interessenverflechtung im Erdrahmen noch viel intensiver geworden und wird es weiter täglich: die Vereinigten Staaten sind (durch Anleihen und Unternehmungskapitalien) in allen wirtschaftlich aktiven Ländern Europas intensiv interessiert und haben das stärkste Interesse an ihrer Prosperität. Andererseits wären aber z. B. auch „ihre gesamten Kapitalanlagen in den wirtschaftlichen Neuländern bedroht, wenn die Rückwirkungen verminderter Konsumfähigkeit Europas sich in Übersee geltend machen soll-

[26]) M. J. Bonn, in: Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik, Zürich 1928, a. a. O. S. 167.

ten“[27]). Es wäre verfehlt, solche großen unbestreitbaren Zusammenhänge und die ihnen innewohnende Wucht vor Ereignissen der Tagespolitik, die ihnen gewiß nicht entsprechen, zu übersehen. — Auf die so außerordentlich bedeutsame und nicht nur als Symptom wichtige Tatsache der finanziellen Verbindung Frankreich-Deutschland und der sich anbahnenden wirtschaftlichen Funktionsteilung zwischen diesen Ländern hat Somary treffend hingewiesen: „Ich möchte erwähnen, ... daß die Tendenz in der französischen Bevölkerung deutlich wahrnehmbar ist, an Stelle dieses Schuldners (Rußland) Deutschland zu setzen ... Die Schweizer Banquiers ... wissen besonders, daß in den letzten Monaten der Hauptabsatz deutscher Pfandbriefe, deutscher Industriewerte usw. nach Frankreich ... gegangen ist in einem Umfang, der ziemlich überraschend war. Man weiß auch, daß all das und ein großer Teil dessen, was die Amerikaner ursprünglich an deutschen Werten gekauft haben, sich heute in Frankreich befindet“[28]).

Dazu tritt die Internationalisierung der Industrien, die auf zwei Arten vor sich geht: durch regelrechte Industrieauswanderung aus den industriell aktivsten in protektionistische Länder und durch internationale private Kartelle. Wir wissen bereits, daß aus beiden Arten ein Rückgang des

---

[27]) B. Harms, in: Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft, Berlin 1928, I. Bd., S. 10.

[28]) F. Somary, in: Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik, Zürich 1928, a. a. O. S. 208/9. — Diese Angaben werden bestätigt in „Die Wirtschaft des Auslandes 1928“, herausgegeben vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1929, S. 58.

Interesses an der nationalen Handelspolitik (gerade bei den eigentlichen „Interessenten") resultiert und daß nationalistisch-protektionistische Maßnahmen, nur im Frühkapitalismus und bei Verhinderung von Kapitalwanderungen sinnvoll, so zur Internationalisierung und zu internationalen Konventionen führen. Wir können uns hier auf den Hinweis beschränken, daß, wie in so manchem, die Schweiz hier nur als Vorläufer und Repräsentant einer generellen, für den Hochkapitalismus spezifischen Entwicklung zu gelten hat[29])[30]).

---

[29]) Vgl. auch J. Landmann, Agrarpolitik des schweizerischen Industriestaates, a. a. O., S. 63 f.

[30]) Selbst für die italienische Industrie unter dem Fascismus wird (von einem Sozialisten) „als Ergebnis der wahrscheinlich zwangsläufigen wirtschaftlichen Entwicklung nur eine Entnationalisierung des italienischen Industriekapitals durch Amerikanisierung" festgestellt (H. Heller, Europa und der Fascismus, Berlin 1929, S. 128 f.), während Sternberg gleichzeitig verkündet: „Der Fascismus ist ... der getreue Oberbau der italienischen kapitalistischen Situation, d. h. der Situation eines Staates, der nach starker Durchkapitalisierung der inneren vorkapitalistischen Räume (in Italien? R. B.) in große vorkapitalistisch produzierende Territorien vorstoßen will" (Kölner Vierteljahrshefte, a. a. O., S. 174). — Die Primitivität des Sternbergschen Begriffsapparates wird hier wieder ganz deutlich: Wer stößt vor? Der nationalistische Staat? Die entnationalisierte Industrie? Oder der erstere als „getreuer Oberbau" der letzteren? Solche kleinen Divergenzen können aber einen aufrechten Marxisten noch längst nicht zu einer Revision seiner Geschichtsauffassung veranlassen. Er tröstet sich und uns (an derselben Stelle!) damit, „daß Veränderungen des ökonomischen Unterbaus nicht im selben Zeitraum Veränderungen des Oberbaus entsprechen, daß der Oberbau, der das Spiegelbild einer vergangenen Produktionsweise ist, nachhinkt" (a. a. O., S. 188). Demnach wäre der Fascismus also doch gar nicht Oberbau der entnationalisier-

Selbstverständlich sind auch und gerade der Versuch einer „Kommerzialisierung" und „Privatisierung" der Reparationen, die Transformierung von politischen Schulden, einer direkten Erbschaft des Imperialismus, in rein wirtschaftliche und das zu diesem Zweck gewählte Mittel der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich — wie man auch über ihre Chancen und ihre Zukunft denken mag — Symptome dieser Entwicklung und findet sich hier der erste Ansatz zu einer internationalen Finanzinstitution. Zu denken geben sollte in diesem Zusammenhang ganz allgemein die — besonders nach dem Kriege — in großem Umfang in den Händen politisch schwacher Staaten liegende Wirtschafts- und Finanzmacht: „Niemals hat die europäische Geschichte politisch so schwache Gläubigerstaaten gesehen"[31]). Es ist klar, daß deren Existenz erst auf der Grundlage internationaler Organisation und ihr Wachstum nur parallel zu dem dieser möglich war und ist, daß als wichtigste Folgeerscheinung der Wandel vom politischen zum ökonomischen Mittel in den Repressalien gegen säumige Schuldnerstaaten, die sich anbahnende internationale Interessensolidarität der Kapitalmärkte zu bezeichnen ist, — kurz, daß damit ein „ökonomisches" Motiv imperialistischer Aktion nach dem andern irreal und gegenstandslos wird. Erscheinungen, die wir bei der Schweiz beobachte-

---

ten italienischen Industrie, sondern hinkte einer vergangenen nach? Noch näher läge dem „gesunden Menschenverstand" allerdings die Vermutung, daß er überhaupt kein Oberbau, weder getreuer, noch nachhinkender, ist.

[31]) F. Somary, Wandlungen der Weltwirtschaft, a. a. O., S. 100.

ten, erweisen sich als existent auch in größeren Zusammenhängen. —

Übrigens stehen wir mit diesen Feststellungen nicht immer in so schroffem Gegensatz zu den sozialistischen Autoren, wie es scheinen könnte: auch diese können sich zuweilen den klar zu Tage liegenden Tatsachen nicht verschließen. So hat Hilferding schon 1909 im „Finanzkapital" „Tendenzen zu einer Solidarität internationaler Kapitalinteressen" konstatiert, ausgesprochen, daß „der Kapitalexport selbst Tendenzen schafft, die einer ... gewaltsamen Lösung widerstreben", daß in den hochkapitalistischen Staaten „die Gegen-Tendenzen gegen die kriegerische Entwicklung am stärksten ausgeprägt sind"[32]). — Selbst Bucharin gibt ausdrücklich zu: „Die Verflechtung der „nationalen Kapitale" nimmt zu, das Kapital „internationalisiert" sich ... Es schafft ein immer dichteres Netz internationaler Abhängigkeit"[33]) und kann sich vor der sonst notwendigen Konsequenz nur durch „Dialektik" bewahren: „Daraus folgt aber keineswegs, daß die gesellschaftliche Entwicklung bereits in das Stadium des ... harmonischen Nebeneinanderbestehens der „nationalen" Staaten getreten sei. Denn der Prozeß der Internationalisierung des Wirtschaftslebens ist keineswegs mit einem Prozeß der Internationalisierung der kapitalistischen Interessen identisch"[34]). Das ist nun wieder eine historische, unter bestimmten

---

[32]) Hilferding, Finanzkapital, a. a. O. S. 422, 423.

[33]) N. Bucharin, Imperialismus und Weltwirtschaft, Wien-Berlin 1929, S. 41 f.

[34]) Bucharin, a. a. O. S. 63.

politischen Voraussetzungen berechtigte und nur für diese gültige Feststellung. Wir begegnen also wieder der uns bereits bekannten Situation aller sozialistischen Imperialismus-Theorien: deren Autoren können sich für die Ableitung ihrer Theorie, für den Beweis der Notwendigkeit des Imperialismus (und des daraus resultierenden Ausganges des Kapitalismus) nie auf den dem Kapitalismus immanenten ökonomischen Ablauf beschränken, sondern müssen stets politische Aktionen und Reaktionen, die sie als Begleit- und Folgeerscheinungen dieser Entwicklung erwarten, zu Hilfe nehmen: — Erscheinungen, die aber selbst für jede materialistische Geschichtsauffassung wenn überhaupt, so durchaus unzulänglich, in keiner Weise zwingend, vielmehr rein hypothetisch durch ökonomische Kausalität „unterbaut" sind. Schon Hilferding bediente sich dieses Mittels, und ihm sind darin Rosa Luxemburg, Sternberg (für den dies mit seinen eigenen Worten schon gezeigt wurde), Großmann gefolgt. Der Imperialismus wird als die Marxsche Prognose modifizierender Faktor betrachtet, der nun — dies bleibt die einzige Hoffnung — in seinem „notwendigen" Ablauf doch noch den Umschlag herbeiführen muß, — aber es zeigt sich, daß dieser Umschlag kein wirtschaftlich notwendiger sein kann (oder doch, bei Sternberg, erst nach Kapitalisierung der ganzen Welt, also in praktisch nicht absehbarer Zeit) — da der Imperialismus ja gerade eine erleichternde Funktion ausübt[35]) —, sondern der Auflehnung, der politi-

[35]) „Der Imperialismus ist ebensosehr eine geschichtliche Methode der Existenzverlängerung des Kapitals, wie das

schen Aktion der unterworfenen Länder oder der gegenseitigen Zerfleischung der imperialistischen Staaten anheimgestellt werden muß. Gerade also von nicht dem kapitalistischen Nexus angehörenden Massen wird in erster Linie der Zusammenbruch erwartet, von Völkern, die sich der Einfügung in das kapitalistische System entziehen wollen, während nach Marx der Zusammenbruch selbstverständlich aus dem System selbst hervorgeht und von den zutiefst und restlos dem Kapitalismus verhafteten Arbeitermassen vollzogen wird.

Demgegenüber und — in erster Linie — zur notwendigen Ergänzung unserer bisherigen Darlegungen erscheint es erforderlich, sich Rechenschaft über einige mögliche Auswirkungen der von uns soeben skizzierten wirtschaftlichen Entwicklung auf die politische Sphäre zu geben.

V.

Alle internationalen Organisationen, alle Bindungen völkerrechtlicher Art bedeuten eine gewisse Rationalisierung (das Wort im ursprünglichen Sinne) der Außenpolitik, eine Einengung der l'art pour l'art-Sphäre der Politik (wenn man es so nennen darf), die — das ist eines der spezifischen Momente jeder Politik — stets bis zu einem gewissen Grade um ihrer selbst willen, unabhängig von einer übergeordneten „rational" beweisbaren Zielsetzung getrieben wird. Wir glauben in der neueren Entwicklung eine Sublimierung der Macht

---

sicherste Mittel, dessen Existenz auf kürzestem Wege objektiv ein Ziel zu setzen" (R. Luxemburg, a. a. O. S. 361). — Aber dieser kürzeste Weg ist der politische!

und des Machtbegriffes feststellen zu müssen, — eine Ablösung der „Korporalform der Macht" (Max Weber) durch subtilere Formen, die, gewiß nicht weniger wirksam (man möchte eher meinen: im Gegenteil), andere Mittel zur Durchsetzung anderer konkreter Ziele darstellen als sie bisher vorherrschten. — Gerade in diesem Zusammenhang, bei der Betrachtung der Stellung der kleinen hochkapitalistischen Staaten im Zeitalter des Imperialismus wäre es nicht abwegig, auf die Vielgestaltigkeit der möglichen Formen von Machtausübung hinzuweisen. Tatsächlich sieht man fast stets nur die primitivste und am wenigsten nachhaltige Form der Machtausübung: die Gewalt, über die hinaus sich Macht als eine der Grundbeziehungen menschlicher Vergesellschaftung selbstverständlich noch in unzähligen anderen Formen dokumentiert. Es müßte in systematischem Zusammenhang und auf zuverlässiger theoretischer Grundlage[36]) die Bevorzugung der verschiedenen Machtformen in einzelnen (notwendig idealtypischen) Gesellschaftsformen und Wirtschaftssystemen gezeigt werden. Man würde auf diesem Wege wahrscheinlich zu dem Resultat gelangen, daß der hochkapitalistischen Wirtschaft „die weitreichendste Form der Machtausübung"[37]), das Recht (selbstverständlich stets nur als Manifestation und

---

[36]) Eine solche versucht z. B. W. Keilhau (Oslo) zu geben. Vgl. dessen „Wirtschaft und Macht", im Jahrbuch für Soziologie, 2. Bd., Karlsruhe 1926. — Fr. v. Wiesers „Gesetz der Macht" (Wien 1926) kann dagegen nicht als eine solche gelten.

[37]) W. Keilhau, a. a. O. S. 304.

Exponent zugrundeliegender sozialer Situationen!), auch und besonders in internationalem Maßstab, konform wäre[38]). Eine solche systematische Ableitung kann hier nicht unternommen werden. Wir müssen uns vielmehr auf einige andeutende Bemerkungen beschränken.

Wir können dabei an das im vorigen Abschnitt Gesagte anknüpfen: Wir konstatierten eine gewisse Ausgleichung des wirtschaftlichen Schwergewichtes der Länder und Erdteile im Verlauf der Kapitalisierung der Welt. Es liegt nahe, eine gewisse Nivellierung auch der politischen Machtpositionen anzunehmen, und tatsächlich bestätigt sich diese Annahme durch einen Blick auf die Nachkriegsentwicklung, die derartige Ansätze erkennen läßt: Die großen Kolonialreiche alten Stils lösen sich oder lockern sich doch auf — wenn auch nicht so sehr formell, so doch faktisch —, unter einem „Mutterland" subordinierte Kolonialgebiete koordinieren sich ihm als gleichberechtigte „Schwestern", die nur den durch Tradition bedingten Vor-

[38]) Auch Arthur Salz kommt (von einem anderen Ausgangspunkt her) zu dem Ergebnis: „Die kapitalistische Wirtschaft ist eine Lebensform, die sich bemüht, mit einem Minimum von Macht auszukommen ... Die Geschichte der modernen Wirtschaft ist ... die Geschichte ... des Machtverzichts der großen historischen Herrschaftsgebilde. — Die ganze politische Geschichte der Völker und Staaten ist Geschichte der Macht, die Wirtschaftsgeschichte ist mehr die Geschichte von den Grenzen der Macht" (in: Soziologische Studien zur Politik, Wirtschaft und Kultur der Gegenwart, Alfred Weber gewidmet, Potsdam 1930, S, 56, 78). — Hier ist — wie bei uns — unter Macht stets verstanden: politische Macht, Gewalt (wenn es bei Salz auch vielleicht nicht genügend zum Ausdruck kommt).

rang der älteren anerkennen: das British Empire, diese Fundgrube sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, bietet auch hier in seiner überragend klugen Politik Musterbeispiele. Der Völkerbund — so unbestreitbar unvollkommen er noch in fast allem ist — zeigt doch auch hier Ansätze.

Ferner: die Möglichkeit regster Anteilnahme an weltwirtschaftlichen und kolonialwirtschaftlichen Beziehungen ist für ein Land heute nicht mehr an eine Großmachtstellung gebunden, die politische Machtposition ist schon heute weitgehend indifferent für die wirtschaftliche Einflußübung. Der Protektionismus unserer Tage kann die Erkenntnis dieser Tatsache vielleicht erschweren, sie selbst nicht eliminieren. Machtlose Staaten ohne eigene Kolonien können im Hochkapitalismus dank vielfältiger Beteiligungen usw. ebenso großen oder größeren wirtschaftlichen Nutzen aus Kolonialgebieten ziehen als deren „Besitzer"-Staaten. Ja, wenn diese „Besitzer" nicht gleichzeitig auch wirtschaftlich aktive Länder sind, verlieren sie diese Kolonien (Spanien!), oder — was heute wahrscheinlicher ist — sie müssen doch unaufhaltsam den wirklichen Einfluß und die wirtschaftliche Macht in ihnen anderen abtreten, sie fungieren gleichsam nur noch als deren Verwalter und Polizisten (Portugal! — Vielleicht wird sich auch Frankreich in nicht zu ferner Zeit vor die Notwendigkeit gestellt sehen, die wirtschaftliche Erschließung seines Kolonialreiches mit wirtschaftlich aktiveren Ländern zu teilen, sie vielleicht einem Ländersyndikat abzutreten, — nicht nur aus Menschenmangel). Andererseits braucht zur Erhaltung

von eigenen Kolonien einer vorhandenen wirtschaftlichen Potenz nicht notwendig eine gleichwertige politisch-militärische zur Seite zu stehen, wie das Beispiel Hollands (und in gewisser Hinsicht auch Belgiens) zeigt. So bildet sich ganz offenbar eine Rationalisierung und Pazifizierung der Kolonialpolitik heraus, die sich immer mehr an ökonomischen Funktionen statt an politischen Fakten orientiert.

Diese Erscheinung ist durchaus erklärlich: Kolonien und Kolonialpolitik alten Stils sind ein Erzeugnis (wenn nicht sogar des Feudalismus, so doch) des Frühkapitalismus, welcher aus seiner wirtschaftlich verhältnismäßig primitiven Struktur heraus sich auf konkreten Territorialbesitz, der allein Ausbeutung von Naturfaktoren gestattete, und damit auf Kollektivhandeln des ihn stützenden Staates, auf dessen politisch-militärische Machtmittel angewiesen sah. Die merkantilistische Wirtschaftspolitik war sowohl von Wirtschafts- wie von Staatsinteressen bestimmt, Kolonialwirtschaft nur im Rahmen des nationalen Wirtschaftskreises möglich. Der Hochkapitalismus führte dank der ihm zur Verfügung stehenden unvergleichlich subtilen und differenzierten Mittel auch hier die Emanzipation der Expansion der Wirtschaftsverbindung von der des politischen Gebildes durch, — muß allerdings als ihr Fundament einen gewissen zivilisatorischen Status, ein bestimmtes Niveau rechtlicher und politischer Sicherheit voraussetzen. Diese schaffen sich z. B. die Vereinigten Staaten in Ermangelung eigener Kolonien von genügender wirtschaftlicher Kapazität in Lateinamerika. Wenn es

sich bei der „Dollar-Diplomatie" um einen „Imperialismus" handelt, dann um einen solchen einer besonderen neuen Art: aus der gewaltsamen, konkret ausbeutenden Unterdrückerpolitik ist eine Zivilisierung, Normalisierung, Pazifizierung „neuer" Gebiete geworden, die ihnen offiziell ihre Unabhängigkeit läßt (und daher von irrationalem Nationalismus, der stets auch die äußere Form, die Gebärde der Macht braucht, frei ist). In zivilisatorisch „fortgeschrittenen" Ländern, die Sicherheit für Anlagen bieten, wie Argentinien, Chile, Brasilien, beschränkt sich ihr Einfluß auf das wirtschaftliche Gebiet. Gewiß besteht die Gefahr, daß auch hier der (im wesentlichen militärische) Apparat sich eine dauernde Funktion zu schaffen bestrebt ist, das Mittel sich zum Zweck auswächst. Bei der Wucht wirtschaftlicher Mentalität in den Vereinigten Staaten ist diese Entwicklung aber unwahrscheinlich[39]). —

Wenn wir das Resultat der — notwendig ganz knappen und fragmentarischen — Besinnungen dieses Kapitels zusammenfassen, so können wir

---

[39]) Vgl. zu diesem Thema, das hier natürlich nur gestreift werden konnte: H. T. Collings, Die Kapitalexpansion der Vereinigten Staaten in Lateinamerika, Jena 1927. — W. E. Walling, Amerikas friedlicher Imperialismus. In: Die Gesellschaft, 6. J. 1929, Nr. 10. („Es ist ein Rennen zwischen zwei Bewegungen: der Bewegung amerikanischen Kapitals ins Ausland und der Bewegung nach wirksamer internationaler Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet." Beide tendieren nicht nur zum gleichen Ziel, sondern die zweite resultiert natürlich auch zum guten Teil aus der ersten. — Ferner die (im Literaturverzeichnis näher zitierten) Schriften von Nearing und Freeman und Salz.

wohl dies sagen: Wir beobachten eine Gewichtsverschiebung zwischen zwei sozialen Sphären, zwischen zwei historischen Potenzen, eine Stärkung der wirtschaftlichen Region auf Kosten der politischen in mannigfacher Hinsicht[40]). Die politischen Kräfte und Mächte werden — wenigstens solange sie an nationalen Grenzen und Gebilden haften — überflutet und verdrängt durch die immer kräftiger werdenden wirtschaftlichen über Länder und Kontinente hinwegreichenden Beziehungen und Bindungen[41]).

Jedoch: ist dies nicht ein durchaus einseitiges, durch Vernachlässigung wichtiger Seiten gewonnenes Bild? Spielen doch heute nationale Ideologien, spielen Staatsgrenzen noch eine entscheidende akute Rolle und stellen daher ein alle durch ökonomisch-rationale Überlegung gewonnenen Ergebnisse modifizierendes Moment von größter Bedeutung dar. Es ist unnötig, die ganze Irrationalität unseres politischen und sozialen Seins auch nur anzudeuten. Das gesamte wirtschaftliche, demographische und damit natürlich auch kulturelle Bild,

---

[40]) Daß solche Verschiebungen möglich sind, zeigt uns nicht nur der Historiker, sondern auch der Soziologe. Vgl. z. B. L. v. Wiese, Allg. Soziologie, 2. Teil: Gebildelehre, München-Leipzig 1929, S. 266 f.

[41]) So kommt auch C. Brinkmann bei allen von ihm vorgebrachten Bedenken zu dem Ergebnis: Die Methoden des modernen Staates und seiner Außenpolitik werden „nicht nur zunehmend verwirtschaftlicht, sondern auch im Wirtschaftlichen selbst immer wieder unabhängiger von und immer unähnlicher den alten einfachen Schemata kriegerischer Politik und politischen Krieges" („Die moderne Staatsordnung und der Kapitalismus". In: Grundriß der Sozialökonomik, IV. Abteilung, I., Tübingen 1925, S. 65).

das uns die Erde heute bietet, ist durch sie weitgehend bestimmt. Mitten in Europa grenzen arme Länder an reichste, menschenarme an übervölkerte. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler — in den Theoretiker wie Dogmatiker nicht allzu selten verfallen — „irrational" mit irreal zu identifizieren.

Die entscheidende Frage ist nun, wie weit diese — unter der Bezeichnung „irrationale" sicher nicht einwandfrei, aber doch eindeutig zusammengefaßten — Kräfte sich gegen die von uns skizzierte Entwicklungstendenz durchzusetzen vermögen[42]). Sie ist wahrscheinlich nicht eindeutig zu entscheiden. Man wird zu anderen Ergebnissen je nach persönlicher Einstellung, aber auch nach den angewendeten wissenschaftlichen Methoden kommen, je nachdem ob man z. B. wie Schumpeter diese Kräfte auffaßt als atavistische Residuen, als in unsere Zeit hineinragende „Überbauten" längst überwundener wirtschaftlicher und sozialer Situationen, die notwendig absterben müssen, oder wie Sulzbach als zeitlose sozialpsychologisch zu deutende Triebmomente, die nach Befriedigung drängen — die Betonung also mehr auf das „traditionale" oder das „emotionale" legt — oder ob man schließlich die soziologische Tatsache des organisatorischen Apparates in den Vordergrund stellt, der, Selbstzweck geworden, die in ihm zusammen-

[42]) Eine große Kraft schreibt ihnen z. B. — u. E. in diesem Umfange nicht ganz mit Recht — A. Bergsträßer in „Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen" (München-Leipzig 1930) zu. — Ein Skizzierung der praktischen Problematik gibt G. Stolper, „Staat — Nation — Wirtschaft" in: „Europäische Zollunion", herausg. v. Hanns Heiman, Berlin 1926.

gepreßten Menschenmassen auf seinem eigenen Wege fortreißt, — wie dies E. Lederer einmal glänzend geschildert hat: Der Krieg „steht außerhalb jedes Seins ... Er ist mit der Natur des modernen Staates bereits potentiell gesetzt. Die modernen Staaten als abstrakte Machtstaaten mit ihrem Instrument des Heerwesens bedeuten den Krieg. Sie bedeuten ihn ebenso abstrakt, als sie sind, also ohne konkreten Inhalt, ohne Ziel — haben nicht eine Ursache, nur einen Anlaß, ... entstehen aus „Spannungen", welche „unerträglich" werden (wem?) ... Die abstrakte Staatsmacht kann nur charakterisiert werden als höchste Organisation ... In diese abstrakte Organisation geht nichts mehr von dem Wesen eines Volkes, einer Kultur als Qualität ein"[43]).

Jede dieser einander ergänzenden Deutungen ist zweifellos berechtigt. Es würde uns zu weit führen — und wäre auch kaum mit einiger Aussicht auf Erfolg zu unternehmen —, nun „Wahrscheinlichkeiten" einer künftigen Gestaltung und Auswirkung dieser irrationalen Kräfte, etwa die Möglichkeit einer Transformierung des Nationalismus aus seiner aus dem 19. Jahrhundert überkommenen nationalstaatlichen Prägung auf ein den gewandelten und sich wandelnden Verhältnissen besser angepaßtes politisches Gebilde, etwa auf ein „Paneuropa" abzuwägen. Alle derartigen Erörterungen müssen notwendig der objektiven Möglichkeit entbehren. Statt dessen wollen wir uns auf

[43]) E. Lederer, Zur Soziologie des Weltkrieges. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 39. Bd. 1915, S. 380.

unseren Ausgangspunkt, die Schweiz, besinnen, nachdem wir jetzt — wenn auch noch so gedrängt und skizzenhaft — gleichsam den Umkreis ermessen haben, in den dies Beispiel zu stellen ist. Wir konstatierten in ihr ökonomische Situationen, die wir im Verlaufe unserer Untersuchung als repräsentativ für größere Zusammenhänge erkannten. Es liegt nahe, diese Untersuchung ergänzend auszudehnen auch auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, von politischer und ökonomischer Sphäre, dessen in unserem Zusammenhang ausschlaggebende Bedeutung uns klar wurde. Dieses Verhältnis beruht natürlich auf bestimmten einmalig gegebenen Voraussetzungen und ist insofern ein durchaus individuelles. Diese Voraussetzungen sind jedoch nicht so exzeptionell, daß sie nicht auch in anderen historischen und sozialen Situationen ähnlich wiederkehren könnten. Daher scheint eine Auswertung gewisser aus der Beobachtung schweizerischer Verhältnisse gewonnener Erkenntnisse für prinzipielle Schlüsse in begrenztem Rahmen durchaus denkbar. In diesem Sinne versuchen wir als Abschluß dieser Arbeit eine knappe Skizze zur Frage „Die Schweiz und der Nationalismus".

Sechstes Kapitel.

Die Schweiz und der Nationalismus.

I.

Zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Seite des schweizerischen sozialen Lebens besteht eine ausgesprochene Diskrepanz. Wir haben die Weltverflochtenheit und Weltgeltung der schweizerischen Wirtschaftsbetätigung kennen gelernt. Ihr gegenüber ist der schweizerische Staat, wenn man ihn auffaßt als Machtorganisation gegenüber anderen Staaten (und dies ist ja doch der hier wesentliche Gesichtspunkt) verharrt gleichsam auf der Stufe der Naturgegebenheit des schweizerischen Raumes, durch historische Faktoren eingeschränkt auf diesen und definitiv gebunden an ihn. Wo ihm ein über seine quantitativen Maße hinausgehendes moralisches Gewicht eignet, gründet es sich auf traditionale Faktoren („la république doyenne") oder ist es von der Wirtschaft abgeleitet.

Es hat sich in der Schweiz daher nicht jene Auseinandersetzung von Wirtschaftskreis und Staatsgebiet abgespielt, als die wir den Imperialismus begriffen haben: die in ihr zum Ausdruck kommende Disproportionalität zwischen Wirtschaft

und Staat entstand ja hier nicht erst (wie im ausgehenden 19. Jahrhundert im übrigen kapitalistischen Europa), sondern bestand schon traditionell und verschärfte sich jetzt nur in einem Maße, das jede Anpassung des staatlichen Machtbereiches an den Wirtschaftskreis, der längst viel größere Gebiete umfaßte, von vornherein gar nicht in Frage kommen ließ. — Es ist evident, daß in der Epoche des Merkantilismus das Fehlen einer einheitlichen Staatsgewalt und die wirtschaftspolitische Irrelevanz des weiteren Staatsgebietes (der Eidgenossenschaft) die in landesherrlichen Territorien überall durchgeführte Anpassung des Wirtschaftskreises an das Staatsgebiet verhindern mußte und die Wirtschaftspolitik der aktiven Städtekantone (wie Zürich, Basel) sich damit begnügen mußte, gewisse wirtschaftliche Vorrechte ihren Stadtbürgern gegenüber der Landschaft zu sichern (also hierin gleichsam auf der Stufe der mittelalterlichen Stadtwirtschaft verharrte), ohne an eine systematische merkantilistische Politik gegenüber dem Ausland denken zu können. —

Der letzte ernsthafte Versuch einer räumlichen Expansion in großem Maßstabe war im beginnenden 16. Jahrhundert in Oberitalien gemacht worden und 1515 bei Marignano zusammengebrochen[1]).

[1]) Großartig schildert diese Epoche der gewaltsamen Expansion, die „mehr als alle vorhergehenden eine der größten und schrecklichsten Dinge fähige Kraft des Nationalcharakters offenbarte", Johannes von Müller („Geschichten schweizerischer Eidgenossenschaft", III, 5. Herausg. v. F. Gundolf, Frauenfeld-Leipzig 1923, S. 183/84). — Es muß schon den Zeitgenossen aufgefallen sein, daß diese gewaltige Kräftezersplitterung unsystematisch und von keiner einheitlichen

Er endete in dem „Rückzug aus der Weltgeschichte", einem eigenartigen und schroffen Umbruch in der schweizerischen Geschichte, der vielen Beobachtern auffällt: Die extensive Ausbreitung war abgeschnitten, alle Kräfte mußten sich so auf Erhaltung der zu großen Bevölkerung im gegebenen kleinen Rahmen konzentrieren. Das Schwergewicht des öffentlichen Lebens verschiebt sich radikal von der politischen zur wirtschaftlichen, zur Erwerbssphäre. Von da datiert die außenpolitische Indifferenz der Schweizer, datiert nicht nur ihre „ewige" Neutralität, sondern auch ihre gegebene Mittlerstellung, „ihr Amt der Weltvermittlung" (J. Nadler).

Es könnte nun wohl scheinen, als ob diese Hinwendung zur Erwerbssphäre nicht allein durch die Enge des Lebensraumes und den Druck der umgebenden Mächte erzwungen, sondern schon anlagemäßig irgendwie vorgebildet und ermöglicht war (wie sich ja diese beiden Komponenten nie eindeutig unterscheiden lassen). So meint wohl Sombart, wenn er auf Grund seiner Überzeugung, „daß jeder Betätigung kapitalistischen Geistes eine natürliche, im Blute begründete besondere Veranlagung entsprechen muß"[2]), die Schweizer als spezifisches Händlervolk (welchen Typ er ja schon

---

Idee geleitet war: Vettori schrieb 1513 an Macchiavelli über die Schweizer: „... auch darf man nicht befürchten, daß sie Kolonien aussenden werden, denn sie sind nicht in so großer Zahl, um das zu können. Es ist ihnen genug, dreinzuschlagen, Geld einzunehmen und wieder nach Hause zu gehen" (zit. bei A. Günther, a. a. O. S. 316).

[2]) W. Sombart, Der Bourgois, a. a. O. S. 266.

vor 1914 den „Heldenvölkern“ gegenüberstellte)[3]) anspricht. Wenn man nun jedoch einschränkend den großen und entscheidenden Anteil berücksichtigt, den blutsfremde Einwanderer aus Westen, Süden und Norden seit dem 16. Jahrhundert an schweizerischer Wirtschaftsbetätigung gerade großen Stils gehabt haben (vgl. oben S. 21), so bleibt zwar kaum vieles, was direkt für eine „blutsmäßige“, rein schweizerische Wirtschaftsveranlagung spräche und sich nicht aus historischer Erziehung und sozialem Zwang erklären ließe, wohl aber berechtigt manches dazu, eine der ersten Voraussetzungen für ein Überwiegen der Erwerbssphäre in der Mentalität eines Volkes festzustellen, nämlich eine gewisse politische Indifferenz.

Denn man kann überhaupt im Zweifel darüber sein, ob den Schweizern (genauer: den Deutschschweizern[4]) ein ursprünglicher politischer Instinkt eignet, der diesen „geborenen Demokraten“ von oberflächlichen „Kennern“ ihrer Geschichte so häufig zugeschrieben wird. Was als solcher angesprochen wird: Nüchternheit gegenüber Emotionen, zäher Konservatismus und daher Immunität gegen Fortschritts- (aber nicht Beharrungs-!) De-

[3]) Sombart, a. a. O. S. 276.

[4]) Die Situation der Welschschweizer ist eine andere. Sie bringt aber keine entscheidende Modifikation in das Bild. Noch heute liegt das wirtschaftliche Schwergewicht des Landes in den deutschsprechenden Teilen, zeigt sich dementsprechend in der französischen und italienischen Schweiz reges Interesse an Politik (wenn auch oft nur Kantons- und Lokalpolitik). So stammen auch die wenigen eigentlichen Staatsmänner der letzten 80 Jahre überwiegend aus der französischen Schweiz.

magogie, gesunder Egoismus usw. resultiert oft aus Haften am Eigensten, Engsten, Nächsten, Gewohnten, — und ist, da so orientiert am privaten Kreis (höchstens an der Sippe, dem Tal, d. h. den ursprünglichen Kantonen) eben durchaus nicht politischer Natur, — sofern ein Kennzeichen des Politischen das Überschreiten dieses Kreises im Zielsetzen und Handeln ist. Regierung ist für den Schweizer im Grunde identisch mit Verwaltung und kann bei dem engen Kreis des Regierten und der Zersplitterung der Regierungsfunktionen und -Kompetenzen auch kaum etwas anderes sein.

So konnte immer, wenn die Schweiz von außen her sich selbst überlassen blieb, jene völlige politische Ruhe, jener Quietismus eintreten, der, ob nun auf Landsgemeinden oder Stadtaristokratien gestützt, für das 17. und 18. Jahrhundert charakteristisch ist. Herrschende Schichten sind stets und überall in Gefahr, ihren politischen Instinkt zu verlieren. Selten wohl aber war dies so radikal der Fall wie in der Schweiz in dieser Periode, d. h. in den Zeiten des Frühkapitalismus und der gleichzeitigen ganz außerordentlichen wirtschaftlichen Aktivität[5]); und als nach der (von Frankreich aufoktroyierten) Helvetik und der Episode der Restauration die Grundlagen der modernen Wirtschaftsorganisation durch Unternehmer geschaffen wurden, die notgedrungen auch politisch tätig waren,

[5]) Wobei diese regierenden Schichten selbst geschäftlicher Tüchtigkeit nicht entbehrten: einige Kantonsregierungen betrieben Finanztransaktionen großen Stils. Bekannt sind die Auslandsanleihen aus dem Berner Staatsschatz. (Vgl. darüber z. B. Landmann, Kapitalexport, a. a. O. S. 4.)

war dies „die ideenloseste Epoche der neueren eidgenössischen Geschichte“[6]). Manche Schweizer glauben allerdings diese Epoche heute zu erleben[7]), — aber wie dem auch sei: die Erscheinung ist für die Schweiz nicht neu, entstand konstitutiv aus ihrer Situation und mag sich in neuester Zeit noch besonders verschärft haben[8]). —

---

[6]) E. Gagliardi, Geschichte der Schweiz, a. a. O. 3. Bd., S. 48. — „Selbst die bisherige Parteipolitik löst sich größtenteils in bloße Interessenkonflikte auf.“ — Über die Persönlichkeiten einiger solcher Unternehmer vgl. E. His, Basler Handelsherren des 19. Jahrhunderts. Basel 1929.

[7]) Was naturgemäß mehr mündlich als literarisch zum Ausdruck kommt. Aber auch hierfür lassen sich Belege anführen. Gagliardi selbst konstatiert: „Für die Gegenwart (ist) doch eine gewisse politische Problemlosigkeit charakteristisch — oder richtiger gesagt: die Aufgabenstellung hat sich wieder einmal vorwiegend auf ökonomische Gebiete hinübergezogen“ (a. a. O. S. 142). — Eine besondere Schrift führt dies näher aus: E. Dürr, Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik. Eine historisch-politische Betrachtung über die Verwirtschaftlichung der politischen Motive und Parteien, Basel 1928. — Ein Schweizer Publizist (J. B. Rusch) erklärt (1930): „Das Volk fängt politisch zu gähnen an!“ — Vgl. jetzt auch die diese Erscheinungen unter dem Gesichtspunkt der Krisis der Demokratie behandelnde kleine Schrift von J. Schmidhauser, Die Schweiz im Schicksal der Demokratie, Zürich 1931.

[8]) J. Landmann weist auf die Zusammenhänge „zwischen der ausgeglichenen Spannungslosigkeit in der sozialen Struktur des Landvolkes und der eigentlichen Problemlosigkeit des politischen Lebens, dessen Übermaß an Gesundheit von einigen geradezu als die Krankheit der Schweiz bezeichnet wird“ hin und bezeichnet die Bauernschaft als ..den eigentlichen Träger dieser konservativen Demokratie“ (Agrarpolitik des schweiz. Industriestaates, a. a. O. S. 22, 23). Aber wenn der Konservativismus im Bauerntum auch seinen Ursprung und

So blieb eigentlich nur die Außenpolitik: die Bezeichnung gerade des Auswärtigen Amtes als „Politisches Departement" ist vielleicht symptomatisch, — aber auch hier trieb man am liebsten keine Politik. Die auswärtige Politik der Schweiz war an entscheidenden Wendepunkten ihrer Geschichte nie besonders glücklich: die hervorragenden Kräfte waren stets absorbiert durch die wirtschaftliche Tätigkeit. Die verschiedensten Beobachter der Schweiz, insbesondere auch die Schweizer selbst, stimmen in diesem Urteil überein. So sagt Carl Hilty: „Niemals überhaupt ... ist die Eidgenossenschaft in der Diplomatie sehr glücklich gewesen ... Unser Staatswesen ist in allen seinen Beziehungen zu dem Auslande für die gewöhnliche Diplomatie mit ihren Finessen nie recht geeignet gewesen, sondern immer nur für die einfachsten, geradesten, natürlichsten Wege und wenn dieselben gefährlich und dicht verschlungen zu werden begannen, für die möglichst energische Offensive zur Lösung dieser Schlingen, die der besseren Natur unseres Volkes auch jederzeit am meisten zusagen wird"[9]). Dies hat sich auch bei inneren Kon-

---

seinen lebendigen Rückhalt hat, so durchsetzt er doch zweifellos alle Schichten des Volkes.

[9]) C. Hilty, Öffentliche Vorlesungen über die Helvetik, Bern 1878, S. 114 f. — Das Entsprechende für die Innenpolitik bestätigt James Bryce in dem der Schweiz gewidmeten hervorragenden Kapitel seiner „Modernen Demokratien" (1. Bd., deutsch München 1923, S. 458): „Jener sportliche Instinkt ..., der bei den Englisch sprechenden Völkern die Angehörigen einer Partei anstachelt, für sie zu kämpfen, weil es ihre Partei ist und sie ihr den Sieg wünschen ... ist in der Schweiz nur schwach. Die Politik ist eine ernsthafte Ange-

flikten gezeigt: eine eigenartige Vorliebe für das direkte Mittel bei innerpolitischen Konflikten fällt auf, die noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu gar nicht seltenen gewaltsamen Auseinandersetzungen, Kantonsteilungen usw. führte.

Andererseits aber machte diese politische Primitivität, die Tatsache, daß das politische Interesse selten über den engsten Rahmen hinausreichte und so nicht eine nationale Gemeinschaft größeren Stils in seinen Vorstellungskreis hineinzog, sie mit nationaler Ideologie und nationalem Pathos umkleidete, es möglich, daß sich jene einzigartige „vielsprachige Schweiz" herausbildete, jenes gleichberechtigte Neben- und Miteinanderleben verschiedener und (dem Charakter nach) verschiedenster Kulturteile und Nationssplitter. Gewiß auch dies nicht mühelos: die eidgenössische Geschichte ist eine mühsame, immer wieder von Rückfällen aller Art bedrohte Entwicklung aus phantastischer Zerspaltenheit in kleinste Partikel, rechtlicher, politischer Ungleichheit aller staatlichen Elemente zu stärkster Nivellierung: sowohl der politisch-verwaltungsmäßigen in der Koordinierung der Landesteile in den Kantonen, wie der rechtlich-staatsbürgerlichen in der radikalen Demokratisierung, wie der national-kulturellen in der Gleichstellung und Anerkennung der drei bzw. vier Landessprachen und -Kulturen.

---

legenheit, eine Geschäftssache und kein Spiel." Und als köstliches Resumée: „Ein langweiliger Staat; aber er ist prosperierend und zufrieden und nirgends glüht die Vaterlandsliebe mit so beständiger Flamme" (a. a. O. III, S. 154).

Daß dieser Verzicht auf eine wichtige, heute als konstitutiv betrachtete Komponente der staatlichen Existenz, auf die nationale Einheit, gerade während des 19. Jahrhunderts definitiv sich durchsetzte und die Feuerprobe der nationalstaatlichen Epoche bestand, war nur möglich auf der Grundlage der (ob nun mehr „anlagemäßigen" oder durch komplexe Faktoren „anerzogenen") politischen Indifferenz.

Aus dieser Situation des a-nationalen, kleinen, europäisch-„zentralsten" Staatsgebildes ergab sich nun ein ganz bestimmtes Verhältnis zu den es umlagernden Machtstaaten in der Epoche des Imperialismus.

Daß die Schweiz ihre politische Unabhängigkeit überhaupt erhalten konnte, war nur möglich auf Kosten der wirtschaftlichen: es ist gerade die Lebensbedingung schweizerischer staatlicher Eigenexistenz, wirtschaftlich nicht entfernt selbständig zu sein. Ohne dieses Kompromiß hätte die Eidgenossenschaft längst auch politisch in einem einen großen Wirtschaftskreis bietenden Staatsgebiet aufgehen müssen. Wir wissen, daß diese Notwendigkeit nur durch rechtzeitige intensive Kapitalisierung, durch wirtschaftliches Ignorieren staatlicher Grenzen umgangen werden konnte. Andere, ihrem Umfang und ihrer Bevölkerung nach größere Gebirgsländer, die diesen Weg nicht so konsequent gingen, sind heute noch nicht als selbständige Staaten lebensfähig, wie das Beispiel Österreichs deutlich zeigt.

Aber auch so ist die politische Selbständigkeit der Schweiz, wenn auch durch die übermächtigen

Nachbarn nicht direkt bedroht, so doch zuweilen geistig problematisch geworden und in Frage gestellt gewesen. Wenn schon während des ganzen 18. Jahrhunderts der Einfluß Frankreichs auf allen Gebieten außerordentlich stark war, so konnte die Konsolidierung der Nationalstaaten im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts nicht ohne bedeutsame direkte Folgen für das Land bleiben. „Rings um uns hat sich in den großen geeinten Nationen die Welt wie mit vier eisernen Wänden geschlossen", sagt Kellers Martin Salander, und jede dieser übermächtigen Nationen hatte Anteil an Sprache, Kultur, Geschichte der Eidgenossenschaft, jeder dieser Nationen fühlte sich ein Volksteil der Schweiz blutmäßig verbunden — während drei oder doch zwei von ihnen ihrem politischen Status und ihrer politischen Grundidee nach entscheidend mit der der Schweiz divergierten. Es konnte nicht ausbleiben, daß diese „fremden" Ideen propagandistisch wirkten, Resonanz in den intellektuellen und politisch führenden Kreisen fanden, und daß diese Einflüsse — die vom Schweizer Standpunkt zweifellos eine Gefahr darstellten — in erster Linie vom geeinten Deutschen Reich ausgingen[10]).

Die Folgen dieser mannigfachen, aber in ihrer Wirkung einheitlichen Einflüsse manifestierten sich dann während des Weltkrieges in den sehr

---

[10]) Beispiele u. a. bei E. Fueter, Die Schweiz seit 1848, Zürich-Leipzig 1928, S. 118 f., 214 f. — Ferner „Die geistige Unabhängigkeit der Schweiz", Sammelschrift, Zürich 1916. — Eine einseitige Darstellung bei Loosli, Ausländische Einflüsse in der Schweiz, Zürich 1917.

ernsten Auseinandersetzungen zwischen deutscher und Welschschweiz[11]).

Es ist eigenartig, daß in der letzten Generation aus der Schweiz nicht bedeutsamere eigene geistige Äußerungen, die nur hier möglich gewesen wären, gekommen sind: keine Geschichte des Zeitalters des Imperialismus haben wir von hier erhalten, keine Soziologie der Demokratie, keine Untersuchung der Zusammenhänge von Sprache, Kultur, Nation und Staat. Und wo wäre mehr die Möglichkeit eines Überblickes im eigentlichen Sinne als hier? Die Tradition einer solchen europäisch-zentralen geistigen Haltung fehlt nicht: die Epoche bis etwa zur Jahrhundertwende hat es erwiesen, daß äußere Enge nicht geistige mit sich bringen muß (und ein Blick etwa auf die skandinavischen Länder bestätigt es); nicht nur Basel hatte „seinen Vorrang an Humanität" (Nietzsche). — Aber es scheint fast, als hätte die Schweiz am Kampfe zwischen den geistig an ihr teilhabenden Nationen innerlich selbst zu sehr teilgenommen und hätte ihre Kräfte so sehr zur Rechtfertigung und Behauptung ihrer eigenen Situation vor sich selbst, in Erörterungen, die oft allzu sehr dem Tag und dem engen Kreis gewidmet waren, aufbrauchen müssen, daß keine Kraft und innere Selbstverständlichkeit mehr zur umfassenden Umschau darüber hinaus und zum positiven Aufbau mehr blieb. So beschränkt sich die Schweiz heute im

[11]) Vgl. zu dieser interessanten Erscheinung, die in unserem Zusammenhang natürlich nicht behandelt werden kann, das Werk von Ruchti, a. a. O. und die bei uns im Literaturverzeichnis angeführten Schriften aus der Kriegszeit.

wesentlichen auf die Rolle eines unvergleichlichen geistigen Vermittlers, hinter der ihre eigene, ursprüngliche geistige Regsamkeit zurücktritt.

Es bedarf keines näheren Nachweises, daß auch der Fremdenverkehr in seiner so außerordentlichen wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung (vgl. oben S. 26) für das Land die Gefahr des Verlustes mancher eigenen, ursprünglichen Züge und die der Annahme einer gewissen internationalisierten Hotelier-Physiognomie mit sich brachte. Wie weit sich diese Tendenz durchgesetzt hat, ist hier nicht zu untersuchen; keinesfalls so weit, daß bei einigem Ernst und nicht ganz oberflächlichen Kenntnissen die Behauptung gerechtfertigt wäre, das Schweizer Volk sei „als Gastwirtsvolk schlechthin zu bestimmen" (H. Keyserling). Man würde diese Gefahr überhaupt überschätzen, wenn man nicht in Betracht zöge, daß gewisse Schichten, die dank ihrer traditionellen sozialen Stellung, ihres wirtschaftlichen Gewichtes und ihrer geistigen Interessen von einigen Punkten des Landes aus nicht zu übersehende Einflüsse ausüben, ihrer ganzen Lebensart und Lebensauffassung nach solchen Einwirkungen im wesentlichen entzogen sind, ihnen eher grundsätzlich oppositionell gegenüberstehen. Ferner spielt der Fremdenverkehr in wesentlichen Teilen des Landes nur eine geringe, das durchschnittliche mitteleuropäische Maß nicht überschreitende Rolle: so im industriellen Norden und im Jura. — Sodann ist hervorzuheben, daß auch in den an der Fremdenindustrie direkt interessierten (immer noch sehr weiten!) Volkskreisen bestimmte Sympathien für einzelne „Gastvölker"

kaum zu konstatieren wären. Man könnte höchstens vielleicht die betont freundlichen Beziehungen, die die Schweiz stets zu England unterhalten hat — und die gelegentlich den Gedanken aufkommen ließen, man könnte hier eine gewisse Kompensation gegenüber den direkt benachbarten Großstaaten finden — unter anderem auch auf die große Rolle, die die Engländer als Gäste in der Schweiz spielen, zurückführen.

Generell wird man die Auswirkungen der Fremdenindustrie in der Schweiz in der uns interessierenden Richtung vielleicht dahin präzisieren können, daß sie die schon durch andere Faktoren bedingte „psychologische Weitmaschigkeit und Ungeschlossenheit" (R. Michels) des Landes in bezug auf ein einheitliches nationales Sosein noch verstärkte.

Neben diesen geistigen Einflüssen zeigte sich ganz konkret die Gefahr einer Überfremdung in der außerordentlich starken Einwanderung in die Schweiz. Sie stellt eine typische Folgeerscheinung der hohen wirtschaftlichen Aktivität der Schweizer Bevölkerung und ihrer relativ hohen sozialen Lebensansprüche dar, welche ihre Befriedigung im nationalen Rahmen nicht mehr finden konnten und so eine verhältnismäßig starke Auswanderung verursachten. Die Plätze der Ausgewanderten nahmen die Einwanderer, zum großen Teil Handarbeiter geringer Qualifikation ein; ihre Zahl überschritt die der Auswanderer erheblich[12]).

[12]) Auf 1000 Einwohner ergab sich im Jahresdurchschnitt unter Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungszunahme von 1888 bis 1900 eine Mehreinwanderung von 2, von 1900 bis

So kam es, daß 1910 jeder siebente Einwohner der Schweiz ein Ausländer war, wobei 95% der Ausländer aus den vier angrenzenden Großstaaten stammten. Es setzte damals eine starke Agitation zur Erleichterung der Einbürgerung von Ausländern ein, die auch Erfolg hatte[13]). Der Anteil der Ausländer ist auf ca. 1/10 der Bevölkerung zurückgegangen, aber auch heute sind in den industriellen und gewerblichen Betrieben der Schweiz rund 25% der Beschäftigten Ausländer.

Daß jedoch diese Situation überhaupt möglich wurde: Auswanderung von Einheimischen, nicht unter unabweisbarem Zwang, aus wirtschaftlicher Not, sondern um ein höheres Niveau der Lebenshaltung zu erreichen, und deren Ersatz durch geringere Ansprüche stellende Ausländer, ist ein u. E. bedeutsames Argument für unsere These von der schweizerischen politischen Indifferenz. Diese äußert sich hierin und darüber hinaus in dem Fehlen jeder Bevölkerungsideologie. Der Wunsch nach einer möglichst großen in den nationalen Grenzen lebenden Bevölkerung, unabhängig von der gegebenen wirtschaftlichen Grundlage, ist

---

1910 von 2,3. Vgl. A. Sartorius v. Waltershausen, Auswanderung, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 2. Bd., Jena 1924, S. 109/10. — Die Zahl der in der Schweiz lebenden Ausländer entsprach 1920 der der Auslandsschweizer, nämlich 400 000.

13) Vgl. z. B. C. A. Schmid, Unsere Fremdenfrage, Zürich 1915. — Dort sind im Anhang 41 während der Jahre 1900—1915 zu diesem Thema erschienene Schriften aufgezählt. — Eine eingehende Darstellung der Maßnahmen jetzt bei G. Bürger. Das Problem der politischen Überfremdung der Schw. Eidgenossenschaft, Leipzig 1929.

sicher eines der zuverlässigsten Merkmale des Nationalismus. „Die Werte (dagegen), die das Schweizervolk lebt und darstellt, hängen nicht von der Bevölkerungszahl ab, die Frage, ob das Land nach 50 Jahren 5 oder 6 Million Einwohner zählt, ist unter keinem schweizerisch-nationalpolitischen Gesichtspunkte relevant“[14]). Der auch hier starke Rückgang des Geburtenüberschusses (von 10,1 im Durchschnitt der Jahre 1900—1909 auf 5,3 im Jahre 1928) wird denn auch selten in der in andern Ländern üblichen Weise kommentiert. Auch die Agitation gegen die Überfremdung war kein Ausfluß einer Bevölkerungsideologie: sie erstrebte nicht so sehr Ausschließung der Einwanderer und Verhinderung der Auswanderung, als formellrechtliche Einbürgerung der meist sozial und kulturell schon assimilierten Eingewanderten.

Beachtenswert wäre die Stellung der Auslandsschweizer in ihren Ländern. Sie ist jedoch (vom Wirtschaftlichen abgesehen, das schon früher gestreift wurde) kaum mit wenigen Worten generell zu umschreiben, wozu der Mangel an zuverlässigem, die Verschiedenheiten der einzelnen Situationen berücksichtigendem Material kommt. Man muß die relativ hohe kulturelle Stufe, auf der im allgemeinen der Schweizer Auswanderer im Vergleich zu dem anderer Nationen steht, berücksichtigen, sowie die (schon angedeutete) Tatsache, daß er wirtschaftlich fast stets über einige Mittel verfügt und in Überseeländern fast ausschließlich zu den sozial angesehenen Schichten gehört.

[14]) J. Landmann, Agrarpolitik des schw. Industriestaates, a. a. O. S. 56.

(Rund 60% der Auswanderer der Jahre 1911—1920 stammten aus Industrie, Handel und Verkehr und den freien Berufen[15]). Wenn er nun auch meist ohne die Absicht zurückzukehren auswandert, so sind doch einerseits die Chancen für eine rasche Assimilation an das neue Volkstum nicht so groß wie bei Eingewanderten, bei denen wirtschaftlicher und sozialer Zwang (neben anderen Faktoren) sie beschleunigt. Andererseits steht er gänzlich ohne politische Prätentionen und meist auch ohne jede Betonung seiner nationalen Zugehörigkeit zum alten Vaterland in der neuen Umgebung. Die mangelnde Repräsentationsfähigkeit der Schweizer Nationalität und das Fehlen eines realen politischen Rückhaltes wird übereinstimmend festgestellt[16]). Letzteres ist — abgesehen von den in der Eigenart schweizerischer „Nationalität" begründeten tieferen Ursachen — angesichts der geringen Zahl von Schweizer diplomatischen Vertretungen und der Tatsache, daß fast alle Konsulate ehrenamtlich verwaltet werden, auch kaum anders möglich. Natürlich bestehen private Vereinigungen zur

---

[15]) Vgl. Sartorius v. Waltershausen, a. a. O. S. 110. — Von den Schweizer Bürger gebliebenen Auslandsschweizern — denen allerdings nicht allein unser Interesse gilt, die aber allein erfaßbar sind — lebt übrigens der größte Teil in Europa: rund 250 000 von insgesamt 333 000; in U. S. A. 50 000, in Lateinamerika 24 000 (davon in Argentinien 16 000), in Afrika 6100 (davon in französischen Kolonien 5080), in Asien 2200, in Australien 1500 (Volksw. und sozialstatistische Mitteilungen, 1931, Nr. 1, S. 36).

[16]) Vgl. dazu u. a. die hübsche Darstellung bei H. Böschenstein, Der vierte Schweizer. In: Schweizerische Rundschau, 30. J. 1930, Nr. 1.

Pflege des Zusammenhanges zwischen alter und neuer Heimat, aber gerade ihre Existenz deutet auf die Notwendigkeit solcher (doch immer etwas künstlicher) Bemühungen hin.

II.

Es führte diese ganze soeben kurz skizzierte Lage der Schweiz im nationalstaatlichen Europa zu einer eigenartigen sozialpsychischen Situation, die man, ohne sich dem Vorwurf der voreiligen Generalisierung und Simplifizierung auszusetzen, vielleicht so umschreiben kann: Es haftete vielen Schweizern ein gewisses politisches Minderwertigkeitsgefühl an als Angehörige eines national uneinheitlichen Kleinstaates ohne politische Machtziele gegenüber Bürgern national geeinter Großstaaten mit „Weltgeltung" und allem Pathos nationaler Größe — wozu meist noch die Antithese demokratisch-kleinbürgerliche „Vielregiererei" — monarchisch-charismatisches Führertum kam. Dieses negative Bewußtsein mußte nun kompensiert werden durch das entgegengesetzte Gefühl der Zugehörigkeit zur „ältesten Demokratie der Welt", zu dem Volk, das zuerst auf die Flitter von Macht und Größe zugunsten von Frieden und Prosperität verzichtet hatte, das damit und mit seiner auf der Verantwortlichkeit jedes Einzelnen aufgebauten musterhaften Eigenregierung der ganzen Welt ein Vorbild gab[17]).

[17]) So weist schon Bluntschli darauf hin: „In der Schweiz begegnet man hier und da dem Glauben an einen schweizerischen „Musterstaat" in dem Sinne, daß die schweizerische Republik die vollkommenste und höchste Staatenbildung in

Diese Ideologie — die sich zuweilen etwas prononciert und kraß äußert und daher wiederholt oberflächlichen Beobachtern Anlaß zu wenig verständnisvollen Werturteilen gegeben hat — war und ist vom Schweizer Standpunkt notwendig als Schutz gegen die propagandistische Kraft nationalstaatlichen Prestiges und großstaatlicher Institutionen. Denn selbstverständlich kann keine staatliche Kollektivität auf die sozialpsychische, ihre Mitglieder beherrschende Vorstellung verzichten, daß sie durch ihre Existenz ein einheitliches, eigenartiges, sich von allen anderen neben ihr existierenden unterscheidendes soziales Gebilde konstituiert und darstellt. Es ist für unseren Zusammenhang irrelevant, ob durch dieses Bewußtsein schon die Existenz einer Nation gegeben (und die Schweiz demnach als eine solche anzusehen) ist oder ob die objektiven Faktoren der gemeinsamen Rasse, Sprache, Kultur usw. dafür unerläßlich sind. Die erstere Ansicht führt zu der Konsequenz, daß a-nationale (und ev. auch übernationale, d. h. ganze Nationen umfassende) Staaten lebens- und aktionsfähig und daß auch diese eine gewisse Gemeinschaftsideologie entwickeln können und müssen. Diese wollen wir nun im Falle der Schweiz im folgenden der Einfachheit halber die nationale Idee oder das nationale Bewußtsein nennen und einige weitere ihrer uns interessierenden Auswirkungen kurz ins Auge fassen.

Europa wenn nicht bereits sei, so doch zu werden bestimmt sei, welche die übrigen Völker nur nachzuahmen haben, um glücklich zu werden." (J. C. Bluntschli, Die schweizerische Nationalität, 1875, Neudruck Zürich 1915, S. 16.)

Diese nationale Idee von der Vorbildlichkeit schweizerischer staatlicher Existenz hat, aus der Defensive erwachsen, sich nie irgendwie aggressiv geäußert. Es wohnt ihr nicht jenes missionierende Pathos inne, der auch anderen Völkern die Errungenschaften des eigenen selbst gegen ihren Willen zugute kommen lassen will oder auch nur jenes expansive, das für die eigene Vorbildlichkeit und Einzigartigkeit und durch sie legitimiert, ja verpflichtet, Raum zur ungehinderten Entfaltung auf Kosten anderer, „minderwertiger" Völker beansprucht. Sondern sie bleibt durchaus in der Sphäre der Defensive und beschränkt sich auf die statische Erhaltung der Eigenexistenz[18]); die Betonung der Vorbildlichkeit des Schweizervolkes geschieht ja gerade unter Hinweis auf unpathetische Tugenden: Nüchternheit, Friedlichkeit.

Eine Formulierung einer spezifisch schweizerischen Staatsidee sei hier angeführt — nicht weil wir sie für die objektiv „beste" halten (sie ist in ihrer psychologischen Voraussetzung anfechtbar),

[18]) W. Sulzbach meint in seinem anregenden Buch (a. a. O. S. 95): „Trotzdem lebt in den Schweizern, auch in den Schweizern die Idee der nationalen „Ehre", sie halten Land für „Besitz" und würden es als Schande empfinden, ein Gebiet herauszugeben, das ihnen „gehört"." — Das ist ohne Zweifel richtig. Wir möchten diese sozialpsychische Situation aber für die unentbehrliche Grundlage jedes staatlichen Kollektivums halten und Sulzbachs Folgerung: „daß die Idee der Macht auch ein Volk wie die Schweizer beherrscht" (a. a. O. S. 96) eben auf diese Notwendigkeit, daß jeder Staat ein Machtgebilde darstellt, beschränkt wissen. Uns scheint doch, daß das Hinzutreten des Expansionsstrebens (und damit der eigentlichen Machtideologie) eine auch prinzipiell größere Rolle spielt als es aus Sulzbachs Darlegungen hervorgeht.

sondern für die symptomatisch wertvollste unter den uns bekannten: „Wir anerkennen weder Rasse, noch Sprache, noch Bekenntnis, noch Gleichheit des politischen Temperaments als die wesentliche Grundlage des Staates, wie wir ihn haben und ausbauen sollen, sondern allein den Willen der Eidgenossen, diese Mannigfaltigkeit zur freien und fruchtbaren Einheit zusammenzuschließen. Nicht in einer abenteuerlichen Eroberungssucht liegt unsere Aufgabe ... Die äußere Ausdehnung ist nicht das einzige Wachstum. Wir aber sollen ein solches Staatsgebilde im kleinen sichern und verwirklichen, das nicht auf Instinkten, sondern allein auf bewußt geformter Geschichte beruht" (G. Bohnenblust)[19]).

Die Frage erhebt sich: kann man nur mit „Bewußtsein" einen Staat lebendig erhalten? Kann ein Volk auf den nationalen Mythos verzichten?

---

[19]) „Wir Schweizer, unsere Neutralität und der Krieg", Sammelschrift, Zürich 1915, S. 24 f. — Die entgegengesetzte Position: Ein Volk ist „nur wirklich in bezug auf andere Völker und diese Wirklichkeit besteht in natürlichen und unmittelbaren Gegensätzen, in Angriff und Abwehr, Feindschaft und Krieg" (O. Spengler, Untergang des Abendlandes, 2. Bd., München 1924, S. 448). — Zu derselben Konsequenz —: daß man in bezug auf die Schweiz nicht von einem politischen Gebilde, einer Nation usw. sprechen könnte — würde die nahezu analoge Definition Carl Schmitts führen: „Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind... Diese Begriffe sind in ihrem konkreten, existenziellen Sinne zu nehmen... Sie sind keine normativen und keine „geistigen" Gegensätze" (Der Begriff des Politischen. In: „Probleme der Demokratie", Politische Wissenschaft, Heft 5, Berlin 1928, S. 4—5).

Hat die Schweiz ganz darauf verzichtet? Ohne Zweifel nicht[20]):

Auch hier wirkt sich ein gewisses nationales Pathos offensichtlich in bestimmten Sphären aus, die ganz allgemein seine Hauptdomäne darstellen, so in erster Linie natürlich im Militärwesen. Die Schweizer Armee ist ein Volksheer, d. h. normalerweise gehört ihm jeder männliche Staatsbürger an und kommt mit ihm und seiner Organisation eine Reihe von Jahren hindurch in regelmäßige direkte Berührung. Die Freude an der Organisation, am Ausfüllen einer pflicht- und ideebehafteten Funktion, am Befehlen und Gehorchen — die „sentiments de hiérarchie" Paretos — (verstärkt durch das Bewußtsein, daß es kaum je ganz ernst werden kann), kann sich so in weitesten Volkskreisen auswirken, kann und muß beinahe jeden wenigstens einmal ergreifen[21]). Die Schicht der berufsmäßigen Soldaten ist verhältnismäßig gering und steht prinzipiell dem Nachwuchs aus allen Schichten offen. Die große Tradition der alten

---

[20]) Interessant sind die seit dem 16. Jahrhundert (Aegidius Tschudi) unternommenen Versuche, ein Schweizer Nationalbewußtsein durch die Konstruktion eines gemeinsamen Stammes und einer Ursprache zu ermöglichen und so eine in ihrer historisch-wissenschaftlichen Begründung den großen Staatsnationen analoge Schweizernation zu legitimieren. Vgl. darüber das schöne Buch von H. Weilenmann, Die vielsprachige Schweiz, Basel-Leipzig 1925, S. 78 ff., und für das Entsprechende in dem engeren Rahmen des sprachlich völlig zerspaltenen Graubünden noch im 19. Jahrhundert: S. 159.

[21]) Eine literarische Bestätigung dieser Auffassung von Schweizer Seite finde ich nachträglich bei E. Blocher, Die deutsche Schweiz in Vergangenheit und Gegenwart, Stuttgart 1923, S. 227—28.

Befreiungs- und Söldnerkämpfe und des Reislaufens ist, wenn auch nicht lebendig, doch nicht allzu fern und wird wachgehalten. Sie ist interessanterweise durchaus auch von den welschen Kantonen übernommen worden, die mit ihr an sich ja nicht direkt — höchstens passiv — verbunden sind. Man ist sich wohl darüber klar, daß die Schweizer bewaffnete Macht stets nur als Defensivwaffe dienen kann, aber vielleicht trägt gerade dies und die immer wieder zum Ausdruck gebrachte Überzeugung, daß nur durch ihre Existenz und Aktionsfähigkeit die Neutralität während des Weltkrieges aufrecht erhalten werden konnte, zusammen mit den anderen soeben angedeuteten Momenten dazu bei, diese Sphäre des Militärs aus der rein rationalen, selbst aus der relativ nüchtern behandelten verwaltungsmäßigen in eine eigene, wenn man will, höhere emporzuheben. So kommt es, daß man in ihr und in Verbindung mit ihr zuweilen auf Vorstellungen und Begriffe stößt, die, ob nun im einzelnen „traditional" oder „emotional" begründet, in diesem schweizerischen Milieu, wie es sich heute im wesentlichen darstellt, deplaciert, ungewohnt und aus anderen Vorstellungskreisen übernommen erscheinen. So wird auch hier die Eigengesetzlichkeit der militärischen Ordnung und Disziplin, ihre prinzipielle Verschiedenheit von jeder privaten, zivilen betont. Dienstverweigerung aus (anerkannt ernsten) religiösen Motiven wird nach wie vor von den Militärgerichten bestraft[22]).

[22]) In einem solchen (nicht seltenen) Falle verurteilte das Gericht den Angeklagten, einen 37jährigen Lehrer, Dr. phil., ehemaligen Missionar, zu drei Monaten Gefängnis und

— Wieder einmal ein Beispiel für die Tatsache, daß die Herrschaftsform (radikale Demokratie) nichts mit der Abgrenzung des staatlichen Machtbereichs gegenüber der individuellen Sphäre zu tun hat. — Man hat zuweilen den Eindruck, daß auch hier wie überall der militärische Apparat in seinem Betätigungsbedürfnis sich Funktionen zu schaffen sucht. In den letzten Jahren ist so eine zweifellos übertriebene Reaktion staatlicher Organe auf linksradikale Bewegungen, manchmal unter Heranziehung von Militär zu beobachten. Es ist schwer, zu beurteilen, ob und welche Einflüsse von militärischen (d. h. immer: berufsmilitärischen) Kreisen auf die Politik ausgehen. Sicher ist jedoch, daß, wenn solche vorhanden sind — und manche kleinen Anzeichen sprechen zuweilen dafür —, sie bei der teilweise bereits skizzierten und im übrigen bekannten Struktur des schweizerischen öffentlichen Lebens jedenfalls keine irgendwie bedeutsame und ausschlaggebende Rolle spielen — wie es durch die demokratische Staatsordnung an sich noch nicht ausgeschlossen wäre. Keineswegs erstrecken sich in normalen Zeiten solche Einflüsse auf die Außenpolitik, was für unsere Zwecke ja in erster Linie relevant wäre.

Denn die Außenpolitik der Schweiz — es braucht dies natürlich nicht ausdrücklich bemerkt zu werden — ist ja eine durchaus friedliche —

---

einem Jahr Einstellung im Aktivbürgerrecht, „wobei es insbesondere hervorhob, es handle sich hier um ein Ziel, daß die Armee beseitigen und die staatliche Rechtsordnung untergraben wolle, was schon aus Gründen der Abschreckung eine empfindliche Strafe erfordere“ (National-Zeitung Basel, 1929, Nr. 577).

manche Schweizer meinen sogar: passive. Und sie beruht darin ganz und gar auf der Zustimmung der „öffentlichen Meinung" ihres Landes. Durch die weltpolitische Konstellation der Nachkriegszeit wird diese Politik erleichtert. Während die von uns skizzierte Situation gegenüber den Großmächten im Weltkriege noch einmal eine extreme, für die Schweiz bedrohliche Zuspitzung erfuhr, hat sie sich seit Kriegsende offensichtlich entspannt: der Ring der Großstaaten ist wenigstens auf einer Seite unterbrochen und hat sich auch im übrigen gelockert, es besteht nicht mehr die Gefahr eines überwiegenden geistigen, sich in politischen Ideen und Gestaltungen auswirkenden Einflusses von einer Seite, da kaum zu erwarten ist, daß die Rolle des nördlichen Nachbarn von dem südlichen fortgeführt wird. Auch als Demokratie ist die Schweiz nicht mehr isoliert, trotz vereinzelter antidemokratischer Strömungen auch im eigenen Lande[23]) nimmt sie hierin eine durch die Entwicklung gleichsam neu legitimierte Position ein. Eine Reihe von neu entstandenen internationalen Institutionen von Weltbedeutung gibt ihr Gelegenheit zu immer neuer Bewährung und moralischer Stärkung als „idealer dritter Ort".

Wenn nun auch kein Zweifel über die ganz besondere Bedeutung dieser internationalen Institutionen gerade für die Kleinstaaten sein kann, so macht sich im Falle der Schweiz doch zuweilen

---

[23]) Ein beachtenswertes Zeugnis einer wenn auch nicht antidemokratischen, so doch die aktuelle schweizerische Demokratie scharf kritisierenden Einstellung liegt jetzt in der schon zitierten Schrift J. Schmidhausers vor.

gerade in der Einstellung ihnen und in erster Linie dem Völkerbund gegenüber die Scheu vor irgendwelcher einseitigen Bindung und Beschränkung ihrer Neutralität, welche als primärer Faktor ihre Außenpolitik bestimmt, geltend: Der Eintritt in den Völkerbund war 1920, trotz einer besonderen Anerkennung seitens der Gründermächte, daß die militärische Neutralität der Schweiz durch ihre Zugehörigkeit zum Bund in keiner Weise berührt werde, nur durch eine knappe Mehrheit im Referendum zu erreichen, und auch heute noch opponiert eine nicht unbedeutende Richtung gegen die Mitgliedschaft der Schweiz — dies aber mit Argumenten, die den in (jetzt oder früher) imperialistischen Großstaaten vorgebrachten völlig entgegengesetzt sind: dort wird der Völkerbund abgelehnt, weil er die Souveränität der Staaten, ihre Interessen und ihre „Ehre" mit allen Mitteln zu „verteidigen" einzuschränken sucht, hier, weil es umgekehrt gerade einen Staat, der offiziell seit über 100 Jahren auf diese Mittel verzichtet hat, zu einer Teilnahme an Auseinandersetzungen zwingen könnte, die unbedingt vermieden werden soll. Aus ähnlichen Gründen, aus Abneigung gegen eine etwaige einseitige Einstellung, hat auch z. B. die Paneuropa-Bewegung in der Schweiz bisher nicht die Resonanz gefunden, die man vielleicht angesichts der allgemeinen Lage des Landes erwarten sollte.

Wenn wir uns nun noch einmal fragen, wodurch diese eigenartig rationale, selbstgenügsame Politik verursacht ist, so ist zusammenfassend festzustellen: sie ist keineswegs allein schon durch die

quantitative Kleinheit des Landes gegeben, die prinzipiell die Existenz nationaler Macht- und Expansionsideologien und -Bestrebungen durchaus nicht hindert[24]), wie das Beispiel nationalistischer Kleinstaaten unserer Tage zeigt; sie ist auch nicht etwa eine Auswirkung der radikalen Demokratie: man kann mit guten Gründen eine der Wurzeln des spezifisch modernen Nationalismus seit der französischen Revolution gerade in der Demokratie sehen[25]) — sondern diese besondere Situation ist einigermaßen befriedigend tatsächlich nur aus dem ganzen Verhältnis von Staat und Wirtschaft mit allen ihm zugrunde liegenden Faktoren, wie wir sie — notgedrungen durchaus skizzenhaft und unvollständig — aufzuweisen versucht haben, zu erklären.

Nicht zufällig trägt ja auch in den übrigen kapitalistischen Klein- und Mittelstaaten Europas das politische Leben den Ausdruck großer Nüchternheit und Ausgeglichenheit, bei aller Verschiedenheit in den geistigen Nuancen. In ihnen allen ist der Konflikt zwischen wachsender wirtschaftlicher Sphäre und zurückbleibender staatlicher nicht ausgetragen worden, weil die letztere notwendig

---

[24]) Max Weber betont es in Wirtschaft und Gesellschaft, a. a. O. S. 226. — Tocqueville schreibt 1850 an Gobineau: „La sagesse de cette petite Nation telle que vous me la depeingnez est vraiment digne d'admiration, et si tous les petits peuples se conduissaient ainsi, il n'y aurait bientot plus qu'eux qui méritassent le titre de grands. Car le grandeur du corps n'est rien; c'est le mérite de l'éléphant et de la baleine" (zit. bei Gagliardi, a. a. O. III., S. 27).

[25]) Vgl. C. J. Hayes, Nationalismus, Deutsch Leipzig 1929, S. 45.

und definitiv inferior erschien. Die Schweiz allerdings verkörpert als Binnen-, Paß- und a-nationaler Staat den Typ am reinsten, an ihr lassen sich in klarer Ausprägung die Merkmale jener Entwicklungstendenz aufweisen, zu der wir Ansätze auch in größeren Zusammenhängen aufzeigen zu können glaubten. Gewiß — dies kam wohl zuweilen auch hier zum Ausdruck —, auch die Schweiz ist nicht jenes Musterland mit der wohltemperierten Schulbuchhistorie, als das sie vom übrigen Europa so oft angesehen wird. Aber — und das sollte zu denken geben — einzig in diesem Land konnte zu Beginn der Epoche des Imperialismus, fast körperlich zwischen den beiden großen Parteien des Kontinents stehend, sein vielleicht größter Geist das Wort von der Macht, die an sich böse sei, sprechen.

Literaturverzeichnis.

a) Allgemeine Schriften.

Angell, Norman: Die große Täuschung. Eine Studie über das Verhältnis zwischen Militärmacht und Wohlstand der Völker. Deutsche Ausgabe, Leipzig 1910.

Bergsträsser, Arnold: Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen. München-Leipzig 1930.

Bonn, M. J.: Die finanzpolitische Bedeutung der Auslandsschulden, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 175. München-Leipzig 1929.

Bousquet, G. H.: Autarkie und weltwirtschaftliche Expansion als treibende Kräfte der französischen Wirtschaftspolitik der Gegenwart. Kieler Vorträge 31. Jena 1930.

Braunthal, Alfred: Der Zusammenbruch der Zusammenbruchstheorie. In: Die Gesellschaft. 6. J. 1929, Nr. 10.

Brinkmann, Carl: Die moderne Staatsordnung und der Kapitalismus. Grundriß der Sozialökonomik, IV. Abt., 1. Teil. Tübingen 1925.

Brinkmann, Carl: Imperialismus als Wirtschaftspolitik. In: Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege, Festschrift für L. Brentano, 1. Bd., München-Leipzig 1925.

Brinkmann, Carl: Die jüngste Entwicklung des englischen Imperialismus. Weltwirtschaftliches Archiv, 22. Bd. 1925.

Bryce, James: Moderne Demokratien. 1. Bd.: Europäische Demokratien. 3. Bd.: Der demokratische Staat in der Praxis. Deutsch von A. Mendelssohn-Bartholdy und K. Loewenstein, München 1923—1926.

Bucharin, N.: Imperialismus und Weltwirtschaft. Wien-Berlin 1929.

Collings, Harry, T.: Die Kapitalexpansion der Vereinigten Staaten nach Lateinamerika. Kieler Vorträge 23, Jena 1927.
Duchesne, Laurent: Der belgische Außenhandel seit dem Kriege. Weltwirtschaftliches Archiv, 29. Bd. 1929.
Dupriez, Léon: Belgien und die internationalen Kapitalbewegungen 1919—1927. In: Die Auslandskredite. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 174. Bd. III. München-Leipzig 1928.
Eulenburg, Franz: Weltwirtschaftliche Solidarität der Völker. Berlin 1922.
Eulenburg, Franz: Die handelspolitischen Ideen der Nachkriegszeit. Weltwirtschaftliches Archiv, 25. Bd., 1. 1927.
Friedjung, Heinrich: Das Zeitalter des Imperialismus 1884—1914. Berlin 1919—1923.
Grabowsky, Adolf: Das Wesen der imperialistischen Epoche. Zeitschrift für Politik, 12. Bd. 1922.
Grabowsky, Adolf: Zur kolonialpolitischen Problematik. Zeitschr. für Politik, 19. Bd. 1929.
Grossmann, Eugen: Auslandsanleihen. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 175. Bd., München-Leipzig 1929.
Grossmann, Henryk: Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems. Leipzig 1929.
Gutfeld, Alexander: Der Geldmarkt von Paris, Europäische Revue, 1930, Nr. 3.
Harms, Bernhard: Volkswirtschaft und Weltwirtschaft. 3. Neudruck, Jena 1925.
Harms, Bernhard: Das neue Deutschland im neuen Europa. In: Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, 1. Bd., Berlin 1928.
Hayes, Carlton, J.: Nationalismus. Deutsch herausg. von J. Goldstein. Leipzig 1929.
Hertz, Friedrich: Wesen und Werden der Nation. In: Nation und Nationalität. 1. Ergänzungsband zum Jahrbuch für Soziologie. Karlsruhe 1927.
Hilferding, Rudolf: Das Finanzkapital. 4. Neudruck. Wien 1927.

Hintze, Otto: Wirtschaft und Politik im Zeitalter des modernen Kapitalismus. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 87. Bd. 1. 1929.
Hirsch, Julius: Neues Werden in der menschlichen Wirtschaft. Kieler Vorträge 24. Jena 1927.
Hobson, J. A.: Die neue Phase des Imperialismus. Jahrbuch für Soziologie, 2. Bd., Karlsruhe 1926.
Keilhau, W.: Wirtschaft und Macht. Jahrbuch für Soziologie, 2. Bd. Karlsruhe 1926.
Lederer, Emil: Zur Soziologie des Weltkrieges. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 39. Bd. 1915.
Lenin, N.: Der Imperialismus als letzte Etappe des Kapitalismus. Wien-Berlin 1926.
Löwe, Adolf: Zur ökonomischen Theorie des Imperialismus. In: Wirtschaft und Gesellschaft, Festschrift für F. Oppenheimer. Frankfurt a. M. 1924.
Luxemburg, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals. Gesammelte Werke, Bd. 6, Berlin 1923.
Metz, Theodor: Die Niederlande und ihre Kredite an das Ausland. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 174, III. München-Leipzig 1928.
Michels, Robert: Der Patriotismus. München-Leipzig 1929.
Michels, Robert: Studien zur Entwicklungsgeschichte des italienischen Imperialismus. In: Sozialismus und Fascismus in Italien. München 1925.
Mises, Ludwig: Nation, Staat und Wirtschaft. Wien-Leipzig 1919.
Mortara, Giorgio: Die weltwirtschaftlichen Beziehungen Italiens. Weltwirtschaftliches Archiv, 29. Bd. I. 1929.
Nearing, Scott, und Freeman, Joseph: Dollar-Diplomatie. Deutsch, Berlin 1927.
Renner, Karl: Staatswirtschaft, Weltwirtschaft und Sozialismus. Berlin 1929.
Ritschl, Hans: Zur Theorie der staatswirtschaftlichen Entwicklungsstufen. In: Beiträge zur Finanzwissenschaft, Festgabe für G. v. Schanz, Bd. I, Tübingen 1928.
Ritschl, Hans: Gestaltungsformen und Entwicklungsstufen der Staatswirtschaft. Schmollers Jahrbuch, 49. Jahrgang 1925.

Ritschl, Hans: Reine und historische Dynamik des Standortes der Erzeugungszweige. Schmollers Jahrbuch, 51. J. 1927.

Salz, Arthur: Freiheit und Gebundenheit in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. In: Sozialpolitische Studien, Festschrift für I. Jastrow. Berlin 1929.

Salz, Arthur: Die irrationale Grundlage der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. In: Soziologische Studien zur Wirtschaft, Politik und Kultur der Gegenwart, Alfred Weber gewidmet. Potsdam 1930.

Sartorius v. Waltershausen, A.: Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlagen im Auslande. Berlin 1907.

Sartorius v. Waltershausen, A.: Artikel: Auswanderung im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4. Aufl. 2. Bd., Jena 1924.

Schumpeter, Joseph: Zur Soziologie der Imperialismen. Tübingen 1919.

Somary, Felix: Wandlungen der Weltwirtschaft seit dem Kriege. Tübingen 1929.

Somary, Felix: Probleme des internationalen Kapitalverkehrs. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 175. München-Leipzig 1929.

Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus. München-Leipzig 1928.

Sombart, Werner: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. Berlin 1903.

Sombart, Werner: Der Bourgois. Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen. München-Leipzig 1913.

Sternberg, Fritz: Der Imperialismus. Berlin 1926.

Sternberg, Fritz: Die extensive Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise. Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie, 8. J. 1929.

Sternberg, Fritz: Krise und Außenhandel. Mit Anhang: Der Außenhandel der vier Welthandelsvölker usw. in der Vor- und Nachkriegszeit. Weltwirtschaftliches Archiv, 29. Bd. 2, 1929.

Sternberg, Fritz: Der „Imperialismus" und seine Kritiker. Berlin 1929.
Sternberg, Fritz: Eine Umwälzung der Wissenschaft? Berlin 1930.
Stolper, Gustav: Staat-Nation-Wirtschaft. In: Europäische Zollunion. Sammelwerk, herausg. von Hanns Heiman. Berlin 1926.
Sulzbach, Walter: Nationales Gemeinschaftsgefühl und wirtschaftliches Interesse. Leipzig 1929.
Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 1923.
Weber, Max: Wirtschaftgeschichte. Herausg. von S. Hellmann und M. Palyi. München-Leipzig 1923.
Wergo, Herbert: Freihandel und Schutzzoll als Mittel staatlicher Machtentfaltung. Jena 1928.
Wiese, Leopold v.: Allgemeine Soziologie, 2. Teil: Gebildelehre. München-Leipzig 1929.

b) Die Schweiz im besonderen betreffend.

Bächtold, Hermann: Die geschichtlichen Entwicklungsbedingungen der schweizerischen Volkswirtschaft. Jahrb. für Nationalökonomie und Statistik, 3. F. 67. Bd., 1924.
Bächtold, Hermann: Die schweizerische Volkswirtschaft in ihren Beziehungen zu Deutschland. („Die Schweiz im deutschen Geistesleben", 45. Bd.). Frauenfeld-Leipzig 1927.
Bächtold, Hermann: Die nationalpolitische Krisis in der Schweiz und unser Verhältnis zu Deutschland. Basel 1916.
Bleuler, Werner: Studien über Außenhandel und Handelspolitik der Schweiz. Zürich 1929.
Blocher, Eduard: Die deutsche Schweiz in Vergangenheit und Gegenwart. Stuttgart 1923.
Bluntschli, J. C.: Die schweizerische Nationalität. 1875. Neudruck. Zürich 1915.
Böschenstein, Hermann: Der vierte Schweizer. In: Schweizerische Rundschau, 30 J. 1930. Nr. 1.
Dändliker, Karl: Geschichte der Schweiz. 2. und 3. Bd. Zürich 1885/1887.
Denzler, O.: Zur Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen

Maschinenindustrie, Zeitschr. f. schw. Statistik und Volkswirtschaft, 66. J. 1930.

Dürr, Emil: Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik. Eine historisch-politische Betrachtung über die Verwirtschaftlichung der politischen Motive und Parteien. Basel 1928.

Fleiner, Fritz: Schweizerische und deutsche Staatsauffassung. Tübingen 1929.

Fleiner, Fritz: Die Schweiz und der Völkerbund. Basel 1919.

Fueter, Eduard: Die Schweiz seit 1848. Geschichte, Politik, Wirtschaft. Zürich-Leipzig 1928.

Gagliardi, Ernst: Geschichte der Schweiz. 2. Bd.: Seit 1519. Zürich 1920. 3. Bd.: 1848—1926. Zürich-Leipzig-Berlin 1927.

Geering, Traugott: Handel und Industrie der Stadt Basel. Zunftwesen und Wirtschaftsgeschichte bis zum Ende des 17. Jahrhunderts. Basel 1886.

Geering, Traugott: Von der Exportstruktur der schweizerischen Volkswirtschaft. In: Politisches Jahrbuch der Schw. Eidgenossenschaft, Bern 1913.

Geering, Traugott: Handel und Industrie der Schweiz unter dem Einfluß des Weltkrieges. Basel 1928.

Geistige Unabhängigkeit der Schweiz, Die. Sammelschrift. Schweizer Zeitfragen, Heft 51. Zürich 1916.

Grossmann, Eugen: Die handelspolitische Lage der Schweiz. In: Neue Grundlagen der Handelspolitik, Teil 2. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 171, II. München-Leipzig 1925.

Günther, Adolf: Die Alpenländische Gesellschaft als sozialer und politischer, wirtschaftlicher und kultureller Lebenskreis. Jena 1930.

Gutzwiller, Alfred: Die schweizerische Schokoladenindustrie und die Welt-Kakaowirtschaft. Basler Diss. (Im Manuskript eingesehen.)

Gygax, Paul: Die Fortbildung der wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen in der Schweiz. Zeitschrift für schw. Statistik und Volkswirtschaft, 64. J. 1928.

Hilty, Carl: Öffentliche Vorlesungen über die Helvetik. Bern 1878.

Himmel, Ernst: Industrielle Kapitalanlagen der Schweiz im Auslande. Züricher Diss. Langensalza 1920.

His, Eduard: Basler Handelsherren des 19. Jahrhunderts. Basel 1929.

Horber, Carl: Die schweizerische Politik. Zürich 1928.

Jaberg, Paul: Auslandsanlagen und Banken. Zürich 1927.

Jenne, Willy: Volkswirtschaftliche Erörterungen über eine schweizerische Meerschiffahrt. Basel 1919.

Jöhr, Adolf: Die Volkswirtschaft der Schweiz im Kriegsfall. Zürich 1912.

Keyserling, Graf Hermann: Das Spektrum Europas. 2. Aufl. Heidelberg 1928. (Kapitel: Die Schweiz.)

Kurz, Hermann und G. Bachmann: Die schweizerischen Großbanken. Zürich-Leipzig 1928.

Laepple, Victor: Statistik der Auslandsemissionen in der Schweiz seit 1922. Zeitschr. für schw. Statistik u. Volkswirtschaft, 63. Jahrg. 1927.

Landmann, Julius: Über Mittel und Grenzen der bankmäßigen Exportförderung. Sonderabdruck aus dem Protokoll des 1. Schw. Bankiertages. Genf 1913.

Landmann, Julius: Der schweizerische Kapitalexport. Sonderabdruck aus der Schw. Zeitschrift für Statistik und Volkswirtschaft. Bern 1916.

Landmann, Julius: Die schweizerische Volkswirtschaft. In: Volkswirtschaft, Arbeitsrecht und Sozialversicherung der Schweiz. Herausg. vom Eidg. Volkswirtschaftsdepartement. 1. Teil. Einsiedeln 1925.

Landmann, Julius: Die Agrarpolitik des schweizerischen Industriestaates. Kieler Vorträge, Nr. 26. Jena 1928.

Loosli, C., A.: Ausländische Einflüsse in der Schweiz. Zürich 1917.

Mangold, Fritz: Die Frage der Überindustrialisierung der Schweiz. Schw. Zeitschrift für Statistik und Volkswirtschaft, 65. Jahrg. 1929.

Marbach, Fritz: Beitrag zur Theorie des schweizerischen Kapitalexports. Bern 1928.

Masnata, A.: L'émigration des industries suisses. Études économiques, etc., 16. Lausanne 1924.

Mirelman, Joseph: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Argentinien und der Schweiz. Züricher Diss. 1926.

Moeschlin, Felix: Eidgenössische Glossen. Erlenbach-Zürich 1929.

Mori, Paul: Neue Wege schweizerischer Exportpolitik. Zürich 1916.

Mori, Paul: Das schweizerische Volkseinkommen. Schweiz. Zeitschrift für Statistik und Volkswirtschaft. 62. J. 1926.

Müller, Johannes von: Geschichten schweizerischer Eidgenossenschaft. Ausgewählt und herausgegeben von Friedrich Gundolf. („Die Schweiz im deutschen Geistesleben", 13. bis 15. Bd.) Frauenfeld-Leipzig 1923.

Nadler, Joseph: Das geistige Eigenleben der deutschen Stämme. In: Volk und Reich der Deutschen. Herausgeg. von B. Harms. 1. Bd., Berlin 1929.

Rappard, William, E., Zur nationalen Verständigung und Einigkeit. Zürich 1915.

Reichlin, A.: Das schweizerische Volkseinkommen, seine Quellen und ihre Bedeutung. Schweizerische Zeitschrift f. Statistik und Volkswirtschaft, 63. J. 1927.

Ruchti, Jacob: Geschichte der Schweiz während des Weltkrieges 1914/1919. Bern 1928/30.

Ruck, Erwin: Verfassungsrecht und Verfassungsleben in der Schweiz. In: Zeitschrift für Politik, Bd. 14, 1925.

Salis, Arnold von: Die Neutralität der Schweiz. Leipzig 1915.

Sammlung von Handelsberichten schweizerischer Gesandtschaften und Konsulate. Separatabdrucke aus dem Schw. Handelsamtsblatte.

Schaffner, Jakob: Die Schweiz im Weltkrieg. Stuttgart-Berlin 1915.

Schmid, C., A.: Unsere Fremdenfrage. Zürich 1915.

Schmidhauser, Julius: Die Schweiz im Schicksal der Demokratie. Zürich 1931.

Schmidt, Peter, Heinrich: Die Schweiz und die europäische Handelspolitik. Zürich 1914.

Schmidt, Peter, Heinrich: Die schweizerische Industrie im internationalen Konkurrenzkampf. 2. umgearb. Aufl. Zürich 1920.
Schweizer, Paul: Geschichte der schweizerischen Neutralität. Frauenfeld 1895.
Simon, Charles: Das Versicherungswesen in der Schweiz. Bern 1925.
Stauffacher, Werner: Der schweizerische Kapitalexport. Lausanner Dissert. Glarus 1929.
Töndury, Hans: Wirtschaftliche Unabhängigkeit? Zürich 1915.
Walder, E.: Die schweizerischen Kapital-Interessen im In- und Auslande und ihr Schutz. St. Gallen 1918.
Weber, Robert: Soll die Schweiz abrüsten? „Schweiz. Politik", Nr. 5. Zürich 1928.
Weckherlin, Peter: Die ausländischen Anlagen der schweizerischen Hypothekenbanken. Züricher Diss. 1927.
Weilenmann, Hermann: Die vielsprachige Schweiz. Basel-Leipzig 1925.
Wir Schweizer, unsere Neutralität und der Krieg. Sammelschrift. Zürich 1915.
Wyler, J.: Das Übervölkerungsproblem der Schweiz. Schweiz. Zeitschrift f. Statistik und Volkswirtschaft, 59. J. 1923.
Zimmermann, Edwin: Chinas wirtschaftliche Verhältnisse und seine Beziehungen zur schweizerischen Export-Industrie. Neuenburger Diss. St. Gallen 1923.
Zollinger, Walter: Die Bilanz der internationalen Wertübertragungen. Eine Studie über die Zahlungsbilanz und die ausländische Kapitalanlage der Schweiz. „Probleme der Weltwirtschaft", Bd. 18, Jena 1914.

Die Wirtschaft des Auslandes 1900/1927. Berlin 1928.
Die Wirtschaft des Auslandes 1928. Berlin 1929. Beide: Herausgegeben vom Statistischen Reichsamt.
Statistisches Jahrbuch der Schweiz. Herausgegeben vom Statistischen Büro des Eidgen. Departements des Innern.
Volkswirtschaftliche und Sozialstatistische Mitteilungen. Herausgegeben vom Eidgen. Volkswirtschaftsdepartement.

Schweizerische Handelsstatistik, Jahresberichte. Herausgegeben von der Eidgen. Oberzolldirektion.
Schweizerisches Finanz-Jahrbuch.
Jahresberichte des Vorortes der Schweizerischen Industrie- und Handelskammer.
Monatsberichte des Schweizerischen Bankvereins, Basel.
Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich.
Basler Nachrichten (mit Sonderbeilage: Finanzplatz Basel. 22. bis 23. Februar 1930, Nr. 52).
Berliner Tageblatt (Sonderschrift: Die Schweiz. 3. Juni 1930).
National-Zeitung Basel.
Neue Zürcher Zeitung.

Curriculum vitae.

Ich, Richard Fritz Walter Behrendt, wurde am 6. Februar 1908 in Gleiwitz als Sohn des Fabrikbesitzers Richard Behrendt und seiner Frau Rose Behrendt geboren. Ich besuchte vom Frühjahr 1914 bis zum Herbst 1925 das humanistische Gymnasium zu Fürstenwalde (Spree), dem späteren Wohnort meiner Eltern. Ich verließ die Schule in der Unterprima. Ich war darauf ein Jahr als kaufmännischer Lehrling tätig, davon ¾ Jahr bei einer Schiffsmaklerfirma in Hamburg, ¼ Jahr bei einer Maschinenfabrik. Ich erwarb nach der Zulassung zu der vorgeschriebenen Prüfung das zum Hochschulstudium berechtigende Zeugnis des Ministeriums für Volksbildung. Ich begann mein Studium im Herbst 1926 an der Handels-Hochschule Nürnberg und setzte es vom Frühjahr 1929 ab an der Universität Köln, vom Frühjahr 1929 bis zum Winter 1931 an der Universität Basel fort. Hier wurde ich am 12. Februar 1931 mit dem Prädikat summa cum laude zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert.

Ich nahm an den Vorlesungen bzw. Übungen folgender Dozenten teil: Bächtold, Barthel, St. Bauer, E. v. Beckerath, Bertram, Brenner, Breuer, Däbritz, Ebers, v. Ebert, Eckert, Haymann, Hel-

penstein, Hessen, Honigsheim, Joël, Klippel, Kuske, Heinr. Lehmann, v. der Leyen, Lindemann, F. K. Mann, Alfred Müller, Pleßner, Ritschl, Ruck, Salin, Scheler, v. Scheurl, Spahn, Thieß, Thorbecke, Vershofen, Vleugels, J. Wackernagel jun., Westhoff, v. Wiese, Wirminghaus, Witzel.

Meine Dissertation entstand unter der Leitung des Herrn Professor Dr. Hans Ritschl (Basel).